Antifaschistisches INFO Blatt 14

Frühjahr '91 • 3,– DM

ANTIFA IN LEIPZIG

NEO-NAZIS: DIE 'DEUTSCHE ALLIANZ'

INTERVIEW MIT ANTIFAS AUS FRANKREICH

GLADIO

Im Dienst der NATO



Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen,

die größte verdeckt arbeitende terroristische Vereinigung der westlichen Welt 'Gladio' (vom lat. »gladius« = Kurzschwert, römisches Kampfschwert und Symbol italienischer Faschisten, siehe Titelbild [Mussolini und seine Leibgarde/faschistisches Propagandabild]) ist diesmal Schwerpunkt des Infos. Wie aus zahlreichen westeuropäischen Ländern bekannt geworden, so muß auch beim Ableger in der BRD 'stay behind' oder 'Schweigenetz' davon ausgegangen werden, daß eine intensive Zusammenarbeit mit Faschisten stattgefunden hat. Den erfolgreichen Bemühungen der BRD-Regierung das Ausmaß des Skandals zu vertuschen, versuchen wir mit einigen Gegeninformationen zu begegnen.

Der Krieg der Alliierten, allen voran die USA, beschäftigt auch uns. Die BRD ist tief in diesen Krieg verstrickt ohne militärisch direkt einzugreifen. Darüber und über die Hintergründe des Golfkrieges aus der Sicht von irakischen Oppositionellen könnt ihr in diesem Heft nachlesen. Von den Auswirkungen sind auch hier lebende arabische Menschen betroffen, ihnen schlägt der Rassismus offen entgegen.

Trotz der Massenvernichtung der USA gegen die irakische Bevölkerung, finden wir es wichtig antifaschistische Arbeit auch jetzt weiterzuführen. Wir beschäftigen uns ausführlicher mit der neugegründeten 'Deutschen Allianz', die in der Lage sein könnte die Nachfolge der 'REP's anzutreten. Auch mit den Positionen der Faschisten zum Golf-Krieg setzen wir uns auseinander und erklären ihre Motivation.

Der Terror der Rechten gerade in der Ex-DDR geht unvermindert weiter. Ein Zentrum der Nazis ist Dresden geworden, dagegen gibt es aus Leipzig einige beachtliche Erfolge der Antifas zu berichten. Diesmal sind uns mehrere Artikel von Euch zugeschickt worden, besten Dank macht weiter so, die Zeitung kann dadurch nur besser werden.

Im internationalen Teil kommen AktivistInnen der SCALP, autonome Antifas aus Frankreich, zu Wort. Sie erzählen über den Einfluß Le Pens und ihren Widerstand. **info red.**



Das **Antifa-Info** ist natürlich auch **im Abonnement** zu beziehen. Dies geht folgendermaßen vor sich: ihr schreibt uns eine Karte, auf der steht ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt. Wenn ihr die Karte dann in einen Briefumschlag steckt und die passende Knete gleich dazupackt, kann eigentlich nichts mehr schief gehen. Solltet ihr uns das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch dies kein Problem: wir teilen euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Noch eins: wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind — also **Cash im Voraus**.
Ein Einzelabo geht über **5 Ausgaben** und kostet **25,– DM**. Darin ist das Porto für den Versand bereits enthalten. Für Menschen, die mehrere Exemplare bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Infoläden, Buchläden etc. gibt es ab jetzt bessere Konditionen, also **Rabatt**. Sollte die oben erwähnte Abo/Bestellkarte in dieser Ausgabe noch nicht drin sein, könnt ihr die Bedingungen bei uns erfragen.
Zeitungmachen kostet Geld. Damit wir den Preis (3,–) pro Heft halten können, sind wir auf AbonnentInnen angewiesen. Wir freuen uns über jedes Förderabo, das über die 25,– DM hinausgeht. Ihr unterstützt damit unsere Antifa-Arbeit und das Erscheinen dieses Infos.

Antifaschistisches Infoblatt
Nr. 14/Frühjahr '91

V.i.S.d.P. und Kontaktadresse:
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

AKTUELL / GOLF-KRIEG

NEONAZIS

»GLADIO«

BRD

BERLIN – NACHRICHTEN

BRD – NACHRICHTEN

INTERNATIONAL





Sand im Getriebe der Militärmaschinerie

Der Golf-Krieg beeinflußt die innenpolitische Diskussion in der BRD. Dabei geht es nicht allein wie früher darum, ob man für oder gegen die Politik der USA Partei ergreift. Erstmals seit 1945 stellt sich die Frage konkreter: In welcher Form sollen die BRD und die Bundeswehr in dieser und in zukünftigen Auseinandersetzungen und Kriegen eingreifen.

Die Deutschen bleiben nicht nur Zuschauer und »Nutznießer«, jetzt und zukünftig sollen deutsche Soldaten ihre Haut für die Interessen der Herrschenden zu Markte tragen.

Mit der Entsendung von Bundeswehr-Einheiten in die Türkei versucht die Regierung zum ersten mal praktisch unter Beweis zu stellen, daß sie gewillt ist, auch militärisch in die Konflikte der Welt einzugreifen. Auch wenn der Umfang der direkten militärischen Präsens zunächst eher symbolischen Charakter hat, strategisch unbedeutend ist, die nächsten Schritte liegen schon in den Schubladen. Das Grundgesetz soll geändert werden, die Diskussion um Aufbau und Funktionsfähigkeit der Bundeswehr wird vorangetrieben.

Aus der Sicht der Herrschenden und des Kapitals ist das nur konsequent. Nur wer sich praktisch an der »Neuordnung der Welt«, wie sie von den USA und ihren Verbündeten angestrebt wird, beteiligt, wird auch ein Wort mitreden dürfen bei der Aufteilung von Interessen- und Einflußsphären. Um hier nicht völlig ins Hintertreffen zu geraten, ist die praktische Unterstützung der alliierten Kriegsmaschinerie am Golf durch die BRD wesentlich größer und umfangreicher, als die Entsendung von ein paar hundert Soldaten: Unter anderem in Ramstein starten US-Bomber mit ihrer totbringenden Fracht gegen die irakische Zivilbevölkerung, der militärische Nachschub der alliierten Truppen läuft zum großen Teil über die BRD; hinzu kommt die umfangreiche Waffenhilfe und die Mitfinanzierung des Krieges. Dafür wird der Steuerzahler demnächst zur Kasse gebeten. Tatsächlich ist die BRD – ebenso wie die Türkei – schon heute praktisch an diesem Krieg beteiligt, nur die gemeinsame Grenze zum Irak fehlt.

Die Pläne von Regierung, Verteidigungsministerium und Bundeswehrgeneralität zum Einsatz deutscher Truppen stößt auf Widerstand. Mit Beginn des Golf-Krieges hat sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerer mehr als verdoppelt, allein im Januar '91 waren es 22.000 Menschen. Über 50 Soldaten des Flugabwehrgeschwaders, das in die Türkei verlegt wurde, haben den Dienst verweigert. Das

ist für Angehörige der Bundeswehr besonders schwer, sie sind direkt den Schikanen und der Repression der Militärhierarchie ausgesetzt. Die Verlegung der Einheit scheiterte dann zunächst an der Weigerung des Kapitäns des sowjetischen Großraumflugzeuges, das über ein Drittland gechartert worden war. Die US-Armee mußte einspringen, nachdem der Pilot für seine Haltung die Rückendekkung der Regierung in Moskau erhielt. Wenn auch all diese Aktivitäten den Einsatz der Bundeswehr nicht verhindern konnten, sie streuen Sand in's Getriebe der Militärmaschinerie.

Wir haben uns im Antifa-Info bisher mit dem Thema Militarismus und Bundeswehr nicht auseinandergesetzt. Auf der »Insel Westberlin« waren wir damit praktisch nicht konfrontiert. Das hat sich mit der Einvernahme der DDR (der Abschaffung des Sonderstatus für Westberlin) und mit dem Golf-Krieg radikal geändert. Wir drucken deshalb einen aktuellen Aufruf zum Erfassungsboykott und antimilitaristische Adressen ab. Das wollen wir mit der Aufforderung an unsere LeserInnen verbinden, uns auch über antimilitaristische Aktivitäten zu berichten, und mit dem Versprechen, uns mit diesem Thema zukünftig gründlicher zu beschäftigen.

Ziviler Ungehorsam zum Ersten:

Erfassungsboykott!

Seit dem 3.10.'90 gilt in der ehemaligen DDR und in den früheren Bezirken von Westberlin die bundesdeutsche Kriegsdienstpflicht (Wehr- und Zivildienstpflicht). Insbesondere für das bisher wehrpflichtfreie Westberlin bedeutet dies: Verfolgung von bisher nicht einberufenen Bundesbürgern zum Kriegsdienst mit und ohne Waffe (bis zum 28./32. Lebensjahr!), Aufbau einer Militärverwaltung, die jetzt anfängt, auch bisher nicht wehrpflichtige Berliner zu erfassen.

Seit dem 1.2.'91 greift der Moloch Militär nach den Menschen: Die Kreiswehrersatzämter in Berlin haben sich über die Meldebehörden bereits die persönlichen Daten eines Teils der Betroffenen geholt und wollen in den nächsten Wochen und Monaten den ersten 7.700 bisher nicht wehrpflichtigen Berlinern Fragebögen zur Erfassung zuschicken.

Berliner des Jahrgangs 1972 müssen jetzt mit ihrer Erfassung, Musterung, Eignungs- und Verwendungsprüfung und einer Einberufung u.U. noch in diesem Jahr rechnen. Ende des Jahres wird dann der Jahrgang 1971 erfaßt, bereits ab 1.7.'91 der Jahrgang 1973, danach die restlichen Jahrgänge. Es ist davon auszugehen, daß alle Berliner Wehrflüchtigen »nebenher« bearbeitet werden.

– Da die Erfassung der erste Schritt zur Feststellung der Kriegstauglichkeit des Betroffenen ist,

– da die Erfassung der erste Schritt zum Einstieg in ein System von Befehl und Gehorsam, der Aufhebung von Grund- und Menschenrechten ist,

– da eine schließliche Einberufung zur Bundeswehr demnächst sehr schnell das Ticket für einen Flug oder eine Schiffspassage an einen Kriegsherd in dieser Welt bedeuten kann, rufen wir dazu auf, die Erfassung zu verweigern!

Bereits zugeschickte Erfassungskarten sollten nicht an die Behörde zurückgeschickt werden! Bereits jetzt sollte jeder den Meldebehörden es schriftlich untersagen, die Daten an die Bundeswehr weiterzugeben! Eltern, unterstützt Eure Söhne bei der Kriegsdienstverweigerung von Anfang an!

Wenn Ihr die Erfassung verweigert, erhaltet Ihr als nächstes von der Behörde eine Vorladung mit dem Hinweis, daß ein Bußgeld gegen Euch verhängt werden kann. Die Ladung braucht und solltet Ihr NICHT Folge leisten. Zwar KANN als nächsten Schritt laut Gesetz Eure polizeiliche Zwangsvorführung bei der Behörde angeordnet werden. Ob der Militärapparat aber so weit gehen wird, sich diesen Skandal zu leisten, ist erst einmal offen; die Zwangsvorführung ist juristisch im Gegensatz zum Kriegsdienst nicht zwingend. Der gesamte Vorgang der Erfassungsverweigerung stellt schlimmstenfalls eine Ordnungswidrigkeit dar, also keine Straftat. D.h.: wie beim Volkszählungsboykott KANN maximal ein Bußgeld verhängt werden, das – da Euer Einkommen ja sehr gering oder gleich null sein wird – ebenfalls sehr gering ausfällt.

Wenn viele tausend Berliner (und noch mehr übrige Bundesbürger) dies tun, ist dies Sand im Getriebe der Militärmaschine und ein eindeutiger politischer Schritt gegen die Wehrpflicht. Ziviler Ungehorsam jetzt ist notwendig!

Wir bieten jedem, der bereit ist, die Erfassung zu verweigern, Rat und Hilfe an. Wendet Euch an die bekannten Beratungsstellen. ■

AG Erfassungs- und Musterungsboykott
(Aus: »Totalverweigern«, Hrsg.: Allgemeine Studentenausschüsse FU und TU Berlin, Februar 1991)

Antimilitaristische Adressen:

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienst und Militär
c/o Badensche Str. 29,
1000 Berlin 31, Tel. 862 13 31
Beratung: Täglich 9-18 Uhr
Außerdem können hier Beratungstermine zu speziellen Themen erfragt werden. Es gibt ein Frauenplenum gegen Zwangsdienste, ein Reservistenverweigerungstreffen (Fr., 20 Uhr) und weitere Gruppen sind im Entstehen.

Antimilitarismus-AG im AStA FU
Kiebitzweg 23,
1000 Berlin 33, Tel. 838 22 24
Plenum jeden Do, 18 Uhr, im Sitzungssaal des AStA-Hauses
Keine Beratung

Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer/ Region Berlin
Frankfurter Allee 286,
O-1130 Berlin,
Tel. Bln.-Ost 525 19 28
Erreichbar jeden Do., 19-21 Uhr

Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK)
Gneisenaustr. 2a,
1000 Berlin 61, Tel. 693 80 21
Beratung: Mo. u. Mi. ab 19 Uhr

DFG-VK
Pacelliallee 61,
1000 Berlin 33, Tel. 832 54 97
Beratung: Mo., 19 Uhr

Informations- und Aktionsstelle Totalverweigerung
Gneisenaustr. 2a,
1000 Berlin 61, Tel. 693 80 21
Beratung: Fr. ab 17 Uhr

Der Golf-Krieg und die Verfolgung von ArabersInnen in Berlin

Seit Jahre zeichnen die Medien ein Bild des Nahen Ostens, in dem die Konflikte und Auseinandersetzungen zurückgeführt werden auf die Mentalität der Völker in dieser Region und auf den Fanatismus, der dem Islam entspringen soll.

Damit schlagen sie zwei Fliegen mit einer Klappe:

1. Dem deutschen Publikum wird ein Feindbild präsentiert, die Araber. Es fällt auf fruchtbaren Boden, auf Ablehnung und Angst vor allem Unbekannten und Fremden.

2. Die Ursachen der Konflikte, koloniale Besetzung in der Vergangenheit, neokoloniale und imperialistische Einmischung heute, werden verschleiert. Die Opfer werden zu Tätern gemacht, wenn sie sich zur Wehr setzen.

Besonders zu leiden unter dieser Darstellung in den Medien und der damit verbunden Hetze haben die Menschen, die vor der Vertreibung, vor politischer Verfolgung, vor Krieg und Bürgerkrieg im Nahen Osten in den westlichen Industriestaaten Zuflucht gesucht haben. Erinnert sei hier nur an die systematische Kontrolle und Repression von allen arabisch aussehenden Menschen anläßlich des La-Belle-Anschlages und der anschließenden Bombardierung Lybiens durch US-Bomber oder an die Internierung irakischer Studenten in Großbritannien mit Beginn des Golf-Krieges.

Zur Lage in Berlin

Obwohl die antiarabisch/antiislamische Stimmung mit Beginn des Kuwait-Konflikts zugenommen hat, geht die ablehnende Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Arabern noch nicht über das bekannte Maß an Ausländerfeindlichkeit hinaus. Gleichwohl fühlen sich viele Araber in die Defensive, ins völlige Abseits gedrängt. Ihre Sicht der Ereignisse am Golf ist der einseitigen Berichterstattung durch die Presse und den offiziellen Darstellungen entgegengesetzt.

Dabei wäre es falsch zu denken, sie hätten sich ohne Vorbehalte auf die Seite Saddam Husseins geschlagen. Sie haben nicht vergessen, daß das Regime in Bagdad seit zwanzig Jahren die Opposition grausam verfolgt, daß es acht Jahre lang, auch im Interesse der westlichen Industriestaaten, einen barbarischen Krieg gegen den Iran geführt hat, daß die eigene , kurdische Bevölkerung zwangsumgesiedelt, deportiert und durch Giftgas ermordet wurde. Doch viel tiefer sitzt in ihrem Bewußtsein das Unrecht, das Israel als Vasall der USA, dem palästinensischem Volk zufügt. Bekannt ist auch, daß sich Saddam Hussein in der Vergangenheit nicht durch besonderes Engagement für die palästinensische Sache hervorgetan hat; doch nun hat er, wenn auch aus taktischen Überlegungen, die Durchsetzung der palästinensischen Forderungen auf seine Fahnen geschrieben. Sadam Hussein hat sich nicht der großmachtpolitischen Arroganz der USA gebeugt. Allein schon durch diese Haltung gewinnt er an Ansehen.

Das heißt jedoch nicht, daß sie den Krieg vorbehaltlos gutheißen. Viele AraberInnen in Berlin haben all seine Leiden und Grausamkeiten im Libanon am eigenen Leibe kennengelernt; manche haben Verwandte am Golf, um die sie sich große Sorgen machen. Sie müssen ansehen, wie ein arabisches Bruderland in Schutt und Asche gebombt wird. Es liegt auf der Hand, daß sie die Rechtfertigung der Aggression gegen den Irak durch die Regierungspolitik und die Medien ablehnen.

Deshalb liegt es für die Behörden anscheinend »in der Natur der Sache«, jede/n Araber/inn als potentiellen Terrori-

Die Herren der freien Welt laden ein zur „neuen

WELTFRIEDEN$ORDNUNG!..

sten zu beargwöhnen. Bereits im Dezember, also noch vor Ablauf des Ultimatums, wurden ca. 50 Personen, überwiegend PalästinenserInnen zum Staatsschutz vorgeladen. Dort sollten sie sich zur Lage am Golf äußern. Außerdem wollte man von ihnen wissen, ob sie in der Zukunft Anschläge im Zusammenhang mit dem Krieg für möglich hielten.

Kurz nach Ausbruch des Krieges wurden bei 56 arabischen Familien Hausdurchsuchungen vorgenommen. Nach Auskunft der Polizei geschah dies lediglich auf Grund konkreter Verdachtsmomente und auf richterliche Anweisung. Was nun wiederum die Richter dazu veranlaßt hat, ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt und in diesem Umfang, gegen Araber vorzugehen, und worin die konkreten Verdachtsmomente bestanden haben, bleibt offen.

Anfang Januar stellt das Landeseinwohneramt, oberster Dienstherr ist Innensenator Heckelmann, 17 Arabern »aus Sicherheitsgründen« eine Verfügung zu. Betroffen sind wieder vor allem Palästinenser. Unter Berufung auf das gerade am 1.1.1991 in Kraft getretene neue Ausländergesetz wird den Adressaten die politische Betätigung, die »die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet«, untersagt.

Die Betroffenen, die meist seit vielen Jahren hier leben, dürfen das Land Berlin ohne behördliche Genehmigung nicht mehr verlassen. Sie haben zweimal wöchentlich bei der zuständigen Meldebehörde vorzusprechen. Einen Hinweis darauf, wie der Begriff politische Betätigung aufzufassen ist und wie lange den Leuten dieser »Spuk« zugemutet werden soll, ist nicht zu finden.

Begründet wurde der Erlaß: »*Sie sind nach vorliegenden Erkenntnissen Mitglied oder Sympathisant einer palästinensischen Organisation. Der irakische Staatspräsident Saddam Hussein hat seine im Ausland lebenden Landsleute mehrfach aufgefordert... Terroranschläge im Ausland zu verüben... Er hat in diesem Zusammenhang an die Solidarität aller Araber appelliert und auch andere Araber ...aufgefordert, seinem Aufruf zu folgen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß Sie sich an solchen Anschlägen beteiligen werden.*« Im Grunde genommen heißt dies, jeder, der sich öffentlich für die Rechte des palästinensischen Volkes einsetzt oder sich gegen die Kriegspolitik der USA politisch betätigt, ist verdächtig. Zum Schluß wird der/die »*Verdächtige*« darauf hingewiesen, daß er/sie ausgewiesen werden könne, »*wenn Sie einen nicht nur vereinzelten oder geringfügigen Verstoß gegen behördliche Entscheidungen oder Verfügungen begehen*«.

Diese Maßnahmen haben zu einer Verunsicherung der arabischen Bevölkerung in Berlin geführt. Teilweise ist sie so eingeschüchtert, daß die Betroffenen es nicht einmal wagen, die Repressalien an die Öffentlichkeit zu tragen. Ähnliche Erlasse sind bisher aus Bayern und Baden-Württemberg bekannt. Es sind die beiden Bundesländer, die in der Vergangenheit die restriktivste Ausländerpolitik betrieben haben. Es ist zu befürchten, daß die Berliner Behörden den Golfkrieg nutzen, um in Zukunft nach deren Modellen zu verfahren.

In der BRD gegen den Krieg zu sein, heißt deshalb auch gegen die Ausländerpolitik der Behörden Stellung zu beziehen. Es gilt der geschürten antiarabischen und antiislamischen Stimmung, Pöbeleien und Übergriffen, praktisch entgegenzutreten. Menschen, die von Inhaftierung und Abschiebung bedroht sind, können sich ohne unsere Unterstützung kaum zur Wehr setzen. ■

Warum Faschisten für

Die Positionen, die die deutschen Faschisten gegen den Krieg am Golf einnehmen, bedürfen besonderen Beachtung. Oberflächlig betrachtet treten sie für den Frieden ein, doch sobald wir uns näher mit ihrer Motivation und dem ideologischen Hintergrund auseinandersetzen, sieht die Sache anders aus. Maßgeblich ist die Vorarbeit vor allem der französischen Neuen Rechten die in der Politik Le Pens immer deutlicher ihren Ausdruck findet.



Mittlerweile haben sich zahlreiche Mitglieder von der '**GRECE**' (Ideologiezirkel der franz. Neuen Rechten) wieder dem »Wissenschaftlichen Rat« (siehe SCALP-Artikel) der '**Front National**' angeschlossen. Das wohl bekannteste 'GRECE'-Mitglied, **Alain de Benoist**, ist mit seinem Positionen zum Golf-Krieg erst kürzlich, unkommentiert oder kritisiert, in der sog. Linken Taz zu Wort genommen. Er sah schon Ende der sechziger Jahre die arabische Welt als den *»natürliche(n) Verbündeten eines Europa, das sich vom amerikanisch-sowjetischen Druck freimachen möchte, eine bevorzugte Akteurin auf der Suche nach einem 3.Weg«*. Gemeint ist der »Nationalismus«, als Alternative zum Kapitalismus US-Amerikanischer Prägung und Sozialismus. In den *»befreiungsnationalistischen Kämpfen«* sehen sie ihre Verbündeten, um eine völkische Neuordnung (getrennt nach *»Rasse und Raum«*) der Welt durchzusetzen. Es wird eine Art der Apardheitspolitik verfolgt, die sich kurz so zusammenfassen läßt: *»Jedem sein Territorium, jedem seine Kultur«* (FN).

Es wird eine Gesellschaft angestrebt, die von Eliten geführt wird, da den Menschen ihre Fähigkeiten angeboren seien und jede/r einen unverrückbaren Platz, Oben oder Unten, in der Gesellschaft einzunehmen hätte (biologistisches Weltbild). Dazu sei es in Europa notwendig *»ein Gefühl an die Oberfläche steigen zu lassen, das ins Unterbewußtsein unserer Völker gedrängt wurde durch 2000 Jahre Gleichheits-Ideologie«*. Gemeint ist hier das Christentum, das der Anfang allen Übels sei, weil alle Menschen vor Gott gleich sein sollen.

Europäer hätten eine *»indoeuropäische Identität«*, die durch Rasse und Lebensraum bestimmt sei. Die Kultur der Europäer sei vom Geist bestimmt, deshalb gibt es in Europa eine hochentwikkelte Technologie, die anderen »Völkern« wesensfremd sei und ihnen deshalb vorenthalten gehört. Dies alles soll die Vorherrschaft eines weißen Europas über die Welt rechtfertigen, doch um dieses rassistische Europa durchzusetzen, sehen sie in der arabischen Welt ihre Verbündeten. Vor allem gegen die USA, die *»befreiungsnationalistisch«* nicht neuzuordnen sei, weil sie ein *»Schmelztiegel der Völker«* sei – fern von ihrem angestammten Gebiet leben.

Der Antisemitismus, der bei der Neuen Rechten propagandistisch hinter dem Begriff Antizionismus versteckt ist, ist ein weiteres wesentliches Verbindungsglied. In der Sprache der Faschisten des 3. Reiches ausgedrückt handelt es sich um die angebliche *»jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung«*, die zusammen mit *»den arabischen Völkern«* bekämpft werden soll. Wobei für die Faschisten *»jüdisch«* nicht nur für Israel steht, sondern auch für die USA. Es ist eine neue Rhetorik, die ihre Anwendung findet für eine alte Ideologie. Wenn heute die faschistische Rechte mit *»Friedensparolen«* auftritt darf das nicht über die Ziele hinwegtäuschen, die sie verfolgt, um eine *»völkische Neuordnung«* der Welt voranzutreiben.

Dabei ist auch gerade die Friedensbewegung im Visier der Faschisten, es geht ihnen darum die Friedensbewegung zu nationalisieren. **Deshalb schmeißt sie aus Demonstrationen und Veranstaltungen raus, wenn euch wirklich was am Frieden liegt.**

Frieden am Golf sind:

»Die massenhaften Anti-Kriegs-Demonstrationen ... dürfen nicht den Linken überlassen werden«

So wird für ein Flugblatt der 'DA' ('Deutschen Allianz') [s. nächste Seite] geworben, das in der **'Deutschen Rundschau'** (DR Nr. 2/91) abgedruckt ist und dort zum Verteilen bestellt werden kann. Die Überschrift des Flugblattes lautet: »*Kein deutscher Kriegseinsatz am Golf*«. Einige Passagen würden wahrscheinlich auf Zustimmung in Teilen der Friedensbewegung stoßen. »*Der Golfkrieg ist ein amerikanischer Krieg, der von den Wirtschaftsinteressen einer Supermacht im Abstieg ... diktiert wird*«. Die 'DA' fordert den »*sofortigen Abzug deutscher Streitkräfte aus der Krisenregion im Nahen Osten*« und »*Bundesrepublik raus aus der NATO*« – dies allerdings mit dem Nachsatz, – »*... nachdem auch Mitteldeutschland nicht mehr dem Warschauer Pakt angehört*«, der erkennen läßt, wessen Geistes Kind dahintersteckt. [...!?]

Die Faschisten bedienen sich einer ausufernden Definition des deutschen Staatsgebietes, das Westdeutschland als ehemaliges Kernland ansieht. Dieses wurde durch »*Mitteldeutschland*«, das Gebiet der ehemaligen DDR, ergänzt und die Angliederung des Ostteils zur Herstellung »Deutschlands« steht noch aus. Um dies zu erreichen, propagieren und betreiben sie die Destabilisierung, Zersetzung und Infiltration der osteuropäischen Staaten, bis in die Sowjetunion hinein. Dementsprechend folgerichtig fordern sie in dem besagten Flugblatt: »*Gleicher Maßstab für alle Aggressionen - wo bleibt die Intervention des Westens gegen den sowjetischen Einmarsch in Litauen?*« Hier zeigt sich der entscheidende Bruch in ihrer Argumentation: Golf – Nein; Litauen – Ja! Und hier zeigt sich, daß den Faschisten für die Ostexpansion jedes Mittel recht ist.[...!?]

So »*widert*« **Neubauer**, der mit **Le Pen** und anderen Faschisten im Europaparlament die »*Technische Fraktion der Europäischen Rechten*« bildet, »*die Heuchelei an*«, mit der »*um Kuwait Krieg geführt wird und vor Litauen die Augen verschließt*«.

Hier muß bemerkt werden, daß ihre Hoffnung und Absicht, Einfluß auf die »Anti-Kriegs«-Bewegung zu erlangen, nicht unbegründet ist. In der friedensbewegten Demo am 12. Januar auf dem Ku'damm waren Pappschilder und Transparente zu sehen, die »*Freiheit für Litauen*« etc. forderten. Deshalb gilt es genau hinzusehen, wer so alles gegen den Golfkrieg demonstriert. Schon mehrmals ist es gerade den Faschisten der Neuen Rechten gelungen sich an den Widerstand, der von der Linken organisiert wurde, ranzuhängen bzw. einzuklinken.

So ist die Auffassung, wie z. B. in der Zeitung »Gegen den Krieg Nr.2« dargestellt, daß die »*Neofaschisten für Sadam Hussein*« seien, zu kurz und auch fehl gegriffen. **Kühnen** war es mit seinem »*Friedenscorp*« zur Unterstützung des Iraks gegen den »US-Imperialismus« wieder einmal gelungen, sich in der bürgerlichen Presse zu plazieren. Angeblich will er 150 Stiefelfaschisten mobilisiert haben, die sich der **'Antizionistischen Aktion'** verpflichtet fühlen. Diese ist für Kühnen eine Hilfsorganisation, um Antisemitismus öffentlichkeitswirksam propagieren zu können. So verteilte die 'Antizionistische Aktion' schon anläßlich des Besuchs des israelischen Staatsoberhauptes im April 1987 Flugblätter, in denen es u.a. hieß: »*Der Jude wird lernen müssen, daß er hier nicht nur Freunde hat*«.

Die Faschisten, gerade der Neuen Rechten, haben nicht viel übrig, »*für den Diktator eines arabischen Schwellenlandes*« (Neubauer, DR Nr.2,91), sondern ihnen liegen nur »*deutsche Interessen*« am Herzen. »*Die Zukunftsaufgaben der Deutschen liegen in Mitteleuropa, nicht im östlichen Mittelmeer*« und dementsprechend kalkulierten sie schon im Oktober 90: »*Zu gewinnen ist am Golf nichts, zu verlieren das Leben einiger hundert Marinesoldaten*«. (DR, Nr. 11/90)

Die ekelerregende Haltung der Faschisten gegen den Golfkrieg ist gewürzt mit einer Priese Rassismus: »*Die Türken sollen, wenn sie Verstärkung brauchen, ihre Landsleute aus Deutschland zurückrufen, damit sie ihre Heimat verteidigen können*« (DR Nr. 2, 1990) und wird verabreicht mit einem deftigen Schuß Ethnopluralismus: »*Arabien den Arabern (und dem Islam), Europa den Europäern und ganz Deutschland den Deutschen! Die Türken versammeln sich wieder in der Türkei*« schreibt das DA Gründungsmitglied und Herausgeber von **'Nation und Europa' Peter Dehoust**. Er warnt aber gleichzeitig vor der »*fanatisch-gefährlichen Kraft des Islam mit seiner militanten Intoleranz*«.

Die Haltung der Faschisten zum Golfkrieg beruht auf der Einschätzung, daß es für den deutschen Imperialismus zur Zeit noch nicht viel am Golf zu holen gibt, dafür aber der gesamte osteuropäische Raum einzusacken ist. Und hier hat die DM bisher ein mehrfach größeres Territorium »niedergebombt«, als es den Amis mit ihrer gigantischen Mordmaschinerie am Golf bislang möglich war.

'Deutsche Allianz' gegründet:

Sammlungsbewegung von ehemaligen REP-, NPD-, DVU-, und DSU-Funktionären

Die seit einigen Monaten betriebenen Einigungsbestrebungen im faschistischen Lager haben ihr erstes Ergebnis hervorgebracht:

Die 'Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte' (DA). Der Gründungsaufruf ist von den ehemaligen Rep-Funktionären Neubauer, Glasauer, Beisicht und anderen unterzeichnet, sowie dem zurückgetretenen NPD-Vorsitzenden Mußgnug und seinem ehemaligen Stellvertreter Schützinger. Mit von der Partie sind noch Dehoust, Herausgeber von 'Nation Europa - Deutsche Monatshefte' und der DSU-Wahlkampfleiter Dr. phil. Witte. Vorweisen kann die DA auch einige ehemalige DVU-Funktionäre.

An der Gründungsversammlung am 18. Januar nahmen 80 Faschisten teil. Der rechtskräftig als Volksverhetzer verurteilte **Glasauer** wurde zum Bundesgeschäftsführer ernannt und drei »*gleichberechtigte*« Vorsitzende gewählt. Die DA betrachtet sich bisher nur als Verein, die Parteigründung soll nach Aussagen von **Neubauer** im Herbst erfolgen. Dies deutet darauf hin, daß sie eine behutsame Sammlung zur Einigung im rechtsradikalen Lager anstreben, die für die antifaschistische Bewegung eine größere Herausforderung darstellen könnte.

Eingeleitet und vorangetrieben wurden diese Einigungsbestrebungen von altgedienten Rep-Funktionären. Diese hatten in der ehemals den Reps gehörenden '**RVG Verlags- und Vertriebs-GmbH**' eine Mehrheit und geben über ihn seit Oktober 1990 die '**Deutsche Rundschau**' (DR) heraus. Sie sind bemüht, die Fehler der Reps nicht zu wiederholen, d.h. nur eine Führerpersönlichkeit zuzulassen, die wie im Fall Schönhuber für entsprechende Grabenkämpfe sorgte.

Bei der Formulierung ihren Aussichten sind sie nicht zurückhaltend: Um »*1994 die Vorraussetzungen eines Bundestagseinzuges zu schaffen*«, sei das »*organisatorische Know-How*« vorhanden und »*an Köpfen mangelt es nicht*« (DR, Nr. 11.1990). So vermeiden die ehemaligen Rep-Kader jegliche Äußerung, die als Führungsanspruch ausgelegt werden könnte. Die DR soll auch nicht das »*offizielle Parteiorgan*« der DA werden, sondern es wird auf »*seperaten Seiten über Ereignisse, Personalien etc. aus dem Umfeld der Deutschen Allianz berichtet*« (DR, Nr.2, 1991).

Dies sind alles wohlwollende Rücksichten, die im teilweise noch konkurrierenden braunen Lager sicher auf Zustimmung stoßen wird.

Regionale Anhangbildung

Bis zum Ende letzten Jahres lag der Schwerpunkt darauf regionale Zusammenhänge aufzubauen. Am 19. Januar wurde erstmals in München zu einer zentralen Veranstaltung aus Anlaß der »*Reichsgründung*« eingeladen. Dort sprachen neben Neubauer und Mußgnug auch der in konservativen Kreisen geschätzte Publizist und »Nationalrevolutionär« **Wolfgang Strauß**. Nach Angaben der DR nahmen an der Veranstaltung 800 teil, nach unseren Informationen lag die Teilnehmerzahl bei ca. 300. Dies sollte nicht zur Unterschätzung der Mobilisierungsmöglichkeiten führen, denn in vielen Orten konnten sie ungestört Versammlungen und Veranstaltungen durchführen bzw. trauten sie sich auch schon auf die Straße.

– In Hamburg wurde von dem '**Verein für Kultur und Zeitgeschichte e.V.**', Vorsitzender ist Prof. Dr. **Erich Ludwig**, eine Veranstaltung organisiert auf der **Neubauer** vor »*rund 150 Zuhörern*« sprach. Der stellvertretende Vorsitzende dieses »rührigen« Vereins, ein **Ulrich Harder**, »*plädierte für eine patriotische Einheitsliste*« zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen im Frühjahr 1991.

Für den 18. Januar mobilisierte eine »**Initiative der Deutschen Freundeskreise/Deutschland-Bewegung**«, unter anderem auch mit einer Anzeige in der DR, zu einem »*Fackelzug durch die*

Hamburger Innenstadt anläßlich des 120. Jahrestages der Gründung des zweiten Deutschen Reiches«. Es versammelten sich ca. 50 Faschisten, die aber schnell losmarschierten mußten, da etwa 600 Antifas an der Auflösung dieses Aufmarsches durch die Polizei gehindert wurden.

– In NRW nahmen an der Gründung des **'Dachverband Deutsche Interessen'** (DDI) »*über 60 Vertreter und Vorsitzende schon bestehender Gruppierungen und Parteien*« teil. Eine der gewählten stellvertretenden Vorsitzenden ist die ehemalige Rep-Funktionärin **Johanna Grund**.

– In der Oberpfalz hat sich eine **'Patriotische Initiative'** aus »*ehemaligen und noch amtierenden Funktionsträgern*« der Reps gegründet.

Diese und andere hier nicht aufgeführten Zusammenrottungen werden als »*Auffangbecken*« betrachtet, um zu einer »*arbeitsfähigen Rechtspartei*« zu kommen. Die DR übernimmt dabei die Koordinierung und die Ausrichtung, ohne bisher erkennbaren Führungsanspruch. Anhangbildung suchen sie insbesondere bei den Revanchistenverbänden. Breiten Raum nimmt in der DR die Berichterstattung über die subversive und expansionistische Tätigkeit der Vertriebenenverbände ein. So sind »*Volksdeutsche auch im Umweltschutz aktiv*« und haben sich »*Vertreter von 22 verschiedenen Gruppen der deutschen Minderheit in Polen*« auf eine »*gemeinsame Dachorganisation geeinigt*«. Für den an diesem Zusammenschluß beteiligten **'Oberschlesischen Wohlfahrtsverband'** erklärte deren Vorsitzender **Dietmar Brehmer**, es sei nicht ihre »*vordringliche Aufgabe*« den »*Deutschunterricht*« zu organisieren sondern die »*zivilisatorische Rettung Schlesiens*«, d.h. die Heimführung ins großdeutsche Reich, voranzutreiben (DR, Nr. 13, 1990).

DA - in brauner Kontinuität

Der Gründungsaufruf der DA, abgedruckt in der DR Nr.1, 1991, stellt die wesentlichen Sammelpunkte im braunen Lager heraus. Die Wiederherstellung Großdeutschland – der »*Zusammenschluß von West- und Mitteldeutschland befugt keine Regierung zu Gebietsabtretungen und Beitrittsverweigerungen*« gegenüber den noch nicht ins Reich heimgeholten »*Ostgebieten*« und einen menschenverachtenden Rassismus – die DA will eine »*Ausländerpolitik, die den berechtigten Schutzinteressen des deutschen Volkes entspricht*«. In der gleichen Ausgabe der DR werden auf zwei Seiten »*Überlegungen zum Programm einer patriotischen deutschen Sammlungsbewegung*« unterbreitet. Der Autor soll ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter sein, der »*eine namhafte Persönlichkeit aus dem patriotischen Lager*« ist. In diesem Beitrag wird braunes Gedankengut in Reinkultur geboten: »*Die Heranbildung einer Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden ist der Auftrag in der industriellen Massengesellschaft unserer Tage*«. Innerhalb, dieser in der Tradition der NSDAP stehenden und propagierten Volksgemeinschaft, »*muß der deutsche Arbeiter vorrangigen Anspruch auf Sicherung seines Arbeitsplatzes haben*«. So wie allen »Nicht-Deutschen« jede gleichberechtigte Existenz verweigert wird, so soll auch mit dem politischen Gegner umgegangen werden: »*Die Träger und Erfüllungsgehilfen, des kommunistischen Terrorregimes in Mitteldeutschland sind dennoch konsequent aus jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung auszuschalten ...*«.

Dies war auch die Praxis der Nazis: Ausschalten der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Gewerkschaften usw. bis hin zum Massenmord an Millionen Menschen. Und dementsprechend werden auch diese menschenverachtenden Verbrechen des Faschismus geleugnet: Die »*behauptete Allein- oder Hauptkriegsschuld an den beiden Weltkriegen ist eine Unwahrheit*«.

Erfolgsaussichten für die DA

Die DA versteht sich als »nationale Sammlungsbewegung« und hat gute Aussichten große Teile von noch bestehenden faschistischen Parteien wie z.B. die **NPD** zu integrieren. **Mußgnug** und **Schützinger** haben mit ihrer Beteiligung an der Gründung der DA noch zur rechten Zeit das sinkende Schiff verlassen. In der Januar-Ausgabe der Zeitung der NPD, **'Deutsche Stimme'**, heißt es: »*Wir würden die Augen vor den Realitäten verschließen, wenn wir Mitgliedern und Freunden jetzt nicht sagen würden, daß der Wahlausgang die NPD in eine existenzbedrohende Krise gebracht hat. Im Wahlgebiet West, das entscheidend war, wurde die Kostenerstattungsgrenze um 0,1 (!) Prozent verfehlt*«. Die 'Deutsche Stimme' bittet um »*Notopfer*« von 200 DM pro Mitglied. Die NPD geht zwar auf Distanz gegenüber dem »*Sammelfieber einiger Funktionäre*«, eine Neubelebung des ausgelaufenen Bündnisses mit der **'Deutschen Volksunion'** (DVU), das sie vielleicht retten könnte, scheint ausgeschlossen.

Deren Vorsitzender **Frey** äußerte in Bezug auf die Sammlung um und in der DA, »*daß kein Weg – und auch kein Schleichweg – am freiheitlichen Lager vorbeiführt, dem mit weitem Abstand größten nationalen Faktor, der überdies über die nationalfreiheitliche Wochenpresse verfügt*«. Dies ist im Vergleich zu dem bisher geführten Grabenkrieg ein relativ offenes Kooperationsangebot. Die DVU verbreitet einen Aufruf »*Für ein neues Deutschland*«, der keine erheblichen Differenzen zur DA aufweist. Sollte sich hier eine Einigung abzeichnen, so kann sich eine faschistische Formierung ergeben, die im Vergleich zur Herausbildung der Reps, diese weit in den Schatten stellt. ■

Quelle: Antifaschistische Nachrichten, Herausgegeben von der Volksfront (hga)



In fast allen westeuropäischen Staaten gibt es eine Geheimdienstarmee, die jenseits der demokratisch kontrollierbaren Strukturen aufgebaut worden ist und Faschisten für ihre Aktionen rekrutiert. Sie ist in Italien unter dem Namen »Gladio« bekannt geworden, in der BRD trägt sie den Namen »Stay Behind« bzw. »Schweigenetz«. Die Leitung liegt beim Bundesnachrichtendienst, BND. Gerade in der BRD ist wenig darüber bekannt geworden, die staatlichen Stellen und die großen Parteien haben kein Interesse an einer Veröffentlichung, da sie alle von deren Existenz gewußt und sie gebilligt haben.
Wir versuchen auf den folgenden Seiten die bekanntgewordenen Fakten und Ursprünge dieser größten verdeckt arbeitenden terroristischen Vereinigung der westlichen Welt zu durchleuchten.
Doch vorneweg ein paar Überlegungen zu dem Thema:

Die NATO-

Schon ab 1942, der Niederlage der Wehrmacht in Stalingrad, war dem deutschen Großkapital deutlich, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Zum Beispiel über die Siemens Niederlassungen in Lausanne/Schweiz wurden Kontakte zu den US-Geheimdiensten intensiviert und an den Plänen für ein Nachkriegseuropa gearbeitet. 1943 kamen Kreise der Waffen-SS dazu, um ihre Dienste den zukünftigen Siegermächten anzubieten. Als Belohnung halfen die US-Geheimdienste den Nazis die Fluchtroute (Klosterroute) nach Südamerika zu organisieren und das NS-Vermögen in zahlreichen deutschen Industrie-Niederlassungen im Ausland anzulegen.

Aus Besiegten wurden Verbündete, um das Gespenst des Kommunismus zu bekämpfen, einmal in Gestalt der Sowjetunion, aber auch der starken kommunistischen Partisanenbewegungen in Italien und Griechenland. Der Kalte Krieg war in Teilen der US-Administration und der Briten schon beschlossene Sache. Mit Hilfe der »Sicherheitsexperten« Nazi-Deutschlands wurde das US-Amerikanische Modell von Wohlstand und »Freedom and Democracy« vervollständigt. Man hatte aus der deutschen Geschichte die Lehren gezogen, daß eine Machtübergabe an eine faschistische Massenbewegung auch gleichzeitig den Verlust eines Teils der politischen Macht des Großkapitals bedeutet. So war das deutsche Kapital nach 1942 nicht in der Lage, den Krieg vorzeitig zu beenden und das von ihnen unterstützte Attentat Stauffenbergs gegen Hitler schlug fehl.

So wurde nach '45 eine institutionalisierte putschbereite Struktur aufgebaut, die im Falle einer starken linken Bewegung die Macht herbeibomben kann, ohne daß eine faschistische Massenbewegung die Macht übernehmen muß. Beispiel hierfür ist die Geschichte der Türkei, wo eben jene Struktur für drei Militärputsche verantwortlich war, denen der Terror der faschistischen 'Grauen Wölfe' gegen eine starke Arbeiterinnenbewegung vorrausgegangen war. So war dann auch der Übergang zur bürgerlich parlamentarischen Demokratie danach wieder möglich, die die optimale Gesellschaftsform zur ungehemmten Entfaltung der Produktivkräfte des Kapitals nach wie vor darstellt. In der BRD sieht die Praxis dieser Truppe natürlich anders aus, da es hier ein stabiles parlamentarisches System gibt.

Faschistischen Gruppen ist auch in der BRD ein fester Platz im Herrschaftssystem eingeräumt worden und ihre Zusammenarbeit wird mit Nichtverfolgung durch die staatlichen Behörden belohnt. Vor dem Hintergrund von Gladio ist zu bezweifeln, ob die Macht der Großkonzerne in Westeuropa abgewählt werden kann. Die herrschenden Eliten in diesem »unserem« Land sind die selben geblieben, wie während der Nazi-Diktatur, der Weimarer Republik und des Kaiserreiches. Ihren Willen, die Macht mit allen erdenkbaren Methoden zu verteidigen, haben sie in der Geschichte schon oft genug bewiesen. Daran hat sich unserer Meinung bis heute nichts geändert.

Terroristen



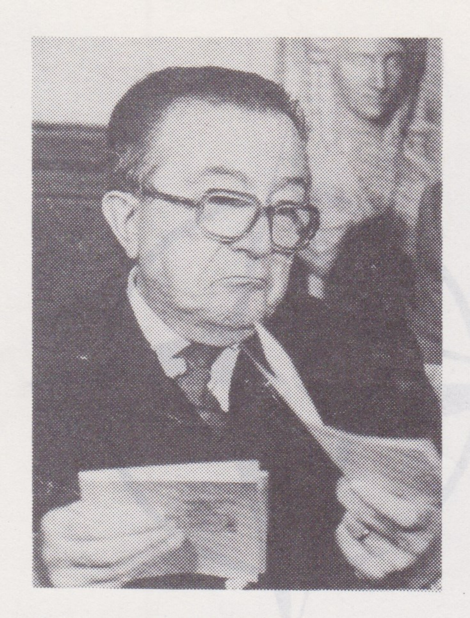


Panorama-Titel:
»Gladio, was für eine Bombe«

Die Enthüllungs-geschichte:

Viele der auch in diesem Artikel benannten Ereignisse sind zum Teil schon seit vielen Jahren bekannt. Bisher war es aber kaum möglich, sie in einen gemeinsamen Zusammenhang zu stellen. Das Puzzle begann sich erst im Oktober '90 zusammenzusetzen. Neue Einzelheiten kamen an die Öffentlichkeit. Dieser Prozeß war durch die Aussagen des italienischen Ministerpräsidenten G. Andreotti vor einer Untersuchungskommission entscheidend vorangekommen. Das »Staatsgeheimnis« wurde jedoch erst preisgegeben, als es fast unmöglich geworden war, die Existenz des italienischen 'Gladio' weiter zu verschleiern. Dazu hatten einerseits die Ermittlungen zu unaufgeklärten faschistischen Attentaten und andererseits der Fund bisher unbekannter Briefe und Aufzeichnungen des italienischen Politikers Aldo Moro (fünfmaliger Regierungschef und Vorsitzender der christdemokratischen Partei DC), der 1978 von den Roten Brigaden entführt und umgebracht worden ist, beigetragen.

In dem einen Fall hatte der Geheimdienstgeneral Notarnicola gegenüber dem Staatsanwalt Felice Casson Andeutungen über »Parallelstrukturen« inner- und außerhalb der Geheimdienste gemacht. Casson ermittelte wegen der Ermordung von drei Carabinieri 1972, die zunächst linken Gruppen angelastet wurde, für die aber mittlerweile Faschisten verurteilt worden sind.



Ministerpräsident Andreotti

Casson hatte sich bei einem bestimmten Stand der Ermittlungen direkt an Andreotti um Auskunft gewandt. Dieser machte jedoch nach Monaten der Verzögerung erst dann eine Aussage vor der parlamentarischen Kommission, nachdem am 9.Oktober '90 besagte Moro-Papiere gefunden worden waren. In ihnen machte Moro ebenfalls über jene Struktur der Geheimdienste Andeutungen, sowie über kriminelle Akte des Parteifreundes und damaligen Innenminister Andreotti.

In einem Interview der Zeitschrift 'Searchlight' (siehe längeren Auszug weiter hinten) sagte ein Ex-Nato-Mann über die Umstände, die zu Moros Tod führten: *»Moro wurde geopfert, weil er gegen ein US-Veto gegen die Einbeziehung von Kommunisten in seine Regierung verstieß. Der Mord wurde von den Roten Brigaden ausgeführt, welche von Agenten des italienischen Geheimdienstes stark durchwandert waren«*.

Diesen Enthüllungen kam Andreotti durch seine Aussagen über 'Gladio' zuvor und behielt dadurch das Steuer in der Hand, indem er die Verantwortung für 'Gladio' den USA zuschob. Nach anfänglichen Dementis bestätigten Griechenland, Belgien und Frankreich, und schließlich die übrigen Staaten, die Existenz von »Stay Behind«. Die BRD bildete dabei das Schlußlicht.

Doch damit ist letztlich nicht geklärt, was die eigentlichen Hintergründe der Enttarnung und der so bereitwilligen Auskunftgabe so mancher Geheimdienstler sind. Von den Spekulationen, die es dazu gibt, wollen wir eine hier wiedergeben. Es handelt sich dabei um einen Auszug aus dem Buch von Leo A. Müller:

»Wenn nicht alles täuscht, entwickelt sich seit 1989, verstärkt seit Mitte 1990, eine Art neuer Geheimdienst oder Geheimdienstlerkrieg, der mit dem Zusammenbruch der alten Ostblock-Regime zusammenhängt. Seit die Macht dort mehr oder weniger durch demokratische Regierungen übernommen wurde, filtern von dort auch bis dato geheime Nachrichten durch, sind bisher gesperrte Archive leichter zugänglich. Zudem haben sich, speziell in der DDR, viele ehemaligen Geheimdienstler dadurch zu retten versucht, daß sie westlichen Behörden ihr Wissen mitteilen«.

Zu fragen wäre auch, ob hinter der ganzen Geschichte nicht Bestrebungen stehen, die Europa stärker vom amerikanischen Einfluß abkoppeln wollen (Stichwort: EG 92). Denn bisher, so scheint es, halten die USA auch die entscheidenden Fäden der westeuropäischen Geheimdienste in den Händen.

»Alles legal«

In der BRD war der eigentliche Skandal das Ausbleiben des Skandals. Während in Italien die Regierung in eine schwere Krise geriet, in vielen Ländern die vordersten Schlagzeilen der Presse sich des Themas annahmen, Untersuchungskommissionen eingesetzt wurden, blieb eine ähnliche Entwicklung in der BRD aus. Das stillschweigende Einverständnis der »demokratischen« Parteien und Medien, nicht unnötig Wind zu machen, wenn es an's Eingemachte geht, hat sich auch hier wieder bewährt.

Wo der »Schwarze Peter« in Sachen Geheimdienste seit über einem Jahr mit großem Tamtam der (ehemaligen) Stasi zugeschoben wurde, würde ein Skandal beim westlichen Konkurrenten auch nur das schöne Bild trüben. Wie heißt es doch so treffend in der Juristen-Sprache: Die BRD ist Rechtsnachfolger des Dritten Reiches. Das ist sie auch im doppelten Sinn. Der Feind steht links in diesem Land und auch nur da wird er gesucht.

Gerade mal zu einer Sitzung der für die Geheimdienste zuständigen Parlamentarischen-Kontroll-Kommission (PKK) kam



Hitlers Ostspionage-Chef Gehlen

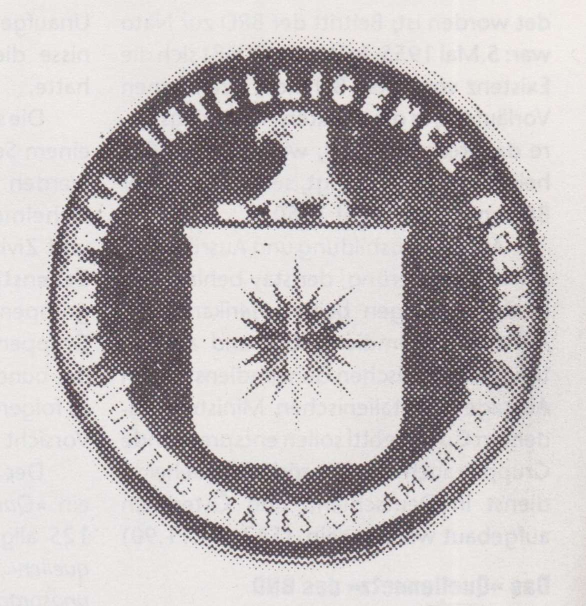
es zu diesem Thema. Eine Debatte im Bundestag wurde mit den Stimmen von CDU/FDP/SPD abgelehnt. Die Presse (und die PKK) wurden von dem, für die Geheimdienste zuständigen Koordinator im Kanzleramt, Lutz Stavenhagen, mit ein paar allgemeinen Ausführungen und wenigen, eher nutzlosen Details abgespeist. Motto: »*Bei uns verlief alles legal*«. Etwaige Verbindungen zu faschistischen Kreisen schloß er aus. Angesichts der behaupteten Tatsache, es lägen keinerlei schriftlichen Unterlagen zu der bundesdeutschen Geheimtruppe bis 1977 vor, mutet die Sicherheit, mit der Stavenhagen dies alles »wußte«, doch befremdlich an.

Aufschlußreich für die Entwicklung des deutschen »Stay Behind« - wenn auch kaum beachtet - bleibt der Fall eines dokumentierten Vorläufers (dem BDJ, aber dazu später mehr) in den fünfziger Jahren, mit eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund, sowie die Erinnerung daran, daß der BND, ebenso wie der deutsche »Stay Behind«, von ehemaligen (?) Nazis um den Nazi-Geheimdienstexperten Reinhard Gehlen aufgebaut worden sind. Dieser Gehlen war, bevor er Chef des BND's wurde, ranghöchster Geheimdientsoffizier, im Range eines Generals, von Hitler's Truppen an der Ostfront. Ein wichtiges Beispiel für deutsche Kontinuitäten.

Wofür »Stay Behind«?

Die offizielle Aufgabe der Nato-Geheimtruppe »Stay Behind«, die zunächst unter ihrem italienischen Namen 'Gladio' bekannt geworden ist, paßte zwar gut ins Weltbild des Kalten Krieges: Sich bei einem Angriff aus dem Osten von der Front überrollen lassen, dann in dem vom Feind besetzten Gebiet Guerillakrieg führen und Spionagenetze aufbauen. Doch diese Strategie mußte spätestens Mitte der sechziger Jahre überholt gewesen sein, weil die Nato in dieser Zeit die »*Vorneverteidigung*« als obersten Grundsatz erhob. Von größerer militärischer Bedeutung dürften ohnehin in den meisten Ländern die Fernspäh-Kompanien (bei der Bundeswehr drei Stück) sein, zu deren Aufgaben eben der Einsatz hinter feindlichen Linien zählt.

Das Regierungsgerede, im »*patriotischen Sinne*« gehandelt zu haben, entbehrt also jeder Grundlage. Mit einiger Logik ergibt sich, daß es weitere oder andere Gründe gewesen sind, daß »Stay Behind« bis zu seiner Enttarnung (und u.a. in der Türkei weiterhin) aktiv geblieben ist. Während in Italien oder Belgien etwa die Geheimtruppen noch Ende letzten Jahres aufgelöst worden sein sollen, bleibt in der BRD »Stay Behind« aus »*technischen*« Gründen noch bis April '91 bestehen. Es ist aber anzunehmen, daß »Stay Behind« durch neue Strukturen ersetzt wird. Die innenpolitische Aufgabenstellung der Organisationen wird durch eine fast unübersehbare Fülle von Ereignissen, die im offensichtlichen Zusammenhang mit der »*Gladio-Affäre*« stehen, belegt. Seien es Putsche oder Putschversuche wie in Italien, Griechenland und Türkei, Attentatsserien, mit in die Hunderte gehenden Todesopfern, oder massive Bespitzelung der eigenen Bürger – und immer auch beste Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen. In allen Nato-Ländern, und über deren Grenzen hinweg, diente »Stay Behind« als Guerilla, um die Linke in Schach zu halten und emanzipatorische Bewegungen zu unterdrücken. Hierin – und nicht in den schönfärberischen Legenden der Regierungen – liegt des Pudels Kern.



Das Projekt »Demagnetize«

Bereits Ende der siebziger Jahre hatte der italienische Historiker Roberto Faenza Zugang zu dem streng geheimen amerikanischen Dokument »Demagnetize« gehabt und umfangreiche Auszüge 1978 veröffentlicht. In dem Schriftstück vom Joint chief of staff (JCS), dem Oberkommando des US-Generalstabs, aus der Mitte der sechziger Jahre, sind Ziele amerikanischer Politik unverhüllt nachzulesen.

Da heißt es z.B.: »*Die Beschränkung der Macht der Kommunisten in Italien und Frankreich ist ein vorrangiges Ziel und muß mit jedem einsetzbaren Mittel betrieben werden*«. Es sei dabei klar, daß das Projekt »*Demagnetize*«, »*...mit der jeweiligen nationalen Souveränität in Kollision geraten könnte*«. Dieses Projekt wurde laufend fortgeschrieben, wie in Italien mit neuen Einzelheiten belegt worden ist. Nach dem italienischen Nachrichtenmagazin 'Panorama' (dem 'Spiegel' vergleichbar), gab es drei Phasen, mit denen diese Interessen durchgesetzt werden sollten: Die erste Phase war die Einrichtung der 'Gladio'-Strukturen in den meisten Nato-Staaten (50er und 60er Jahre). Die zweite Phase sah neben der Beibehaltung und Ausgestaltung der 'Gladio'-Strukturen vor allem vor, einflußreiche Politiker zu korrumpieren und in die Hand zu bekommen (möglicherweise Hintergrund der berühmten »Lockheed«-Affäre).

Bis Ende der 70er Jahre hatte die CIA dafür allein für Italien mehr als 60 Millionen Dollar ausgegeben, in ganz Europa sollen es mehr als 200 Millionen gewesen sein. Die dritte Phase schließlich bezog sich auf die Ausbildung und Einsetzung von »Einflußagenten« – Meinungsmacher in Wirtschaft und Öffentlichkeit (z.B. in den Medien).

Nebel um die Anfänge

Die Geheimdiensteinrichtungen, die unter solchen Namen wie »Stay Behind«, »Gladio«, »Glaive«, »Allgemeine Angelegenheiten«, ... liefen, stützen sich nach offizieller Version auf Geheimverträge beim Beitritt zur Nato, die 1949 gegrün-

det worden ist; Beitritt der BRD zur Nato war: 5.Mai 1955. In Wahrheit läßt sich die Existenz von »Stay Behind«, bzw. seinen Vorläufern, in die direkten Nachkriegsjahre datieren: In Italien, wie durch Ex-Geheimdienstler bestätigt, seit 1946, in der BRD mindestens seit 1950, ...

Aufbau, Ausbildung und Ausrüstung, sowie Finanzierung, der stay behinds lag in den Anfängen beim amerikanischen Auslandsgeheimdienst CIA und arbeitsteilig beim britischen Geheimdienst. Nach Aussage des italienischen Ministerpräsidenten G.Andreotti sollen entsprechende Gruppen auch vom französischen Geheimdienst in Deutschland und Österreich aufgebaut worden sein. (TAZ, 14.11.90)

Das »Quellennetz« des BND

»Stay Behinds« soll es in sämtlichen Nato-Staaten gegeben haben. Werden die bekanntgewordenen Organisationen in den sogenannten neutralen Staaten (Schweden und Schweiz), die im Zusammenhang mit der Nato-Struktur standen, hinzugezählt, ergibt sich ein fast lückenloses Netz über ganz Westeuropa. Koordiniert wurden die stay behinds durch das »Allied Coordination Comitee (ACC)« beim Nato-Hauptquatier in Brüssel und einmal im Jahr gab es Versammlungen in den einzelnen Mitgliedsländern.

Im Oktober '90 soll das letzte dieser Treffen in Brüssel stattgefunden haben. Unaufgeklärt blieb bisher, welche Befugnisse dieses geheimste Nato-Gremium hatte.

Die stay behinds, die im Kriegsfall von einem Sender in Großbritannien geführt werden sollten, setzten sich teils aus Geheimdienstlern, Armeeangehörigen und Zivilen zusammen. Sie waren nach Zellenstruktur aufgebaut, d.h. Kleingruppen mit Zellenführern, die andere Gruppen nicht kannten. Über die Stärke des bundesdeutschen »Stay Behind« gibt es folgende Angaben, die mit gebotener Vorsicht zu genießen sind.

Der 'Spiegel' schreibt, daß der BND ein *»Quellennetz«* von 50 militärischen, 125 allgemeinen und 25 *»Schleusungsquellen«*, sowie 75 Stellen für die *»Steuerungsorganisation«* eingerichtet hatte. Letztere wurden auf 35 Stellen reduziert. Die an Sprengstoff ausgebildeten Sabotage-Einheiten sind angeblich allmählich reduziert worden.

Mitte der siebziger Jahre waren elf BND'ler dafür vorgesehen, ab 1981 nur noch vier und ab 1983 ist die *»Aktionsgruppe«* ganz aufgelöst worden. Es sei »nur die nachrichtendienstliche Aufgabe« geblieben. (Spiegel 47/1990) Zuletzt sollen es in der BRD noch 200 stay behinds gewesen sein.

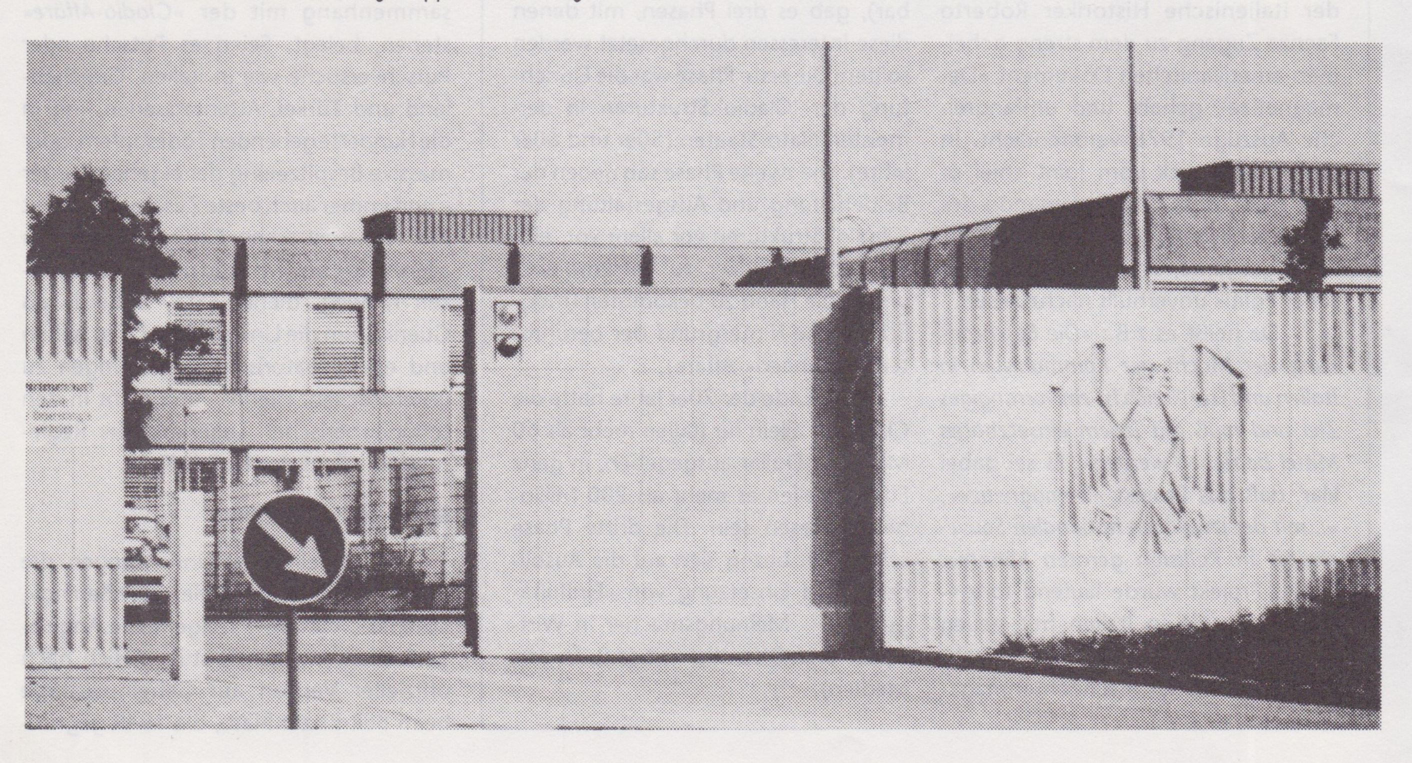
Laut Tagesspiegel vom 23.11.'90 sollen seit 1956 75 *»hauptamtliche Mitarbeiter«* des BND rund 500 *»Verbindungsleute«* (*»z.B. Angestellte, Handwerker und Arbeiter«*) geführt haben. Gegenwärtig besteht die Gruppe aus 26 Personen beim BND und 100 Verbindungsleuten. Der Tagesspiegel beruft sich dabei auf Aussagen von Stavenhagen.

Die BRD-Regierung hat gemeinsame Übungen mit den Geheimdiensten von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Norwegen und den USA zugegeben. Solche Übungen fanden z.B. in dem Ausbildungslager Maragiu bei Alghero auf Sardinien statt, an denen Gruppen von 10-12 Personen teilnahmen.

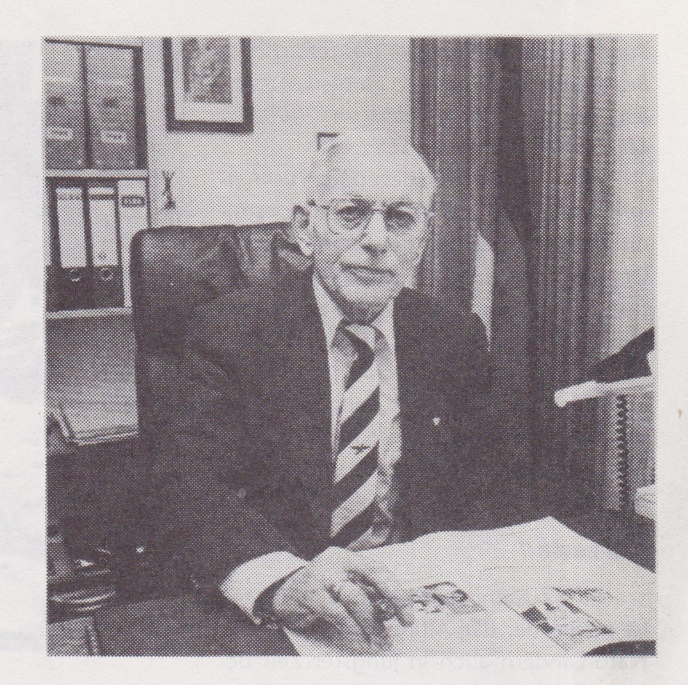
Dabei ging es u.a. um Austausch neuester Informationen, neue Einsatzpläne und um Manöver der Ausbildungsleiter. Geübt wurde aber auch in der BRD, wo man schon mal bei der US-Sondertruppe Green Barrets in Bad Tölz zu Gast war. Für möglich wird auch gehalten, daß ein Teil der Ausbildung an der Fernspäh-Schule der Bundeswehr in Weingarten stattfand.

Wie die Ausbildung ausgesehen haben mag, läßt sich an der Unterrichtung schweizer Geheimdienstler, der »Stay Behind« - nahen Organisation P-26, durch britische Spezialisten erahnen. Auf dem Programm standen: Sprengtechnik, konspiratives Verhalten, geräuschloses Töten und psychologische Kriegsführung. (Spiegel 50/1990)

Zentrale des BND in Pullach: Sabotagetrupps für den »Tag X«



»Stay Behind« und Nazis:



Ehemaliger TD'ler von Glahn

Der 'Bund Deutscher Jugend'

1952 flog der bundesdeutsche Vorläufer von »Stay Behind« auf. Im **'Technischen Dienst'** (TD), einer geheimen Struktur, die sich aus den Mitgliedern des 'Bund Deutscher Jugend' (BDJ) bildete, sammelten sich ehemalige Wehrmachtsoffiziere und Nazis, wo sie sich für den »*Fall X*« vorbereiteten. Der 1950 in Frankfurt gegründete BDJ arbeitete offen als »*Stoßtrupp gegen den Kommunismus*«, betrieb die ideologische Mobilmachung und verschaffte den geheimen Aktivitäten des TD die nötige Tarnung. Während der BDJ Flugblätter und anderes Propagandamaterial verteilte, legte der TD Depots mit Nachrichtentechnik, Funkgeräten und Waffen an, wurden seine Mitglieder mit US-Militärhilfe an Waffen und Sprengstoff ausgebildet. Der TD legte auch umfangreiche »*schwarze Listen*« über Personen aus dem linken Spektrum an, die »*kaltgestellt*« werden sollten.

Neben Mitgliedern der KPD fanden sich auf diesen Listen zahlreiche Sozialdemokraten, wie etwa Herbert Wehner oder Wilhelm Kaisen, Bürgermeister von Bremen. Diese Listen wurden im übrigen nach der offiziellen Auflösung des TD und dem Verbot des BDJ nicht etwa vernichtet, sondern wurden, soweit noch greifbar, vom Verfassungsschutz übernommen. Die Behörden wurden erst aktiv, nachdem sich der frühere SS-Mann Hans Otto bei der Frankfurter Kripo gemeldet und ein Geständnis abgelegt hatte. Daß die hessischen Behörden vorpreschten und etwas taten (trotz der guten Verbindungen des BDJ zur übergeordneten Verfassungsschutzstelle in Köln), läßt sich damit erklären, daß die Gleichschaltung des staatlichen Apparates zu diesem Zeitpunkt noch nicht so fortgeschritten war, wie heute. Nachdem die Katze erstmal aus dem Sack war, wollte niemand von den Absichten dieser Truppe gewußt haben.

Wie der BDJ wurde der TD vom CIA finanziert: Bis zu 50.000 Mark pro Monat kostete der Unterhalt der Ausbildungsstätte bei Grafenwöhr und die TD-Funktionäre erhielten Gehälter zwischen 500 und 1.000 Mark. Die Mitgliederzahl des TD hat sich, laut Bericht des hessischen Ministerpräsidenten Zinn vor dem Landtag im Oktober 1952, zwischen 1.000-2.000 bewegt.

»*Unser Auftrag und unsere Organisation waren deckungsgleich mit dem, was man heute über Gladio weiß*«. So Dieter von Glahn, TD-Verantwortlicher in Norddeutschland, gegenüber dem 'Spiegel' (48/1990) Und bereits am 29.Oktober 1952 wußte die damalige Ausgabe des 'Spiegels' zu berichten: »*Der 'Technische Dienst' in Deutschland ist nämlich nur ein Zweig einer über ganz Europa verbreiteten und von den Amerikanern unterstützten Partisanen-Organisation, deren Schwergewichte in Frankreich, den Benelux-Ländern, Italien, aber auch auf der iberischen Halbinsel liegen*«.

»Ausgezeichnete Beziehungen«

Der oben zitierte **von Glahn** war übrigens, bevor er zum BDJ kam, Abwehroffizier der Wehrmacht. Auch später blieb er sich treu und wechselte kurzfristig vom rechten CDU-Rand zu den **'Republikanern'** und ist außerdem Mitglied der deutschnationalen **'Konservativen Aktion'**. Verbindungen besaß der BDJ zu Leuten, wie dem ehemaligen Vorgesetzten des späteren BND-Chefs **Gehlen**, Generaloberst Franz Halder, der ebenso wie der Generaloberst Steiner, den BDJ'lern bei der Erstellung ihrer Archive über »*feindliche*« Personen und Organisationen behilflich war. Felix-Martin Steiner, der vom BDJ für die militärische Leitung einer geheimen »*Aktion Außenbezirke*« vorgesehen war, war NSDAP-Mitglied und u.a. General der Waffen-SS gewesen. Nach dem Krieg war er Mitgründer der rechtsextremen **'Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS'** (HIAG), sowie Gründer der 'Soldatenzeitung'.

Verbindungen bestanden auch zur **'Deutschen Partei'** (DP) und ihrem Bremer Vorstandsmitglied **Heinz Hoffmann** und der »*Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit*«, die, 1948 in Westberlin gegründet, mit militanten antikommunistischen Aktionen von sich Reden machte. Doch noch interessanter als ihre Einbettung in den rechtsextremen Sumpf, sind die hochkarätigen Kontakte des BDJ, wie sie aus einer Dokumentensammlung des hessischen Innenministers hervorgehen. Da ist zu lesen: »*Aus den Beweisurkunden (...) kann wohl mit Sicherheit behauptet werden, daß kein anderer Jugendverband in der*

Bundesrepublik über so ausgezeichnete Beziehungen zu höchsten Staatsdienststellen, Wirtschaftsverbänden und früheren Militärs verfügt wie der BDJ (...)«

Gemeint sind u.a. die enge »*Tuchfühlung*« mit dem Referenten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, Dr. von Dellinghausen, sowie die Kontakte zu persönlichen Referenten des damaligen Kanzler Adenauers, wie etwa Hans Kilb. Einen »*regen Gedankenaustausch*« unterhielt der BDJ auch mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln, »*insbesondere mit seinem Vizepräsidenten Radke*«.



Oktoberfest-Attentat 1980

Und heute ?

Eine Zusammenarbeit mit Faschisten ist neben der BDJ-Affäre in den meisten Nato-Ländern auch in jüngster Zeit belegt. Damit stellt sich die Frage, wie es nach 1952 in der BRD damit ausgesehen hat. Einige »*mysteriöse*« Fälle zeigen auch hier in eine solche Richtung. Hier wären vor allem zwei zu nennen: Das Attentat auf das Münchener Oktoberfest 1980, bei dem 13 Menschen starben und über 200 verletzt wurden. Und die Festnahme des Forstmeisters **Lembke**, der ein umfangreiches verstecktes Waffendepot von 88 Behältern, mit Sprengstoff, Panzerfäusten, Feuerwaffen,... aus Bundeswehrbeständen aufbewahrt hatte.

Das Oktoberfest-Attentat

Das Attentat in München reihte sich damals in eine Serie von Anschlägen ein. Im Abstand von jeweils etwa einem Monat explodierten 1980 drei Bomben, die entsetzliche Blutbäder anrichteten: Am 2.August auf den Hauptbahnhof der kommunistisch-regierten Stadt Bologna/ Italien, am 26.September – mitten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes um die Kanzlerkandidatur von F.J.Strauß – auf dem Münchener Oktoberfest, am 3.Oktober auf die jüdische Synagoge von Paris. Ein geplantes Attentat auf den Karneval der schwarzen Bevölkerung in London im Januar '81, konnte durch die englische Zeitschrift 'Searchlight' verhindert werden.

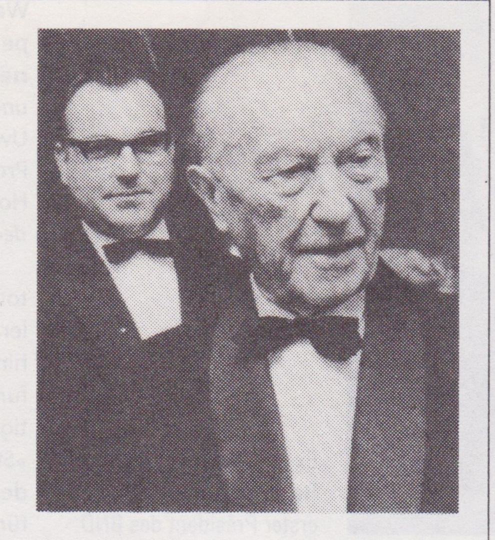
Karl-Heinz Hoffmann und Mitglieder seiner »Wehrsportgruppe«



Köhler, der Bombenleger in München, war bei dem Anschlag selbst umgekommen und wurde schnell als Einzeltäter erklärt (das übliche Verfahren bei faschistischen Verbrechen in der BRD). Zahlreiche Indizien weisen jedoch auf die Beteiligung mehrerer Personen an dem Münchener Anschlag hin. So bezichtigt sich z.B. der Nazi **Stefan Wagner**, Mitglied der Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann, der Beteiligung an dem Attentat. Bei einem Amoklauf kam er selbst zu Tode und konnte dazu nicht mehr genauer Stellung nehmen. Auf jeden Fall besaß Köhler ebenfalls Kontakte zur '**WSG Hoffmann**' und galt als deren »Sympathisant«.

Der Anführer der WSG, **Karl-Heinz Hoffmann**, soll wiederum nach den Aussagen des Faschisten (und Geheimdienstlers) **Elio Ciolini**, neben dem bekannten italienischen Rechts-Terroristen, **Stefano Della Chiaie**, und dem Großmeister der italienischen Geheimloge P2, Licio Gelli, an der Planung des Attentates auf den Bahnhof von Bologna beteiligt gewesen

Adenauer



Ein Insider berichtet

In der Januarausgabe der britischen antifaschistischen Zeitschrift 'Searchlight' ist ein Interview mit einem ehemaligen Mitarbeiter des Nato-Geheimdienstes erschienen, das im Dezember '90 gemacht worden war. Eine deutsche Übersetzung des ganzen Artikels findet sich in der Berliner Zeitschrift PROWO (Nr.11, 1. Feb. '90). Einige Auszüge daraus:

»Obwohl die 'Stay Behind'-Operation offiziell erst 1952 gegründet wurde, gab es die ganze Übung schon seit langer Zeit. Genau gesagt, seitdem sie dem Kopf von Allen Dulles entsprungen ist,« sagt der Ex-Nato-Mann, der Zugang zu den Akten in verschiedenen westeuropäischen Nationen gehabt hat. Ihm zufolge war es Dulles, der erste Chef der CIA, der den ursprünglichen Plan, geheime antikommunistische Guerilla-Einheiten in ganz Europa zu bilden, ausarbeitete, als er am Ende des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz stationiert war.

»Dulles, Sir Stewart Menzies, der Chef des britischen Geheimdienstes (SIS), und der belgische Premierminister Paul-Henri Spaak kodifizierten den Plan in einem Geheimpakt irgendwann zwischen 1949 und 1952 unter dem Schirm des Geheimen Koordinations-Komitees des Obersten Hauptquatiers der Alliierten Streitkräfte in Europa (SHAPE), aus dem die Nato entstand«.

»Es gab eine Arbeitsteilung zwischen den Briten und den USA,« fuhr er fort, *»bei der die Briten die Verantwortung für die Operation in Frankreich, Belgien, Holland, Portugal und Norwegen hatten und die Amerikaner sich um Schweden, Finnland und den Rest Europas kümmerten«* (...)

Was Deutschland betrifft, hatte der Ex-Geheimdienst-Mann weitere dramatische Enthüllungen. Er legte offen, daß das US-Büro für Politische Zusammenarbeit, das der CIA zuarbeitet, *»die Strukturen der Sionageabteilung, die von Hitlers Spionagechef Reinhard Gehlen geleitet wurde, mit Haut und Haaren übernommen hat«. »Das ist gut bekannt«*, kommentierte er, *»weil Gehlen der geistige Vater des 'Stay Behind' in Deutschland war und seine Rolle dem Westdeutschen Kanzler Konrad Adenauer von Anfang an bekannt war. Adenauer unterzeichnete im Mai 1955 mit den USA ein Geheimprotokoll zum Nato-Beitritt Deutschlands, in dem vereinbart wurde, daß die deutschen Behörden von einer aktiven juristischen Verfolgung bekannter Rechtsextremisten absehen werden.« »Was nicht so gut bekannt ist,«* fuhr er fort, *»ist, daß andere deutsche Spitzenpolitiker in die Existenz geheimer Widerstandspläne eingeweiht waren. Einer von ihnen war der damalige deutsche Staatssekretär und frühere hochrangige Nazi Hans Globke«.*

sein. Informationen von 'Searchlight' bestätigen die Beteiligung Hoffmanns an der Planung.

Im Hinblick auf eine Verwicklung von »Stay Behind« in den Bombenterror ist es interessant, daß in Italien mittlerweile die Beteiligung von 'Gladio'-Mitgliedern an dem Anschlag in Bologna aufgedeckt werden konnte. Auch der dabei verwendete Sprengstoff soll aus einem Gladio-Depot gekommen sein. Und schließlich paßt die Machart der Anschläge gut ins Schema: Durch scheinbar wahllosen Terror, die verunsicherte Bevölkerung in die Arme eines »starken Staates« treiben.

Die Waffen des Forstmeister Lembke

Die versteckten Waffen des Forstmeister Lembke wiederum, die eher zufällig gefunden worden waren, gaben dem damaligen niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff (CDU) einige Rätsel auf. Mit Blick auf das Ausmaß der Funde (z.B.50 Panzerfäuste), erklärte er: *»die Waffen könnten nicht aus Diebstählen bei der Bundeswehr stammen, sondern müßten regelrecht angeliefert worden sein«*. Und *»überhaupt kein Verständnis«* hatte Möklinghoff dafür, daß die Bundesanwaltschaft *»nach über einer Woche erfolgreicher Ermittlungsarbeit«* plötzlich die ursprüngliche Ermittlungsmannschaft ablöste und die Ermittlungen an sich zog.

Der Verdacht liegt nahe, daß oberste Stellen eine ähnliche Affäre, wie 1952 um den BDJ, verhindern wollten. Schließlich hatte es damals auch mit den Ermittlungen einer *»ahnungslose«* Behörde begonnen. Und wie könnte es anders sein, die obersten Ermittler konnten angeblich die Herkunft der Waffen nicht feststellen. Lembke selber konnte nicht mehr aussagen. Unter einigermaßen mysteriösen Umständen war er zu Tode gekommen, offiziell war es Selbstmord. Aber nur kurz vorher, hatte er gegenüber einem Beamten angegeben, daß er die Herkunft der Waffen aufdecken werde.

Nur der Vollständigkeit halber sei noch gesagt, daß zu Lembkes Umfeld, der selber als Nazi-Aktivist und Spezialist für



Ex-Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen, erster Präsident des BND

Waffen bekannt war, die Wehrsportgruppe um **Uwe Rohwer** und **Michael Kühnen** (1978), die *»Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel TENO«* des Arztes Uwe Jürgens (um 1980) gehörten. Und in Prozessen gegen Mitglieder der WSG Hoffmann war von Übungen *»in der Heide«* die Rede gewesen.

Wenn Lutz Stavenhagen, Koordinator für Geheimdienste beim Bundeskanzleramt, eine Verbindung von »Stay Behind« zu den niedersächsischen Waffenfunden auch verneinte, spricht vom heutigen Stand vieles dafür, daß damals ein »Stay Behind«-Depot aufgeflogen ist. In der BRD aber offensichtlich kein Grund für weitere Nachforschungen.

Vom »Reichssicherheitshauptamt« zum BND

Der Bundesnachrichtendienst (BND) ist aus der sogenannten '**Organisation Gehlen**' hervorgegangen. In ihr hatten sich nach Kriegsende, unter amerikanischen Schutz, alte Nazi-Geheimdienstspezialisten versammelt, u.a. angeheuert von **Klaus Barbie**, dem *»Schlächter von Lyon«*. Reinhard Gehlen, Chef der Organisation, war auch für die Bildung des deutschen »Stay Behind« verantwortlich. Der folgende Text wirft ein Licht auf die Ursprünge des bundesdeutschen Geheimdienstes.

»Freigegebene Unterlagen der US-Army zeigen, daß sich der erste Plan, die klugen Köpfe Nazideutschlands zur Mitarbeit heranzuziehen, auf Wissenschaftler konzentrierte.(...)Ungefähr zu der gleichen Zeit, als diese Fachleute verpflichtet wurden, starteten die Vereinigten Staaten auch ein kleines, überaus geheimes Programm, durch das in einem amerikanischen Lager für hochrangige Kriegsgefangene der Achsenmächte in der Nähe von Wiesbaden deutsche Spezialisten für Spionage- und Geheimoperationen angeworben wurden. Hier erteilte der Chef des Geheimdienstes der Army in Europa, General Edwin Sibert, dem hageren ehemaligen Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen den Auftrag, eine neue, aus deutschen Fachleuten für die UdSSR bestehende Spionageorganisation aufzubauen. (...) Ungefähr um die Zeit, als die Organisation Gehlen auf die Beine gestellt wurde, hörte das CIC allmählich auf, untergetauchte Nazis wegen Kriegsverbrechen zu verfolgen, und ging dazu über, einige der gleichen Nazis und Kollaborateure für das Aufspüren von Kommunisten einzusetzen.« (...)

»Reinhard Gehlen, einer der ranghöchsten Geheimdienstoffiziere an der Ostfront, hatte im Herbst 1944 begonnen, sein Überlaufen zu den Amerikanern vorzubereiten. (...) Am 22.Mai 1945 ergaben sich Gehlen und seine engsten Mitarbeiter einem Team des amerikanischen Gegenspionagekorps. (...) bevor ein Jahr um war, hatten die Amerikaner Gehlen und die meisten Angehörigen seines Stabes freigelassen und in einem ehemaligen Ausbildungszentrum der Waffen-SS in der Nähe von Pullach bei München untergebracht, wo sich heute noch die Zentrale der Gruppe befindet. (...) Mindestens ein halbes Dutzend Männer – vermutlich aber mehr – seines ersten, aus fünfzig Offizieren bestehenden Stabes, waren ehemalige SS- oder SD-Leute, ...die alle verantwortungsvolle Posten in der neuen Organisation Gehlen erhielten«.

»Nazis und Kollaborateure wurden zum integrierenden Bestandteil von Gehlens Nachkriegsorganisation, und das zeigte sich am deutlichsten bei der Leitung der Emigrantenorganisationen. (...) Zwei SS-Veteranen, Franz Six und Emil Augsburg, übernahmen die Aufsicht über die wesentlichen Aspekte der Arbeit, die die Emigranten für Gehlen leisteten.(...) Six und Augsburg waren ehemalige Angehörige des Amtes VI bzw. VII des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA). Diese SS-Behörde war eine Kombination von Geheimdienst-, Sabotage- und Propagandadienststelle, entsprach also – von der ideologischen Ausrichtung abgesehen – praktisch der CIA. (...) Amt VI verfügte über eine außergewöhnlich reiche Auswahl an ausgebildeten Agenten, Geheimdienstakten, Saboteuren und Propagandisten. Sowohl Gehlen als auch die Vereinigten Staaten bezogen nach dem Krieg viele ihrer wertvollsten Mitarbeiter aus dieser Abteilung. (...) Viele Spitzenfunktionäre des Amtes VI waren maßgeblich an der Massenvernichtung von Juden beteiligt. Sowohl Six als auch Augsburg hatten an der Ostfront mobile Mordkommandos geleitet. Andere waren als Verwaltungsbeamte und Planer am Holocaust beteiligt.«

(aus: Christopher Simpson - Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA, Wien, 1988)

Zum Beispiel Türkei:



Putsch-General Evren

»Menschen töten, Bomben werfen,...«

Um nicht den Rahmen dieser Ausgabe zu sprengen, beschränken wir uns die internationalen Machenschaften von »Stay Behind« nur anhand der Türkei darzustellen. Es gibt aber sehr umfangreiches Material über Italien, Belgien, Griechenland, Schweiz und Schweden. Vieleicht läßt sich mit der nächsten Ausgabe des INFOs hier noch einiges nachholen.

Daß es in der Türkei eine Geheimstruktur gibt, die mit der Nato zusammenarbeitet, ist dort bereits seit zwanzig Jahren bekannt. Unter dem Namen »Konter Guerilla« machte sie sich einen blutigen Namen. Mittlerweile gilt als sicher, daß es sich dabei um den türkischen Ableger von »Stay Behind« handelt. Gegründet wurde die Geheimtruppe (laut Spiegel 48/1990) 1953, ein Jahr nach Beitritt zur Nato, unter der Bezeichnung »Anti-Terror-Organisation«. Sie war im selben Gebäude wie die US-Militärmission untergebracht. 1964 wurde sie in »Abteilung für Sonderkrieg« (oder, wie es in anderen Berichten heißt:»Amt für besondere Kriegsführung«) umbenannt und dem Generalstab unterstellt.

Zum Zeitpunkt des Militärputsches 1980 stand diese Abteilung unter dem Befehl jenes General Kenan Evren, der den Staatsstreich kommandierte und sich später zum Präsidenten machte. Von US-Militärexperten aufgebaut und finanziert, kamen die Mitglieder der Abteilung größtenteils aus den Reihen der faschistischen 'Grauen Wölfe'.

Februar 1991: Türkische Armee in Dyabarker (türk. Kurdistan)



Als Grundlage für die Arbeit diente eine streng geheime Order, die wortwörtlich einem US-Army-Handbuch (»Field Manual 31«) abgeschrieben war. In dem Schriftstück, unterschrieben vom damaligen Chef der Heeresstreitkräfte, Ali Keskiner, wird die Bildung einer illegalen Gruppe vorgesehen. Deren Tätigkeit wird so beschrieben: *»Menschen töten, Bomben werfen, Raubüberfälle organisieren, Folter, Menschenentführung, Brandstiftung, Sabotage, Propaganda, Desinformationspolitik«.* (Nach Leo A.Müller)

So kann es nicht verwundern, daß die türkischen stay behinds verdächtigt werden, den faschistischen Terror vor dem Militärputsch mitorganisiert zu haben. Als Beispiel wird das Massaker am 1.Mai' 77 in Istanbul genannt. Von einem öffentlichen Gebäude aus war in die Menge der DemonstrantInnen geschossen worden, wobei 33 Menschen starben und Hunderte verletzt wurden. Die Sicherheitskräfte sahen bei dem Verbrechen, das nie aufgeklärt werden konnte, tatenlos zu. Weitere Beispiele sind das Massaker in Kahramanmaras '78 (31 Todesopfer), sowie zwei Attentatsversuche 1977 auf den damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ecevit.

Eine besondere aktuelle Brisans besitzt diese Truppe bei ihrem Einsatz im Schatten des Golfkrieges. Der Chef der *»Abteilung für Sonderkrieg«*, Kemal Yilmaz, hat nach einem Bericht des 'ak' (Nr.327) öffentlich bestätigt, daß die Truppe z.Z. in Kurdistan gegen die kurdische Befreiungsbewegung eingesetzt wird. So wird ein Massaker aus dem Juni '90 an 26 kurdischen DorfbewohnerInnen, als gezielte Konter-Guerilla-Aktion gesehen. ■

Dresden - neue Hauptstadt der »Nazi-Bewegung«?

Folgender Artikel wurde uns von »der Anderen« Nr.8, Zeitung aus Ostberlin, zur Verfügung gestellt. Wir dokumentieren ihn hier weitgehend ungekürzt. Den Schlußfolgerungen des Autors möchten wir uns nicht anschließen, da dort im Appell an den Staat die Bekämpfung der faschistischen Organisierung gefordert wird. Das halten wir aus unseren Erfahrungen für wenig nützlich, da in der West-BRD die Formierung der faschistischen Banden in der heutigen Form erst durch den Schutz des Staatsapparates ermöglicht worden ist. Es kommt auf die Eigeninitiative der Betroffenen an, sei es in politischer, kultureller Art Alternativen für die Jugendlichen, die den Nazis hinterherlaufen, zu entwickeln oder auch in Bezug auf eine Selbstverteidigung gegen die Gewalt von Rechts. Stattdessen fügen wir Ausschnitte aus einem LeserInnenbrief Dresdner Jugendlicher an das Info-Blatt hinzu.



Von Neon-Nazis zerstörtes Café BRONX

In der Nacht vom 23. zum 24. Dezember 1990 zerstört und plündert ein rechtsradikaler Schlägertrupp die Einrichtung des Galeriecafés BRONX vollständig und schlägt den Inhaber zusammen. Kurze Zeit später wird die PLANWIRTSCHAFT angegriffen und Anwohner mit Leuchtkugeln beschossen. Das Eintreffen der Polizei – zu spät, aber immerhin – verhindert weitere Zerstörungen. Im TIVOLI wird ein junger Mann zusammengeschlagen.

Details, wie die gestohlenen Schlüssel, legen den Schluß nahe, daß es sich um den gleichen Täterkreis handelt. In der Nacht vom 25. zum 26. 12. werden im TIVOLI alle Fensterscheiben und das gesamte Mobiliar zerstört, zwei Mädchen blutig geschlagen. Wiederum sind rechtsradikale Skinheads und sogenannte Faschos die Täter.

Am Neujahrsmorgen greifen Rechtsradikale das CAFE 100 an. Die schweren Kopfverletzungen des Cafe-Inhabers müssen stationär behandelt werden. Kurze Zeit später steht das BRONX in Flammen. Die Bewohner des Hauses müssen von der Feuerwehr über die Drehleiter evakuiert werden. Gegen 2.30 Uhr wird der Info-Laden SCHLAGLOCH angegriffen. Die diesmal rechtzeitig eintreffende Polizei nimmt vier der Angreifer vorläufig fest, darunter einen gewissen **Dirk Vogel**, bekannt als Organisator und Anführer einer Nazi-Gang. Soweit zu den Feiertagen in Dresdens Äußerer Neustadt...

»Politisch« motivierte Gewalt eskalierte am Jahresende

Die Chronik der Gewalt läßt sich weit zurückverfolgen. Seit April '90 verging fast kein Wochenende, an dem es nicht zu Überfällen auf Alternativ-Cafés, Ausländerwohnheime, auf Punks, »Linke«, AusländerInnen, Passanten gekommen wäre – seit Oktober fast kein Tag. Dabei nahm die Brutalität kontinuierlich zu, eskalierte der Einsatz von Waffen. So wurden am 24.

Hintergründe des Golf-Krieges

Interview mit einem irakischen Oppositionellen

Der irakisch-kuwaitische Konflikt und der anschließende Golfkrieg hat die irakische Opposition in eine schwierige Lage gebracht. Einerseits kämpft sie für die Herstellung demokratischer Zustände im Irak, andererseits ist sie gegen den Krieg am Golf. Ein irakischer Oppositioneller beantwortet Fragen zum Golf-Krieg.

Frage: **Hat sich Ihre Haltung zum Baath-Regime durch den Ausbruch des Golfkrieges verändert?**
Antwort: Ich sehe mich noch immer als einen Teil der irakischen Opposition. Im Moment erfordert der Krieg jedoch einen massiven Widerstand in andere Richtung. Es geht nicht darum Saddam Hussein zu verteidigen, sondern um den Schutz der irakischen Bevölkerung, der arabischen Zukunft wie auch allgemein der Interessen der Dritten Welt. Daher ist unsere Hauptforderung jetzt: sofortige und bedingungslose Beendigung des Krieges.

Wie ist Ihre Haltung zur irakischen Kuwait-Invasion?

Wir lehnen die irakische Invasion von Kuwait ab, obwohl natürlich die Grenzen zwischen dem Irak und Kuwait wie auch viele Grenzen in der sogenannten dritten Welt kolonialen Ursprungs sind. Sie berücksichtigen die über Jahrtausende gewachsene wirtschaftliche, kulturelle und ethnische Bindungen. Die kolonialen Grenzen kann man jedoch heute nicht mit Gewalt revidieren, weil dadurch Kriege und Zerstörungen entstehen, die nicht im Sinne der betroffenen Völker sind. Wir sind dagegen für eine friedliche Überwindung der kolonialen Grenzen. Diese Überlegung läßt den historischen Anspruch Iraks auf Kuwait unberührt.

Wie beurteilen Sie den Aufmarsch der ausländischen Truppen am Golf?

Diese quantitativ wie qualitativ einmalige Demonstration militärtechnologischer Vernichtungsmaschinerie entspricht vermutlich der Intensität an Gewalttätigkeit, mit der Präsident Bush seine »Neue Weltordnung« durchsetzen will. Wir werden uns mit aller Entschiedenheit dieser neuen Weltordnung verweigern. Die Ingangsetzung dieser Kriegsmaschinerie geschah nicht wegen der »Freiheit Kuwaits« oder wegen dem Schutz benachbarter Völker. Sie läßt sich kaum noch allein durch die Interessen an der Kontrolle über das arabische Erdöl noch allein durch die ökonomischen Bedürfnisse einer durch Ost-West-Entspannung gefährdeten Rüstungsindustrie erklären. Dahinter steckt eine Generalüberholung aller bisherigen internationalen Regulierungen.

Die Besetzung Kuwaits war nur ein willkommener Anlaß, um die »neue Weltordnung« exemplarisch zu statuieren. Viele arabische Journalisten gehen davon aus, daß die USA Saddam Hussein in eine Falle gelockt haben. Die US-Botschafterin in Bagdad Glaspie signalisierte auf Anweisung ihres Außenministers, daß die USA sich in einen militärischen Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait nicht einmischen würden. Bush torpedierte auch alle Bemühungen für eine friedliche Lösung.

Die konservativen Golfstaaten haben die ausländischen Truppen geholt, da durch die Kuwait-Invasion die Widersprüche und Schwächen dieser Länder offenkundig geworden sind. Diese Regimes, vor allem Saudi-Arabien, sind theokratisch und undemokratisch. In Saudi-Arabien gibt es nicht einmal ein Parlament. Opposition und religiöse Minderheiten werden brutal verfolgt. Ihre Wirtschaften basieren auf der Arbeit eines hieratchisch diskriminierten Migratenpotentials aus arabischen und asiatischen Ländern. Die freiheitlich demokratische Legitimation, mit der dieser Krieg von Seiten der Allierten geführt wird, entlarvt sich bei bloßer Betrachtung der angeblich zu verteidigenden feudalundemokratischen Verhältnisse.

Was sind nach Ihrer Meinung die Ursachen der Kuwait-Invasion?

Für die irakische Kuwait-Invasion gibt es eine Reihe von Gründen. Sie kann einfach ausgedrückt als Folge des achtjährigen irakisch-iranischen Krieges betrachtet werden. Dieser hat auf der einen Seite die irakische Wirtschaft ruiniert und auf der anderen Seite dem Irak neben der schon traditionellen Militärhilfe aus dem Osten nun bemerkenswerterweise auch die modernsten Waffenarsenale des Westens erschlossen. Im einzelnen kann man folgende Punkte nennen:

1) Dem Baath-Regime gelang es während des irakisch-iranischen Krieges, die durch den islamischen Fundamentalismus verursachte Instabilität zu entschärfen. Die Versorgung der Bevölkerung konnte durch Aufnahme von Krediten in Milliardenhöhe aufrechterhalten werden. Gleichzeitig wurde Verbesserungen nach Beendigung des Krieges versprochen. Nach dem Krieg eskalierte sich jedoch die Wirtschaftskrise und drohte zur Instabilisierung des Machtmonopols von Saddam Hussein.

2) Der Irak forderte von den konservativen Golfstaaten eine Beteiligung an den Kriegskosten unter dem Hinweis auf ihre eigenen Vorteile: Er habe der auch ihnen gefährlichen islamischen Revolution das Rückgrat gebrochen. Den geforderten Schuldenerlaß und weitreichende Finanzhilfen lehnten die konservativen Golfstaaten jedoch ab.

3) Die zunehmende militärische Stärke des Iraks war den konservativen Golfstaaten ein Dorn im Auge. Sie versuchten, das Regime von Saddam Hussein zu destabilisieren. Neben der Verweigerung einer Finanzhilfe wurde ein weiterer Durckmittel benutzt, das 1985 einmal gegen den Iran eingesetzt wurde. Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate haben, entgegen der Beschlüsse der OPEC, die Erdölproduktion so weit erhöht, daß der Erdölpreis auf 14 $ pro Barrel sank. Im Gegensatz zum Irak sind die konservativen Golfstaaten nicht auf ihre Öleinnahmen angewiesen. Sie haben große Investitionen im Ausland getätigt. Vor allem wegen der hohen Auslandsschulen und der Wirtschaftskrise benötigte der Irak dringend die Erdöleinnahmen.

Außerdem gab noch weitere Faktoren die eine geringere Rollen gespielt haben. Dies sind:

– Der Irak strebte einen Zugang zum Meer »weit von einer iranischen Bedrohung«. Der Seeweg zum irakischen Hochseehafen Um-Kaser führt durch kuwaitische Hoheitsgewässer. Er versuchte daher die beiden Inseln Bubian und Warba oder mindestens den Wasserweg von Kuwait zu pachten. Kuwait lehnte ab.
– Der historische Anspruch Iraks auf Kuwait spielte in der Vergangenheit eine große Rolle bis die erste Baath-Regierung 1964 darauf verzichtete. Die Legitimation eines irakischen Anspruchs auf Kuwait ist also zumindest umstritten.
– Die Grenzen zwischen Irak und Kuwait wurden nie genau gezogen. Streitigkeiten gab es vor allem um das Ölfeld Rumeilla.

Können Sie uns einen geschichtlichen Überblick über die irakische Opposition geben? Wie stark ist sie heute?

Die irakische Opposition war in den sechziger Jahren und

Anfang der siebziger Jahre sehr stark und nicht nur auf eine Machtänderung innerhalb des Iraks ausgerichtet. Sie wurzelte auf einer sehr entwickelten antikolonialen und antiimperialistischen Widerstandsbewegung und integrierte Nationaledemokraten, Kommunisten, Kurden und unterschiedliche nationalorientierte Strömungen. Seit den zwanziger Jahren gab es eine ununterbrochene Kette von brutalster Verfolgung aller Emanzipationsbestrebungen mit Folter, Hinrichtungen und alltäglicher Repression. Die Erfahrungen der vierziger und fünfziger Jahren, wie die Vertreibung der Palästinenser, die anglo-französische-israelische Aggression gegen Ägypten 1956 usw. verschafften der Opposition einen ungeheueren Auftrieb. Dieser Impuls lebte in einer alle sozialen und politischen Strömungen integrierenden Allianz weiter und führte letztendlich 1958 zum Sturz der prowestlichen Monarchie.

In der Folgezeit spaltete sich die Opposition und programmatische Unterschiede führten zu heftigen Machtkämpfen. Die Baath-Partei setzte sich zum Teil mit brutaler Gewaltanwendung durch. Viele Oppositionelle mußten ins Ausland gehen. Der Kurdische Widerstand ist 1975 nach dem Algier-Abkommen zwischen der Baath-Regierung und dem Schah vom Iran zusammengebrochen.

Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre wurde die islamische Bewegung stark. Diese wurde ebenfalls brutal verfolgt. Heute ist die Opposition zum größten Teil im Ausland. Das Nichtvorhandensein eines starken organisierten Widerstands im Inneren heißt aber nicht, daß die Menschen mit dem Regime zufrieden sind. Im Gegenteil, die Mehrheit sehnt sich nach demokratischer Interessenvertretung.

Wie weit steht die irakische Bevölkerung hinter Saddam Hussein?

Es ist sehr schwierig diese Frage zu beantworten, denn im Irak gibt es seit langem keine freie Meinungsäußerung. Ich kann jedoch annehmen, daß die meisten Iraker die Diktatur der Baath-Partei ablehnen. Dem Baath-Regime ist es jedoch gelungen eine bestimmte soziale Schicht für sich zu gewinnen. Durch den verhaßten irakisch-iranische Krieg durch die Wirtschaftskrise ist die soziale Basis des Baath-Regimes schwächer geworden.

Nun ist aber durch das ungeheure Aufgebot an Massenvernichtungsmitteln eine vollkommen neue Situation entstanden. Die arabischen Erfahrungen mit der westlichen Gewalttätigkeit sind sehr viel älter und historisch gravierender als die innerstaatliche Repression. Natürlich sind die Benzin- und Napalmbomben der B-52 unvergleichbar viel gefährlicher und zukunftbedrohender als die ausgesuchtesten Spitzel und geschultesten Killer Saddam Husseins. Insofern stabilisiert dieser Krieg das Regime sogar eher, zigtausende von Angriffsflügen und Millionen von Bombenabwürfen lassen keine Alternative zu. Die äußere Bedrohung drängt die inneren Widersprüche in den Hintergrund.

Warum erhebt sich die irakische Bevölkerung nicht gegen Saddam Hussein?

Eine Erhebung der irakischen Bevölkerung war vor der Kuwait-Krise denkbar, wenn überhaupt dann lag sie zu dem Zeitpunkt im Bereich des Möglichen. Das war auch einer der Gründe für die Kuwait-Invasion. Der Aufmarsch der ausländischen Truppen nach der Kuwait-Invasion, die Drohungen gegen den Irak und der Angriff am 17.1. hat die Position von Saddam Hussein erheblich gestärkt. Nun wird der Irak von Mächten angegriffen mit einer kolonialen Vergangenheit und imperialistischen Gegenwart. Sie stammen nicht aus der Region und versuchen nun ihre Interessen mit Gewalt durchzusetzen.

Obwohl es früher oft Militärputschversuche gegeben hat. ist es jetzt unwahrscheinlich, daß ein Militärputsch stattfindet, da ein solcher keine Unterstützung bei der Bevölkerung finden würde. Derjenige würde als Verräter angesehen.

Saddam Hussein wird oft mit Hitler verglichen, was halten Sie davon?

Ein Vergleich zwischen Saddam Hussein und Hitler ist nicht richtig. Hitler war der Kopf einer faschistischen Ideologie, die zum Ziel hatte die Welt zu erobern. Deutschland war die erste Militärmacht und die zweite Wirtschaftsmacht der Welt. Die Bedingungen für einen Welteroberungskrieg waren damit gegeben.

Saddam Hussein ist dagegen ein Diktator aus der »dritten Welt«. Die Ideologie, die er angeblich vertritt, ist nicht faschistisch. Diese läßt sich zusammenfassen in der Hauptparole der Baath-Partei »panarabisch, sozialistisch antihegemonistisch«. Die Baath-Regierung ist aber höchst pragmatisch mit diesem Programm umgegangen und hat es letztendlich bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. So hat sie ihre Massenbasis verloren. Seine Aggressionen nach außen sind mehr durch die inneren Schwierigkeiten bedingt.

Durch den Vergleich mit Saddam Hussein versuchen die Medien im Westen den Krieg zu rechtfertigen. Dies war auch der Fall bei Nasser, als er 1956 den Suez-Kanal verstaatlichte. Diese Taktik wird offensichtlich, wenn man bedenkt, daß Saddam Hussein mit Hitler nicht verglichen wurde, als er als Freund des Westen die islamische Revolution bekriegte.

Der letzte Satz bringt uns zur nächsten Frage, Saddam Hussein war bis vor zwei Jahren der Freund des Westens und der konservativen Golfstaaten, heute ist er ihr Feind. Was hat zu diesem Bruch geführt?

Die Baath-Regierung hat seit der Machtübernahme 1968 versucht, einen unabhängigen Kurs zwischen den Blöcken zu halten. Während des irakisch-iranischen Krieges haben der Westen und die konservativen Golfstaaten Saddam Hussein massiv unterstützt. Dahinter stand die Überlegung, die iranische Revolution zu zerschlagen. Die konservativen Golfstaaten gaben Saddam Hussein großzügige Kredite und halfen ihm logistisch. Die westlichen Ländern lieferten Waffen aller Art. Dies galt vor allem für Frankreich, BRD und Italien.

Nach Beendigung des Krieges, d.h. nach dem Saddam Hussein seine Rolle als Feind der islamischen Revolution beendet hatte, ist plötzlich die Militärmacht des Iraks »unheimlich« geworden. Die westlichen Medien und Regierungen berichteten über den Atomzünder, die Superkanone, die Giftgasfabriken usw. Diese Kampagne hatte die Absicht, Saddam Hussein in die Schranken zu weisen. Er wollte sich nicht fügen und damit war der Konflikt vorprogrammiert.

Saddam Hussein ruft zum heiligen Krieg auf. Wie ernsthaft ist dies zu sehen?

Saddam Hussein ist sekularistisch. Er ruft zum heiligen Krieg aus taktischen Gründen auf, weil er weiß, daß er dadurch die islamischen Massen mobilisieren kann. Die Völker in den islamischen Ländern sehen die Intervention der ausländischen Truppen am Golf als eine Fortsetzung alter kolonialer und imperialistischer Politik. Sie wissen, daß die ausländischen Truppen nicht wegen Kuwait gekommen sind, sondern wegen der Machtinteressen. Damit ist dieser Begriff, wie ihn Saddam Hussein benutzt, politisch besetzt.

Welche Rolle spielt der Islam in dem Konflikt am Golf?

Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern auch eine Kultur. Die Widerstandsgeschichte der islamischen Völker ist auch eine Geschichte der Verteidigung ihrer kulturellen Identität gegenüber der westlichen Entwertung. Der Islam bietet dafür ein gemeinsames moralischen Menschenbild. Die islamischen

Völker waren nach dem Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Vertretungen, auch der oppositionellen Parteien, überwiegend empfänglich für eine Repolitisierung des Islams. Beispiele für diese Entwicklung kann man im Iran, Algerien und den von Israel besetzen Gebieten beobachten. Die politische islamische Richtung hat in ihrer radikalen Form eine antihegemoniale und damit eine antiwestliche Komponente.

Es ist also nicht verwunderlich, daß der Iran, der ehemalige Kriegsgegner Iraks, heute zu den schärfsten Kritiker des westlichen Aufmarsches bzw. des Angriffs gegen den Irak ist. Auch islamische Bewegungen, die nicht unbedingt als antiwestlich gelten, müssen heute auf Grund des Druckes ihrer Anhänger eine harte Haltung gegenüber der westlichen Präsenz im Nahen Osten einnehmen. Das beste Beispiel sind die Moslembrüder in Ägypten, die jahrzehntelang von Saudi-Arabien unterstützt wurden. Sie sind heute gegen die Präsenz der westlichen Truppen am Golf und gegen den Angriff gegen den Irak. Die Legitimation des Truppenaufmarsches am Golf wird nur von den staatsbediensteten religiösen Würdenträgern anerkannt, wie vom Haupt der Azhar-Universität in Kairo. Der Islam als eine politische Massenbewegung ist heute antihegemonial, und zwar mit zunehmender Tendenz. Die Legitimierung der Herrschaft durch den Islam in Saudi-Arabien und anderen prowestlichen Staaten wird immer schwieriger. Diese antihegemoniale Haltung der politisch islamischen Bewegung wird in den westlichen Medien mit einer Pro-Saddam-Haltung verwechselt.

Oft wird behauptet, daß der Krieg am 2. August angefangen hat. Sind sie auch dieser Meinung?

Die irakische Kuwait-Invasion war am 2. August 1990. Die meisten Menschen haben zu dieser Aggression Stellung bezogen und sie verurteilt. Dies gilt auch für die irakische Opposition. Der Krieg, der am 17.1.1991 begann, hat eine ganz andere Dimension. Er wird durchgeführt um Machtinteressen in der Region durchzusetzen, und nicht wegen der »Freiheit Kuwaits«. Er ist nicht kalkulierbar. Er könnte den ganzen Nahen Osten zerstören und zu einer ökologischen Weltkatastrophe führen. Dieser Krieg kann keine Probleme lösen und wird viele Folgekriege haben.

Wenn man der gleichen Logik folgen will, dann kann man sagen, daß der Krieg 1980 beim irakischen Angriff auf den Iran begann, da erst der Ruin der irakischen Wirtschaft gepaart mit einer militärischen Macht zu der Kuwait-Invasion führte. Der Angriff gegen den Iran wurde vom Westen ermuntert und jahrelang unterstützt. Will man weiter zurückgehen, dann kann man sagen, daß die völkerrechtswidrige Besetzung der West-Bank und des Gaza-Streifens 1967 und die Einverleibung der syrischen Golan-Höhen und Ostjerusalems als Kriegsbeginn gelten. Und noch weiter zurück, kann man den Kriegsbeginn auf das Jahr 1914 zurückverfolgen, als die Kolonialmacht Großbritannien, heute ein Teil der westlichen Allianz, Kuwait vom Irak abtrennte. Will man nach Schuldigen für die Kuwait-Invasion suchen, dann sind es die Kolonialmächte des Westens in der Vergangenheit und die Imperialisten in der Gegenwart neben dem Diktator Saddam Hussein. Die Argumentation »der Krieg begann am 2. August« wird benutzt, um den Krieg zu rechtfertigen.

Warum wird Saddam Hussein von der Bevölkerung in den arabischen Ländern unterstützt?

Was bleibt den Menschen in den arabischen Ländern übrig nach so vielen Jahren Bevormundung, Ignoranz, Teil-und Herrsche-Politik durch den Westen und Israel, Mißbrauch des arabischen Erdöls, als jede Chance zur Verweigerung zu nutzen. Die innerarabischen und innerstaatlichen Machtansprüche werden in diesem Zusammenhang sekundär. Wie eigennützig die Interessen von Saddam Hussein auch sein mögen, seine Forderungen bilden ein zentrales Anliegen in der arabischen Welt. Er verlangte eine gerechte Lösung für das Palästina-Problem durch die Einberufung einer Nahost-Konferenz. Er verlangte die Rückgabe der arabischen Gebiete, wie die Golan-Höhen. Er verlangte eine gerechtere Wirtschaftsordnung in der Welt, z.B. höhere Erdölpreise. Er ist gegen die militärische Präsenz ausländischer Mächte in der Region. Er nannte die Erdölherrscher am Golf beim Namen, als korrupte, theokratische Vasallen des Westens.

Obwohl die Besetzung Kuwaits von den meisten Arabern abgelehnt wird, spielt dieses Problem in der Meinungsbildung eine sekundäre Rolle. Die meisten Araber sehen in den konservativen Golfstaaten Vertreter westlicher Interessen. Das Erdölgeld wird im Westen reinvestiert. Davon profitiert der Westen, der Israel in seiner Aggression gegen die Araber unterstützt. Ihren Einfluß im Westen setzen sie nicht für die arabischen Interessen ein. Die Erdölgelder werden in Spielcasinos und für Luxusgüter verschwendet. Die in den konservativen Golfstaaten arbeitenden Araber aus anderen Ländern werden diskriminiert. So genießen die Herrscher am Golf keine Sympathien in den übrigen Arabischen Ländern.

Nach Zerfall des Ostblocks ist dieser Konflikt nicht in das Schema Ost-West einzuordnen. Manche sehen ihn als Auftakt zu einem Nord-Süd-Konflikt.

Es ist erstaunlich, daß ein mittelmäßiger Diktator zum Helden der sogenannten dritten Welt geworden ist. Heute ist Saddam nicht nur in den arabischen und islamischen Ländern populär, sondern in fast allen Ländern der dritten Welt. Die Menschen in der dritten Welt empfinden den Aufmarsch der westlichen Truppen und den Angriff gegen den Irak als eine Fortsetzung alter kolonialer und neokolonialer Tradition. Dieses Empfinden wird verursacht durch die ungleiche Behandlung von Aggressionen auf der Welt. Etliche Länder der Allianz haben in der neueren Geschichte andere, schwächere Länder überfallen bzw. haben sie sich in ihre inneren Angelegenheiten eingemischt. An der Spitze stehen die USA mit ihren Interventionen in Vietnam, Campuchea, Laos, Panama und Grenada sowie ihre Einmischungsversuche in Iran, Chile, Nicaragua usw.

Durch diese Haltung wird gezeigt, daß die USA die Weltpolitik nach ihren Interessen ordnen wollen. Dafür hat Bush den Begriff »neue Weltordnung« geprägt. Dies wird durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung verstärkt, durch die die Länder der dritten Welt immer ärmer werden. Daher kann man sagen, daß die Art wie dieser Konflikt von den USA und Europa behandelt wird, die These des Nord-Süd-Konflikts untermauert. Je länger dieser Konflikt dauert, desto stärker wird die Polarisierung in der Welt: die USA, Europa und Japan sowie ihre Vasallen in der dritten Welt auf der einen Seite und die Völker der dritten Welt auf der anderen Seiten. Dieser Konflikt war seit Jahren durch eine ungerechte Weltordnung geprägt. Die Anwendung massiver Gewalt bringt eine neue Qualität hinein.

Ist es zulässig das Palästina-Problem mit dem irakisch-kuwaitischen Konflikt zu verbinden?

Oberflächlich betrachtet haben die beiden Probleme miteinander nichts zu tun. Saddam Hussein verband beide Probleme aus taktischen Gründen miteinander. Ein Vergleich zeigt jedoch, wie eng die beiden Probleme tatsächlich miteinander verbunden sind:

– In beiden Fällen ist der Westen eine Konfliktpartei, aber mit unterschiedlicher Haltung. Im Fall Kuwait wird ein sofortiger, bedingungsloser Rückzug der irakischen Truppen verlangt, im Fall Palästina wird dem »Sicherheitsbedürfnis Israels« Rechnung

getragen, und das obwohl Israel prinzipiell eine Festlegung seiner Grenzen verweigert. Mit dem Alleinvertretungsanspruch für 17 Millionen Juden in der Welt müssen immer mehr arabische Gebiete annektiert werden.
– Im Fall Kuwait werden UNO-Resolutionen schnell verabschiedet, im Falle Palästina von den USA blockiert.
– Im Fall Kuwait wird mit Zustimmung der UNO Gewalt angewendet, im Fall Palästina nicht.
– Im Fall Kuwait ist Öl im Spiel, im Fall Palästinas geht es um Israel als Vertreter westlicher Interessen.

Abgesehen von diesem Vergleich ist das Palästina-Problem das Hauptproblem im Nahen Osten. Die Weigerung Israels und der USA die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen und ihren Widerstand gegen eine Nahost-Konferenz schafft fruchtbaren Boden für weitere Probleme.

Halten Sie die UNO-Boykott-Resolutionen für ein wirksames Mittel zur Durchsetzung des Völkerrechts?

Eine Weltorganisation zur Schlichtung von Konflikten und zur Lösung von Problemen ist unabdingbar. Die UNO hat aber leider meistens versagt, diese Aufgabe zu erfüllen. Sehr viele Probleme konnten in der UNO nicht gelöst werden. Davon auch viele nahöstliche Probleme. Die mächtigen Staaten im Sicherheitsrat lenken ihn oft nach ihren Interessen, oder blockieren seine Wirksamkeit, wenn es ihren Interessen nicht entspricht. Ich möchte nur an die UNO-Resolution für Palästina, Zypern, Südafrika, Panama, Afganistan usw. erinnern. Um so vehementer wurden die Kuwait-Resolutionen verabschiedet und in die Tat umgesetzt. Dadurch wird es offensichtlich, daß die UNO nur für die Durchsetzung der eignen Interessen gut ist.

Die UNO wurde instrumentalisiert durch die USA und die anderen westlichen Staaten. Kleine Staaten wurden unter Druck gesetzt bzw. ihnen wurden Schulden erlassen. Der Sowjetunion werden Wirtschaftshilfe und Kredite versprochen. Im Falle China werden die Wirtschaftssanktionen aufgehoben. Dadurch hat die UNO an Glaubwürdigkeit verloren. Daher meine ich, daß die UNO durch die Kuwait-Resolutionen geschwächt und nicht gestärkt wurde. Vor allem war die Resolution, die Gewalt erlaubt, ein fataler Fehler, denn die UNO sollte Frieden stiften und nicht Kriege aus machtpolitischen Interessen unterstützen.

Die Kurden gehören zu den Hauptleidtragenden des Krieges. Was kann nach Ihrer Meinung die irakische Opposition zur Unterstützung der Kurden beitragen?

Die Golfkrise hat die Unterdrückung des kurdischen Volkes ins Gespräch gebracht. Ich fürchte, daß dies nur vorübergehend ist, denn die »neue Weltordnung« von Herrn Bush sieht keinen Raum zur Erlangung ihrer Rechte. Eine starke Türkei soll die westlichen Interessen im östlichen Mittelmeer neben Israel vertreten. Das heißt, daß die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei vom Westen geduldet wird. Schon heute werden Millionen Kurden vertrieben, um das »Kurden-Problem« in der Türkei endgültig zu lösen.

Die »neue Weltordnung« ist sogar gegen die Bestrebungen des Kurdischen Volkes im Irak, seine Rechte zu erlangen. Sollten die Kurden im Irak ihre Rechte partiell erhalten, z.B. durch die Erlangung einer Autonomie im Rahmen eines demokratischen Iraks, wäre dies ein Grund für eine Intervention der Türkei, damit die Kurden in der Türkei nicht das gleiche verlangen.

Die irakische Opposition kann das kurdische Volk auf zwei Ebenen unterstützen, nämlich durch den Kampf für Demokratie im Irak und Autonomie für Irakisch-Kurdistan und gleichzeitig durch den Kampf gegen die »neue Weltordnung« von Bush, in der für viele unterdrückte Völker kein Platz vorhanden ist.

Welche Haltung soll nach Ihrer Meinung die irakische Opposition jetzt einnehmen?

Die zentrale Forderung ist jetzt: bedingungslose und sofortige Beendigung des Krieges. Der Krieg bringt nur Unheil und Zerstörung über Irak und Kuwait. Die Kriegsfolgen sind nicht kalkulierbar. Der Krieg ist außerdem nicht begrenzbar. Viele Länder könnten aus unterschiedlichen Interessen daran teilnehmen. Die ganze Region wird in Flammen stehen. Millionen von Menschen können dabei umkommen.

Auch für die restliche Welt sind die Folgen nicht kalkulierbar. Eine ökologische Katastrophe ist schon durch den Ölteppich im Golf in Ansätzen da. Eine Zerstörung der Erdölfelder würde zu einer Umweltkatastrophe größten Ausmasses führen. Die ökonomischen Folgen für die Länder der Dritten Welt sind erst recht unabsehbar, die Zahlungsfähigkeit besonders betroffener Staaten ist schon jetzt nicht mehr gegeben.

Die Fortsetzung des Krieges wird von den Völkern der Dritten Welt als eine Aggression der ersten Welt bewertet. Eine radikal antiwestliche Stimmung setzt sich durch. Die Beseitigung der Diktatur ist eine Angelegenheit des irakischen Volkes. Wir lehnen daher jede ausländische Einmischung mit dem Argument, die Diktatur zu stürzen, ab. Eine von außen aufgezwungene Regierung würde von der irakischen Bevölkerung abgelehnt. Nach meinen Informationen gibt es auch keine Gruppe der irakischen Opposition, die den Krieg gegen den Irak gutheißt oder unterstützt.

Welche Lösungen sind vorstellbar?

Eine Voraussetzung für jede Lösung ist eine bedingungslose und sofortige Beendigung des Krieges, der mittlerweile in einem Völkermord ausgeartet ist. Schon jetzt sind unermäßliche Verluste an Menschenleben zu beklagen. Unersetzliche Kulturgüter werden zerstört.

Danach können alle Beteiligten, einschließlich der PLO an einem Tisch sitzen, und die Probleme lösen. Grundlage jeder Lösung müssen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, einschließlich des kuwaitischen Volkes, Räumung aller besetzen Gebiete und Rückzug aller ausländischen Truppen aus der Region sein.

Mit Weiterführung des Krieges wird die Nahost-Konferenz immer mehr in Frage gestellt. Ein völlig zerstörter Irak, ja vielleicht eine völlig zerstörte Golfregion, wirtschaftlich angeschlagene arabische Welt und arabische Regierungen, die von ihren Völkern isoliert sind, bilden eine schlechte Voraussetzung zur Durchsetzung arabischer Interessen gegenüber dem Westen und Israel. Auf einer solchen Nahost-Konferenz würde nur die »Neue Weltordnung« von Herrn Bush das Ja-Wort gegeben werden.

Wie sind Ihre Empfindungen, wenn sie von den maßlosen Zerstörungen Ihrer Heimat hören?

Als ich die ersten Bilder von dem zerstörten Bagdad, meiner Heimatstadt, sah, war ich erfüllt mit einem Gefühl der Hilflosigkeit, der Trauer und der Wut. In der Nähe des zerstörten Verteidigungsministeriums wurde ich geboren und bin dort aufgewachsen. Die Volksschule, die ich als Kind besuchte, wurde später in das Verteidigungsministerium einverleibt. Als Kinder haben wir vor dem Abbasiden-Palast aus dem 13. Jahrhundert in direkter Nachbarschaft des Verteidigungsministeriums gespielt. Jetzt ist es mit Sicherheit zerstört. Das Gymnasium, das ich damals besuchte, liegt keine zweihundert Meter vom Verteidigungsministerium weit. Auch, wenn ich um diese Erinerungen trauere, so sind die größten Verluste die vielen Tausenden oder hunderttausenden von Menschen, die durch die barbarischen Luftangriffe getötet wurden. ■



Nazi-Aufmarsch am 20. 10. '90 in Dresden,vorne v.l.n.r: Christian Worch, Michael Kühnen und Gottfried Küssel

November 1990, während der Erstürmung und Totalverwüstung des Hauses Böhmische Straße 28, mehrere scharfe Schüsse aus einer KK-Waffe (Kleinkaliber) abgegeben. Das es bislang keinen Toten gegeben hat, ist Zufall.

Hintergründe

»*...Sie kommen aus den Neubaugebieten und haßten diesen "linken Staat" DDR, aus berechtigten Gründen, und hassen jetzt alle, die die neue Freiheit nutzen, um das bisher Verbotene zu tun. Schon an diesem Beispiel wird die Fragwürdigkeit der Etikettierung "rechts" und "links" deutlich. Wenn politische Haltung an der Stadtbezirksgrenze aufhört, so muß sie hauptsächlich soziale Ursachen haben ...*« (Zitat aus dem Stadtmagazin SAX)

Wohl wahr. Über die sozialen Ursachen von Gewalt, von Kriminalität – denn um politisch motivierte wie drapierte Kriminalität handelt es sich – ist viel geschrieben worden. Daher mag hier dieser Hinweis genügen. Ebenso der auf psychologische und politische Ursachen: Autoritätsverlust, Wertezerfall, rebellierende Selbstunterwerfung werden da an vorderster Stelle genannt. So war der 20. Oktober 1990, als in Dresden 500 Neonazis, angeführt von **Michael Kühnen** und dem Österreicher **Gottfried Küssel** aufmarschierten, für das gesamte rechtsradikale Lager in der neuen Bundesrepublik ein Signal, die Aktivitäten in und um die Stadt zu verstärken.

Daß sich in Dresden die Nazi-Prominenz, neben den schon genannten Kühnen und Küssel auch der berüchtigte Wehrsportgruppen-**Hoffmann**, neben Schlägertrupps aus Schwaben und Norddeutschland ein Stelldichein geben, ist bei dieser Ausgangslage kein Zufall. Die in letzter Zeit vielfach beklagte Passivität der Polizei tut nur ein übriges.

Eines allerdings sind all die Überfälle, Angriffe, Einbrüche nicht: spontane Zusammenstöße zwischen rivalisierenden, rechten und ,linken Jugendlichen – auch wenn dies gern so dargestellt wird, und viele es der Einfachheit halber gern glauben. Vollends klar wird das bei Schutzgelderpressung, einem weiteren Betätigungsfeld der Dresdener Fascho- und Skin-Gangs.

Bleibt die Frage, wer bringt die Jugendlichen dazu, in dieser Art und Weise organisiert kriminell zu werden? Und wer steckt dahinter?

Zugereiste

'NPD' und **'JN'** (Junge Nationaldemokraten): Aktiv sind sie seit Januar 90, als sie an den Bundestagswahlen teilnahmen. Die Verteilung des Propagandamaterials übernahmen militante Skingruppen.

'DVU-Liste D' (Deutsche Volksunion, Partei des Herausgebers der National-zeitung Dr. Frey): Nebenorganisationen sind die 'Vereinigung Deutsche Volksunion e.V.', die 'Initiative für Ausländerbegrenzung', der 'Ehrenbund RUDEL', der

'Deutsche Schutzbund für Volk und Kultur',die'Arbeitsgemeinschaft SCHWARZ-WEISS-ROT' in der DVU (Kühnen Anhänger), die 'Volksbewegung für eine Generalamnestie' (der Nazi-Kriegsverbrecher), der 'Schutzbund für Umwelt und Leben'. Die 'DVU' arbeitet, finanziell und personell, eng mit der NPD zusammen. In Dresden hat die 'DVU' ca. 200 Mitglieder.

Die 'Republikaner'

Aktivitäten der 'REP's wurden in Dresden relativ spät beobachtet. Die Gründung des Orts- und Kreisverbandes fand im Juni 90 (Ortsverband Leipzig dagegen schon im Januar 90) in der Gaststätte »Sybillenort« in Dresdens Äußerer Neustadt statt. Vertreter der offen faschistischen Gruppen Dresdens waren zeitweilig anwesend. Gleichzeitig verbreiteten ca. 200 Faschos und Nazi-Skins in der Äußeren Neustadt Bürgerkriegsatmosphäre. Am Vortag wurde, während eines Vortrages des Volkskammerabgeordneten Dr. Thomas Klein, das Büro der Vereinigten Linken von 'REP's und Nazi-Skins angegriffen. Zum Gründungszeitpunkt verfügten die 'Republikaner' über rund 130 eingetragene Mitglieder. In der Folgezeit tauchen gegen einige führende Mitglieder Stasi-Vorwürfe auf.

Edgar Meyer,
meldete den Nazi-Aufmarsch in Dresden an



'FAP' ('Freiheitliche Arbeiterpartei'): Die 'FAP' ist eine offen faschistische Partei, die für die Wiederzulassung der NSDAP und die Errichtung des sogenannten »4.Reiches« eintritt. Mehrere 'FAP'-Mitglieder sitzen in westdeutschen Gefängnissen u.a. wegen Mordes ein. Die 'FAP' hat zwei, sich zur Zeit rivalisierend gegenüberstehende Flügel - in Dresden ist der von Michael Kühnens »Gefolgsleuten« dominierte Teil der Partei aktiv.

VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition): Die VAPO ist der österreichische Ableger der FAP und ist auf die politische Linie Kühnens eingeschworen. Vertreten wird die VAPO in Dresden durch den Kühnen-Intimus Gottfried Küssel, der auch die Kader der 'Nationalen Alternative' in der Berliner Weitlingstraße »schulte«. VAPO- und FAP-Mitglieder üben ihren Einfluß in Dresden über die **'Deutsche Alternative'** (DA) aus.

Die Gründung von Ortsverbänden der Vernetzungspartei 'DA' erfolgte in der ehemaligen DDR schon im Dezember 1989 in Dresden, Cottbus und Rostock, der Gründungsparteitag der 'DA Mitteldeutschland' fand am 16. März 89 in Westberlin statt. Eine Anmeldung beim Parteienregister der DDR konnte aus rechtlichen Gründen erst im Sommer '90 erfolgen. Für diese Übergangszeit übernahm die in Ostberlin gegründete **'Nationale Alternative'** ('NA' oder 'N.A.') die Funktion der 'Deutschen Alternative'. (siehe Infos 11, 12, 13)

Bereits im sogenannten *»Arbeitsplan Ost«* Kühnens vom Januar 1990 waren Cottbus und Dresden als Standorte des DDR-Ablegers der ein Jahr zuvor gegründeten Partei vorgesehen. Da die Funk-Kommunikationszentrale der DA Anfang Januar '91 nach Dresden-Cotta verlegt wurde, wird hier wohl zumindest ein Zentrum der 'DA' zu finden sein. Vorgesehen als neues »Braunes Haus« war höchstwahrscheinlich das Haus Rabenauer Straße 3, dessen Besetzung durch Nazi-Skins im November durch die Polizei beendet wurde.

Der Parteivorstand der 'DA' wird offiziell angeführt von **Ray Träger** (Ortsverband Dresden) und **Karsten Wolter** (Orstverband Cottbus). Karsten Wolter gehört zu den Aktivisten der 'DA', deren Kader sich überwiegend gleichfalls in Dresden aufhalten (u.a. Ingo Haßelbach-Pfannschmidt, Frank Lutz, Andre Riechert, Franko Meyer, Mario Neumann, Heiko Baumert, Alexander Dietze, Carsten Sandow). In der 'DA' organisieren sich Mitglieder folgender anderer Parteien und Gruppen: FAP, VAPO, NF, NPD, JN, Winkingjugend, NL, DVU ...

Einheimische

'VdSW' (Verband der Sächsischen Werwölfe), **'JS'** (Jungsturm), **'SS-O'** (Schutzstaffel-Ost), **'NWD'** (Nationaler Widerstand Deutschlands) sind Dresdner Gründungen – als der *»schlagende Arm der Bewegung«* an allen Ausschreitungen, Überfällen, Störaktionen, Anschlägen in Dresden beteiligt. Die Mitgliedschaft dieser Gruppen rekrutiert sich aus der militanten Skinhead- und Fascho-Szene, Mehrfachmitgliedschaften sind die Regel. Mit einer Umbenennung der Organisationen ist demnächst zu rechnen. Geführt werden diese kriminellen Vereinigungen von ihren Gründern **Rainer Sonntag** und Dirk Vogel.

Rainer Sonntag, 1987 ausgereist, 1988 und '89 durch das Amtsgericht Hof und das Amtsgericht Düsseldorf vorbestraft wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und Körperverletzung, ist seit Januar 1990 im Auftrag Michael Kühnens wieder in Dresden. Bei Ausschreitungen hält sich Sonntag im Hintergrund und gibt die Befehle, teils direkt, teils über »Unterführer« oder Läufer. Sonntag wohnt(e) im Stadtteil Leuben. Sonntags rechte Hand ist **Michael Vietze** aus Dresdens Vorort Cotta ('VdSW', 'JS', 'NWD'). Dirk Vogel ist sowohl Mitinitiator der genannten Gruppen als auch der Besetzung Rabenauerstraße 3. In Johannstadt führt er eine eigene Gruppe. Bei Ausschreitungen ist er als »Führer« oder Schläger dabei.

Ebenfalls oft genannt werden **Frank Kaden** (Ex-Finanzer und Jugendverantwortlicher bei den 'REPs', Löbtau), der moderat auftritt und als Kontaktmann gilt. Dazu kommen dann noch **Andreas Wollenberger** ('FAP-Mitglied, Mitglied der Gruppen 'VdSW', 'JS', 'NDW', Dresden-Neustadt) sowie ein gewisser Bachmann aus Dresden-Johannstadt, der als *»die Glatze, die am schnellsten zuschlägt und den wenigsten Grips hat«* gilt. Aktiv an allen Ausschreitungen beteiligt – natürlich auch über Weihnachten und Neujahr sind auch: Heiko Henke (Johannstadt), Martin Arnau (»Billy« aus Niedersedlitz), Mike Hönzke (FAP-Mitglied, Mitbegründer DA), Jana Göbeld (»Frauenschaftsfüh-



rerin«, Johannstadt), Sven Eichler ('REP', 'NDW', 'VdSW') und Sven Schleife (Gorbitz, 'NDW').

Zum »harten Kern« dieser Szene wird man 150 Personen zählen müssen. Das Sympathisanten-Umfeld aber ist weitaus größer. Einen Richtwert bilden die für die 'NPD' am 2. Dezember 1990 abgegebenen Stimmen – in Dresden rund 2.000. Dieses Wahlergebnis ist allerdings nur bedingt auswertbar, da die rechtskriminelle Szene gerade aus dem Kreis der 14- bis 17-jährigen erheblichen Zulauf erhält. Mobilisierbar, oft im Zusammenhang mit Fußballspielen oder politischen Veranstaltungen, sind in Dresden und Umgebung (Königsbrück, Riesa, Großenhain, Freiberg, Freital...) relativ kurzfristig 300 bis 600 gewaltbereite Personen. Eine rege Reisetätigkeit der Gruppen ist ohnehin typisch. Bei Überfällen sind oft Ortsfremde dabei. So kamen bei dem Überfall auf eine Wahlveranstaltung vom Bündnis 90/Grüne Täter aus München und Königsbrück.

Eine weitere Organisation, über die noch wenig bekannt ist, wurde unlängst gegründet: die **'Wehrsportgruppe Hans Joachim Peiper'**, benannt nach dem gleichnamigen SS-Führer. Beteiligt an der Gründung dieser Gruppe war Rainer Sonntag, möglicherweise auch der berüchtigte »Wehrsportgruppen-Hoffmann«, der sich zum Zeitpunkt der Gründung in Dresden aufgehalten haben soll. Hoffmanns verbotene »Wehrsportgruppe« wird mit mehreren Anschlägen und Morden in Verbindung gebracht. Die 'Wehrsportgruppe Peiper' soll eine gesamt-national und konspirativ operierende Elite-Einheit werden, eben mit den Aufgaben der 'Wehrsportgruppe Hoffmann': Anschläge (wie der auf das Münchener Oktoberfest 1980 - 13 Tote), Banküberfälle, Mord ...

Die verwirrende Vielfalt rechtsradikaler Organisationen läßt Zersplitterung, Rivalität und Sektierertum vermuten. Doch das ist leider nicht so, wenngleich es auch eine Rolle gespielt hat und weiter spielt. Fast alle Organisationen sind untereinander durch Doppel- und Dreifachmitgliedschaften vernetzt. Man muß die Organisationen vielmehr als Fraktionen oder als »Führerschaften« einer tendenziell einheitlichen »Bewegung« ansehen. Die diversen politischen Gründungen der extremen und radikalen Rechten ersetzen die NSDAP; 'VSW', 'JS', 'NWD' etc. stehen für die SA; die 'Wehrsportgruppe Peiper' übernimmt die Rolle der SS. Wird eine der Gruppen verboten, treten die Mitglieder einer anderen bei, falls sie nicht sowieso schon drin sind. Aufmärsche, wie der am 20. Oktober 1990, werden von irgendwelchen unbekannten »Arbeitskreisen« oder »Initiativen« angemeldet, so zum Beispiel von einer 'Initiative für Deutschland' an Stelle der 'Deutschen Alternative'.

Aus dem LeserInnenbrief Dresdner Antifas:

»Wir sind ungefähr 50 Leute, die versuchen wenigstens etwas zu bewegen, meistens erfolglos, da der Rest fast alles Intellektuelle sind, die es nicht für nötig halten etwas gegen die braune Scheiße zu machen. Ihr seht unser Problem ist die Aufklärung der Leute. Bei einigen Demos waren die Ansätze schon gut, aber wir sind zu wenig, um die Antifa-Arbeit auf das gesamte Stadtgebiet auszudehnen. Am 20.4.91 ist bei uns eine Demo, da wir mit einem Nazi-Aufmarsch rechnen, hoffen wir auf ein wenig Unterstützung. Macht die Demo bei Euch bitte ein wenig bekannt. Zur Zeit macht Sonntag (siehe oben) Friedensvorschläge, wir nehmen aber an, daß er uns nur spalten will, um uns total in unserer Arbeit zu lähmen....«

Unterstützt die Dresdner Antifas! Demo am 20. 4. '91

Rechtsradikale Jugendliche in Dresden



antifaschistischer WIDERSTAND Leipzig

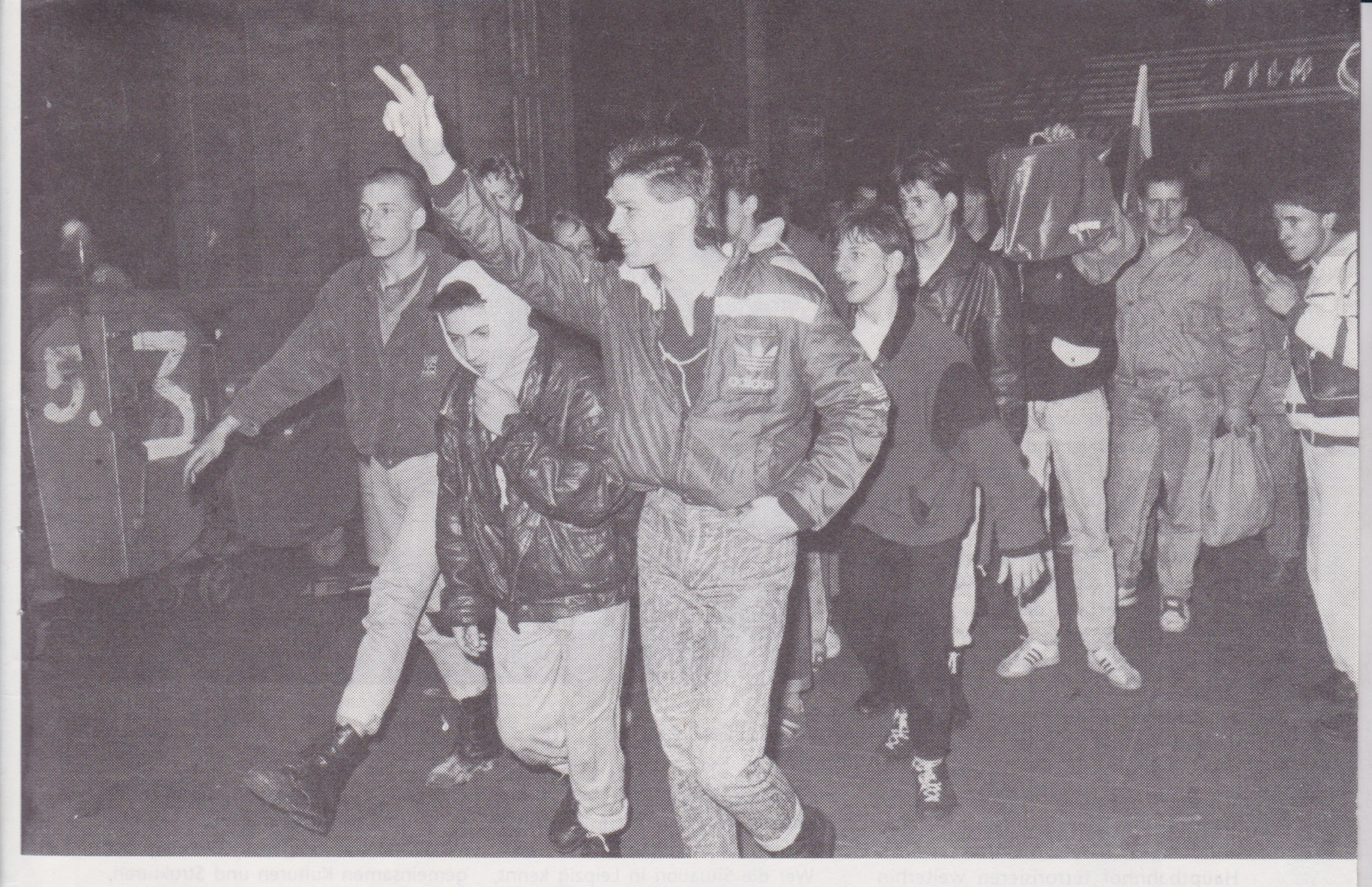
Seit dem Anschluß der DDR an die BRD hören wir aus fast allen Gegenden der »Fünf Neuen Bundesländer« erschreckende Berichte.
Ob in den Großstädten oder den ländlichen Gegenden, Faschobanden terrorisieren die Straßen. Einen besonderen Schwerpunkt bilden Angriffe auf die Zentren und Einrichtungen der verschiedenen Jugendkulturen.
Auch völlig unpolitische Discos können nicht mehr stattfinden, Clubs müssen schließen, die Kids in den ländlichen Gebieten oder den trostlosen Betonvorstädten sind vor die Wahl gestellt, sich zu verkriechen oder den Nazis anzuschließen. Besonders betroffen sind natürliche linke Zentren und Treffs. Viele haben sich angesichts dieser Bedrohung zurückgezogen; die besetzten Häuser Dresdens zum Beispiel wurden angesichts der Angriffe durch ihre BewohnerInnen geräumt.
Die scheinbare Hoffnungslosigkeit der Situation macht diese Politik des Überwinterns verständlich. Die Geschichte des antifaschistischen Kampfes in Leipzig macht jedoch deutlich, daß die Faschisten nur da eine wirkliche Stärke erreichen können, wo die Linke sich mit ihrer eigenen Schwäche abfindet.



Leipzig galt im Westen infolge der nationalistischen und faschistischen Aufmärsche in der »Wende«-Zeit im Herbst '89 als Fascho-Stadt. Es gab einen regelrechten negativen Mythos, der den Eindruck vermittelte, in Leipzig gäbe es nur Nazis. Aber Leipzig war ein Zentrum der DDR-Opposition und der durch die SED verfolgten Punks. Es gab hier immer Menschen und Zusammenhänge, die linke Politik machen wollten.

Im Verlauf des Herbstes konnten Rechte von Kohl über die REPs bis zur NPD auf den Montagsdemos immer größere Erfolge erzielen. Sie wandelten sich vom Ausdruck echter Opposition immer mehr (und je ungefährlicher eine Beteiligung wurde) zu Wiedervereinigungs-Demos. Die Linken, die sich von Anfang an daran beteiligt hatten, fanden sich immer weniger in diesen Demos wieder. Zu Anfang versuchten sie noch, ein Gegengewicht zu stellen. Später wollten sie dies durch Demozüge in entgegengesetzter Richtung ausdrücken. Die Menge der Jubler spuckte sie an, bezeichnete sie als Stasi-Kinder. Angesichts dieser Situation gaben sie die Gegendemos auf.

Ein anderer Versuch zielte darauf, die Nazi-Strukturen zu behindern. So wurde der Gründungsparteitag der REPs militant angegriffen. Die Aktion war zwar recht erfolgreich, doch auch das schien die Nazis und ihre Herrschaft über die Straße nicht aufzuhalten. In dieser Situation stand die Linke vor der »Alternative«, aufzugeben oder den Nazis die Herrschaft über die Straße zu entreißen. Zu diesem Zeitpunkt begannen die eher lose zusammenhängenden Leute mit zaghaften Organisierungsansätzen. Vor allem SchülerInnen



Rechtsradikale in Leipzig

und Lehrlinge gründeten die erste Antifastruktur, die sich später Antifa-Jugendfront Leipzig nannte.

Der erste Schritt: Raus auf die Straße!

Trotz aller Rückschläge beschlossen die Leute weiterzumachen. Als Kohl eine Großkundgebung abhält, mobilisiert die Linke (einschließlich PDS) hin, diesmal mit dem klaren Ziel einer Gegenaktion. Der Auftritt Kohls wird zeitweise massiv gestört.

Die Erfahrung der folgenden Ereignisse sitzt tief: Ein durch den Kanzler angestachelter und von militanten Nazis angeführter Bürger-Mob jagt die Störer in die Mensa der Uni. Die Brutalität der Jubler und Nazi-Skins macht vielen der bislang Gewaltfreien DDR-Linken die Notwendigkeit von Gegenwehr klar. An diesem Tag bleibt es bei Einzelaktionen: Ein paar Aschenbecher fliegen den Angreifern entgegen.

Der zweite Schritt:
Bleibt zusammen, rennt nicht weg!

Ausgerechnet für den 1. Mai organisiert die **'MND'** (Mitteldeutsche Nationaldemokraten), ein NPD-Ableger, der damals die meisten militanten Nazi-Skins organisiert, einen Aufmarsch. Es wird beschlossen, diesen proletarischen Feiertag nicht den Faschisten zu überlassen. Die AJF-Leipzig ruft zu einer Demo auf. Anschließend soll der Platz besetzt werden. Es bleiben 100 bis 200 Leute zusammen. Die Nazis treten als geschlossener Block auf, marschieren bewaffnet auf den Platz, ein angsteinflößender Anblick angesichts des täglichen Faschoterrors. Wie üblich beginnen die meisten Linken, wegzurennen. Doch einige bleiben stehen, bleiben zusammen, andere kommen zurück, ja, es fliegen sogar Flaschen auf die Nazis. Das macht anderen Mut, es verwirrt die Faschisten, die sich nur noch langsam vorwagen. Die Bullen gehen zwischen beide Gruppen und verhindern so eine Auseinandersetzung, die zu diesem Zeitpunkt für die Antifas recht übel hätte ausgehen können. Doch es ist das erste Mal, daß Leute angesichts eines Nazi-Angriffs nicht wegrennen.

Der dritte Schritt:
Wehrt euch. Schlagt zurück!

Der Nazi-Übermacht war durch diesen Schritt vorerst kein Abbruch getan. Immernoch bilden sie bei Discos, am Bahnhof usw., vor allem aber auch bei großen Konzerten eine Gefahr für alle anderen Jugendlichen. Eines dieser Konzerte ist der Auftritt der unter DDR-Jugendlichen vergötterten Band The Cure im Zentralstadion. Aber diesmal beschließen Leute, sich vorzubereiten. Es werden Fahrwachen eingerichtet. So konnte eine Zusammenrottung von ungefähr 60 bis 70 Nazis vorher festgestellt werden. Einige Leute, nicht mehr als zehn, hatten Leuchtspurmunition mitgebracht, auch Wurfgeschosse gesammelt. Das flog den Nazis entgegen. Die Leipziger Faschoszene hatte nie Gegenwehr erlebt, nie auch damit gerechnet. Der Trupp stob in wilder Flucht davon. Von nun ab war deutlich: Es ist nicht länger ungefährlich, sich an Nazi-Terror zu beteiligen.

Der vierte Schritt: Greift an!

Durch die Erfolge ermutigt, durch gemeinsame Versuche, linke Projekte zu schützen, geeint und durch die gemeinsame Organisierung gefestigt gingen nun Leute von sich aus dazu über, Nazis anzugreifen. An bestimmten Tagen, z.B. nach Fußballspielen, an denen die Straßen

früher den Nazis gehört hatten, waren nun Gruppen von Linken in der Stadt präsent. Teilweise wurden Nazis an ihren Treffpunkten angegriffen. Eine besonders spektakuläre Aktion bestand in einem Angriff auf die Bild-Filiale, die als Schutz Nazi-Skins geheuert und bewaffnet hatte. Der Schutz mußte sich verpissen, in der Filiale wurde einiges kaputtgemacht.

Vor dem Hintergrund dieser Aktionen konnte die Linke wieder ganz anders auftreten, offensiver und selbstbewußter. Bei einer großen Friedensdemo im Januar gab es einen für Leipzig recht großen autonomen Block (ca. 150 Leute), die anschließend noch geschlossen durch die Innenstadt zogen. Die Konzerte des Reaktions-Kollektives, die bewußt als politische, nicht-kommerzielle Kulturarbeit gemacht werden, finden weiter statt. Die besetzten Häuser in Lpz.-Connewitz sind zwar weiterhin Angriffsziel der Nazis, werden aber mittlerweile teilweise verteidigt.



Rechtsradikale aus Leipzig

Die Arbeit der Nazis scheint eher zu stagnieren. In den Hochhaussiedlungen am Rand der Stadt, in Discos oder am Hauptbahnhof terrorisieren weiterhin Nazibanden die Gegend, doch sind diese Gebiete nicht mehr Tabuzonen für die Linke. Unter anderem wurden in solchen Gebieten massiv antifaschistische Parolen gesprüht.

Eine neue Qualität erhielten die Ereignisse Anfang Februar dieses Jahres. Die Nazis hatten an einem Wochenende versucht, einen Aufmarsch zu machen. Im Vorfeld hatte die Antifa mobilisiert. Von den ungefähr 100 Leuten war der größte Teil aus Leipzig. Schon das war ein Erfolg. In der Innenstadt wurden ca. 60 bis 70 Nazis angetroffen und sofort angegriffen. Die Nazis verteidigten sich quasi überhaupt nicht. Sie rannten sofort weg und überließen ihre langsameren Kameraden dem Zorn der Linken, die über ein Jahr lang dem Terror der Faschisten ausgesetzt waren.



Wer die Situation in Leipzig kennt, versteht den Hass der Leute auf die Nazis, versteht die Brutalität und Gewalt. Wahrscheinlich war gerade diese Brutalität auch nötig um den Nazis etwas entgegenzusetzen, um unentschlossenen Mitläufern deutlich zu machen, wie gefährlich ihr Verhalten sein kann. Wir werden uns auch hüten, die Aktionen im einzelnen zu werten. Aber eine solche Situation kann leicht zu innerer Verrohung führen. Dann trifft die Gewalt nicht mehr die, die es treffen soll. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Im Gegensatz zu den Nazis ist Gewalt für uns niemals Selbstzweck.

In Leipzig ist nichts entschieden. Die Linke hat sich den Rücken freigeboxt. Das war nötig, es war Vorausetzung für ihre weitere Existenz. Bevor sie diesen Schritt nicht vollzogen hatte, schien die Situation entschieden, und zwar für die Nazis. In anderen Städten, wo er mißlang oder gar nicht erst versucht wurde, haben die Nazis heute die Gewalt über die Straße. Die Leipziger Antifas haben ihnen dieses Monopol abgerungen: Im Kampf um die Straße haben sie eigene Ängste überwunden, wichtige Erfahrungen gemacht.

Aber dieser Kampf ist nur die Voraussetzung für den Kampf um die Herzen und Hirne der Menschen, er kann ihn nie ersetzen. Die Linke darf auf dieser ersten Phase nicht stehen bleiben. Die erkämpften Räume müssen jetzt genutzt werden.

Ohne die einigende Wirkung der gemeinsamen Kulturen und Strukturen, ohne Zentren wie besetzte Häuser oder Gelegenheiten wie den Reaktionskonzerten, bei denen viele verschiedene Menschen zusammenkommen, wären die Erfolge nicht möglich gewesen.

Jetzt heißt es, die Selbstschutzstrukturen auszubauen, aber auch die politische Arbeit in den Stadtteilen, Schulen und Betrieben auszuweiten, in die Offensive zu gehen und die eigene Kraft zu organisieren.

Das Beispiel Leipzig kann sicherlich nicht wiederholt oder nachgemacht werden, aber es macht deutlich, wie eine linke Aktivität den Nazis den Boden entzieht. Viele junge Leute in der DDR rennen den Nazis nicht aus einem geschlossenen faschistischen Bewußtsein hinterher, sondern weil es Mode ist, oppositionell und auch, weil es dem Naziterror oft gelungen ist, alle anderen Jugendkulturen zu zerstören. Hier greift dann auch das rassistische und autoritätshörige Bewußtsein, das auch in der ehemaligen DDR weit verbreitet ist. Hiergegen kann nur eine starke Linke etwas ausrichten, die in ihrer Theorie und Praxis entschieden für die Prinzipien eintritt, die diesem Bewußtsein zuwiderlaufen: Antirassismus, Antisexismus, Antimilitarismus, Solidarität von unten gegen Ausbeutung und Unterdrückung. ■

CHRONOLOGIE

1. 12. 1990 / Cottbus
Kühnen will mit ca. 90 Anhängern eine Demo machen, alle werden aber vorübergehend festgenommen;

1. 12. 1990 / Guben
Ca.200 Nazis versammeln sich trotz Verbot zu einer Kundgebung; 68 Festnahmen;

8. 12. 1990 / Eberswalde
Ca. 70-80 Personen versuchen vergeblich gegen Polizeiaufgebot einen 'Deutschen Nationalen Völkischen Bund' zu gründen;

1. 1. 1991 / Görlitz
Treffen von Mitgliedern der 'NF' und 'DA' wird von der Polizei verhindert; 4 Festnahemn wegen Baseballschlägern;

13. 1. 1991 / 3555 Fronhausen-Hassenhausen
Insgesamt nur 11 Zuhöhrer bei REP-Wahlkampfveranstaltung mit dem Spitzenkandidaten zur LTW Hessen;

15. 1. 1991 / 3552 Wetter
Geplante Veranstaltung der REPs wird vom Bürgermeister »aus grundsätzlichen Erwägungen heraus« verboten;

15. 1. 1991 / 6000 Frankfurt
REP-Wahlkampfleiter und ein Begleiter bekommen aufs Maul, weil er bei Leuten, die seine Wahlplakate abmontieren, nachfragt;

17. 1. 1991 / 8000 München
Auf Demo gegen Golfkrieg verteilt das Schiller-Institut (eine faschistische Organisation, die hinter der 'Europäischen Arbeiter Partei', sowie den 'Patrioten für Deutschland'steckt) Flugblätter. Auf der Demo 5 Tage später tut ein "Bund gegen Anpassung" dasselbe.

19. 1. 1991 / 8000 München
Neue Sammlungsbewegung (REP,NPD,DSU,u.a.) unter dem Namen 'Deutsche Allianz - Vereinigte Rechte' gegründet;

20. 1. 1991 / 6200 Wiesbaden
REPs erreichen bei der LTW in Hessen 1,7%;

30. 1. 1991 / 6000 Frankfurt
Neonazis um Kühnen wollen mit ca.500 Mann für Saddam Hussein in den Krieg ziehen;

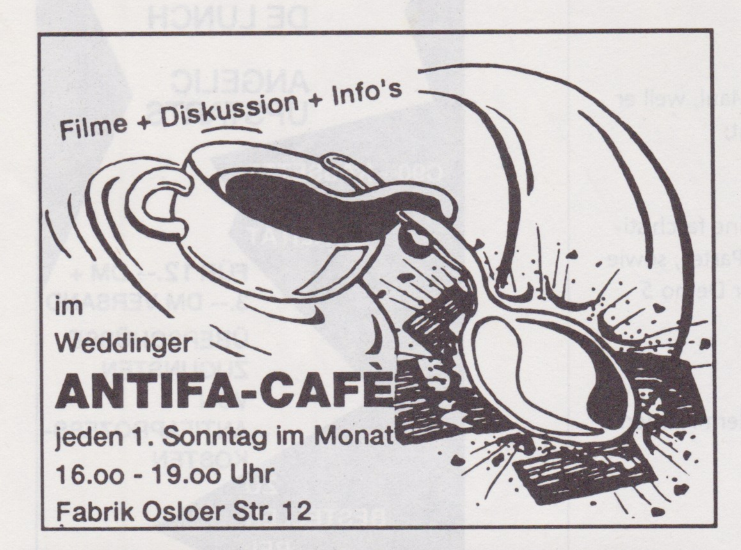
2. 2. 1991 / 5600 Wuppertal
Ostpreußische Kulturveranstaltung mit 350 Gästen in den Zoo-Gaststätten;
Nach 15jähriger Bemühung der Vertriebenen wird im Haus Stennert 8 eine ostdeutsche Begegnungsstätte errichtet.

2. 2. 1991 / 8900 Augsburg
Schönhuber auf Rep-Bundesparteitag mit 353 Stimmen gegen 193 als Vorsitzender wiedergewählt.



In letzter Zeit kam es im Bereich Dimitroffstr./Prenzlauer Allee (O-Berlin - Prenzlauer Berg) wieder vermehrt zu Übergriffen durch rechtsradikale Skins und Faschos.

Dabei wurden bereits mehreren Leuten (meist Punks oder »links aussehende«) so schwere Verletzungen zugefügt, daß sie stationär behandelt werden mußten. Ungeklärt ist bis jetzt auch, ob es wirklich in dieser Gegend in letzter Zeit zu drei Morden an Frauen gekommen ist. Mindestens eine Vergewaltigung mit Todesfolge scheint es aber gegeben zu haben, denn die Kripo suchte in anliegenden Kneipen mit Hilfe von Phantombildern nach 4 Typen mit Glatze, die nach ihren Angaben Faschos sein könnten. Es ist also wieder verstärkt notwendig, sich dem Faschoterror auch in Prenzlauer Berg auf der Straße entgegenzu-stellen. Im Stadtbezirk **Friedrichshain** finden seit einiger Zeit 2-wöchentlich Sonntags Antifa-Kiezspaziergänge statt. Diese werden immer unverschämter von der Polizei belästigt, gestört und angegriffen. Auch in Fr'hain gibt es vermehrt faschistische Übergriffe und »Jagd« auf »AusländerInnen« im Bereich Strausberger Platz/Frankfurter Tor. In der S-Bahn werden zunehmend Obdachlose, die ersten VerliererInnen des Anschlusses der DDR, von Rechten überfallen.





Überfall auf Mitarbeiter der Kirche am Leopoldplatz

Diese Kirche ist seit Anfang des Golf-Krieges besetzt und dient als Informationszentrum für Anti-Kriegs Aktivitäten im Wedding. Am 22.2.91 gegen 2 Uhr 30 in der Nacht wurde ein Mitarbeiter der Kirche auf dem Weg zur »Roten Kapelle« von zwei Faschisten angegriffen und gewaltsam in ein, an der Bushaltestelle parkendes, KFZ gezerrt.

Bei dem KFZ handelte es sich um einen weissen, viertürigen VW mit Westberliner Kennzeichen. Im PKW warteten zwei weitere Faschos, bekleidet mit Lederjacken, Springerstiefeln, dunkle/schwarze Kleidung. Sie fuhren mit dem PKW ein paar Ecken weiter und hielten in einer dunklen Seitenstraße. Dem kirchlichen Mitarbeiter wurde ein heißer Zigarettenanzünder an das linke Auge gedrückt und die Kleidung zerrissen. Alle Taschen wurden durchsucht, das Geld jedoch nicht gestohlen. Die Nazis fragten nach Informationen über die »Rote Kapelle«: Was passiert dort, wieviele Leute,...

Da der Mitarbeiter nur wegen der Wartung der Heizung in die Kapelle wollte und auch sonst nicht über die jetzt dort stattfindenden Aktivitäten Bescheid wußte und somit nicht informiert war, konnte er auch nichts erzählen. Er wurde sodann am Leopoldplatz mit einem Fußtritt aus dem Auto geschmissen. Zur Zeit des Überfalls parkte dort ein zweiter PKW, der nach der Entführung weggefahren war, er war mit zwei Leuten besetzt.

Potsdam: Dort fand am 30. Januar eine Antifa-Demo mit 400 Menschen statt. Anlaß dieser Aktion zum Jahrestag der Machtübergabe an die Faschisten war der verstärkte Terror rechter Jugendlicher und organisierter Nazis. Die Mahnwache am Denkmal des desertierten Soldaten wurde mehrmals verwüstet und dabei ein Jugendlicher schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Dieses Flugblatt wurde für die Bevölkerung von Lichtenberg in Zusammenarbeit von Studenten ohne deutschen Pass und deutschen Jugendlichen geschrieben. Diese Gruppe hat sich vorgenommen, etwas gegen die tägliche rassistische Gewalt zu unternehmen.

Wie denken Sie darüber?

20. November - vietnamesischer Student brutal zusammengeschlagen; eine Woche Krankenhausaufenthalt

1. Januar - äthiopischer Mann überfallen, Kopfverletzungen durch Fußtritte

Nach Aussagen von Ärzten aus umliegenden Krankenhäusern müssen sie täglich Verletzungen, die offensichtlich Folgen solcher Überfälle sind, behandeln.

Würden Sie sich als Opfer an die Polizei wenden? Die AusländerInnen tun es nicht. Warum?

Die Antwort eines betroffenen Ausländers: »Ich habe Angst!«

Was macht der Staat? Für ihn sind die AusländerInnen Bürger 3.Klasse. Sie wohnen zu viert in 6 qm - Zimmern und werden durch »Ausländer - Gesetze« und Sonderregelungen mundtot gemacht.

Egal, warum auch immer sie hier sind, sie haben ein Anrecht auf eine menschenwürdige Existenz und Behandlung. Weil ihnen das aber verwehrt wird, müssen sie auf andere Weise für ihr Auskommen sorgen.

Eigentlich geht es dabei nicht so sehr um die Nationalität der Betroffenen, sondern um ihr »Anderssein«. Die Übergriffe, aber auch selbst das Wegschauen der Öffentlichkeit, sind beispielhaft für die generelle Intoleranz.

Als sie die Juden geholt haben,
habe ich geschwiegen,
denn ich bin kein Jude!
Als sie die Kommunisten geholt haben,
habe ich geschwiegen,
denn ich bin kein Kommunist!
Als sie die Katholiken geholt haben,
habe ich geschwiegen,
denn ich bin kein Katholik!
Als sie mich holten,
gab es niemand mehr,
der hätte etwas sagen können.
Martin Niemöller

Wir denken:
Wo Unrecht zu Recht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!

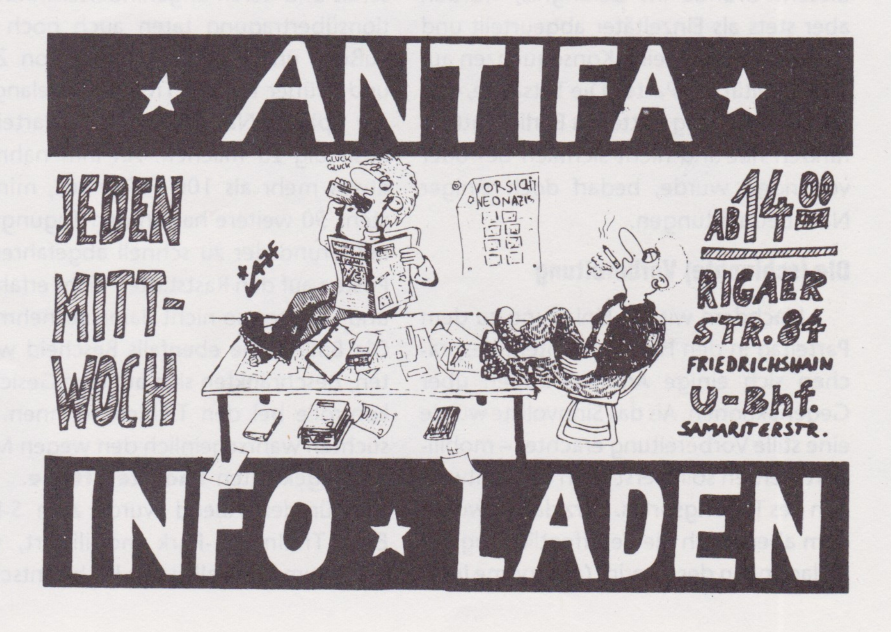
Drei zu Eins - Klassenwiderspruch, Rassismus, Sexismus, Jan.1991

Diskussionspapier, Bestelladresse: Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten, St. Pauli Str. 10, 2800 Bremen

Einzelexemplare 3 DM, 10 Ex. 25 DM plus Porto (Bargeld oder Briefmarken beilegen)

Diese 48 seitige Broschüre ist das Ergebnis einer langjährigen Diskussion zwischen linken Frauen und Männern, die vor Allem mit Klaus Viehmann über Knastpost geführt wurde. Ausgangspunkt der Diskussion »war die Kritik eines überkommenen Klassenbegriffs, der patriachalisch vorgeprägt und dominiert ist und voller Rassismen steckt.... Sie teilte Kämpfe in Haupt- und Nebenwidersprüche und stülpte der Welt ihr weißes eurozentristisches Raster über.« (aus der Broschüre)

Eine sehr brauchbare Diskussionsgrundlage zur Weiterentwicklung einer Politik von Unten, die die Befreiung von allen Unterdrückungsmechanismen zum Ziel hat. Das Papier gibt Ansatzpunkte aus der Analyse von Klassenherrschaft, Rassismus, Patriachat und Imperialismus eine Perspektive für einen Widerstand mit »langfristiger Mobilisierung, die ...nur möglich ist, mit Zielen von Befreiung vor Augen, die über die aktuelle (eigene) Lebenssituation hinausreichen.« Fremdwörter werden im Anhang der Broschüre erklärt.



FAP-Parteitag



Michael Kühnen mit US-Nazi Gary Lauk am Flughafen Berlin-Schönefeld

Am Sonnabend, dem 19. Januar, fand in einer Gaststätte neben dem Gelände der Radrennbahn Weißensee ein Bundesparteitag der 'Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei' (FAP) statt. Dort trafen sich c.a. 100 Faschisten, während in der FAP bundesweit ca. 1000 militante Neo-Nazis organisiert sind.

Auf das Konto der FAP gehen mehrere Morde an »andersdenkenden« Menschen (zuletzt Silvester 90/91 in Rosdorf bei Göttingen), militante Übergriffe auf linke Projekte, AusländerInnen und Andere. Mehrere ihrer Mitglieder sitzen aus diesem Grunde im Gefängnis, wurden aber stets als Einzeltäter abgeurteilt und somit hatte dies keine Konsequenzen auf die Legalität der Partei. Die Tatsache, daß ein FAP-Parteitag mitten in Berlin stattgefunden hat und nicht sichtlich be- oder verhindert wurde, bedarf doch einiger Nachbetrachtungen.

Die (schlechte) Vorbereitung

Nachdem wir die Einladung zu dem Parteitag in den Händen hielten, besprachen sich einige Antifa-Gruppen über Gegenaktionen. Als das Sinnvollste wurde eine stille Vorbereitung erachtet – mobilisiert werden sollte erst nach Bekanntwerden des Tagungsortes. Kurz darauf wurde dem aber durch die Veröffentlichung der Einladung in der Interim (autonome Infozeitung in Berlin) ein Strich durch die Rechnung gezogen. Daraufhin bildete sich parallel noch ein zweiter Vorbereitungskreis. Bis zum Schluß konnte keine vollständige Koordinierung der beiden Vorbereitungskreise erfolgen. Außerdem erschwerte die Situation, in der wir uns nach Ausbruch des Golfkrieges befanden, die Vorbereitung zusätzlich. Viele von uns waren mit Aktionen gegen diesen Krieg beschäftigt und ausgelastet. Weiterhin schränkte diese Situation auch die Mobilisierungsfähigkeit enorm ein.

Am Samstag waren auf den entsprechenden Raststätten, die in ihrer Einladung als Schleusungspunkte zum Parteitagsort angegeben waren, weit weniger Leute, als da eigentlich hätten da sein müssen. Ein Übriges zum Schutz der Faschos und deren ungehinderter Informationsübertragung taten auch noch die äußerst unauffälligen Massen von Zivis und grüner Polizei. Trotzdem gelang es am späten Nachmittag den Parteitag ausfindig zu machen. An ihm nahmen etwas mehr als 100 FAPler teil, mindestens 50 weitere hatten den Tagungsort auf Grund der zu schnell abgefahrenen Posten auf den Raststätten nicht erfahren und konnten so nicht daran teilnehmen. Die Bullen, die ebenfalls Bescheid wußten, beschränkten sich auf eine Gesichtskontrolle bei den TeilnehmerInnen. Sie suchten wahrscheinlich den wegen Mordes angeklagten **Thorsten Heise**.

Für den Abend wurde zum S-Bhf. Ernst-Thälmann-Park mobilisiert, was wiederum keine allzu glückliche Entscheidung war. Dieser Punkt war viel zu weit weg vom Tagungsort der Faschos und die öffentlichen Verkehrsmittel ließen auch kein geordnetes Hinkommen zum Parteitag zu. Die daraufhin beschlossene Demo verlief chaotisch, die Bullen schafften es mit ihren Provokationen die Demo auseinanderzubringen und so bekam der größte Teil der Leute die Faschos gar nicht zu Gesicht. Die verließen, zwar etwas verfrüht, aber nicht in übergroßer Panik ihren Tagungsort und wurden, wohlbehütet von der Polizei, nach Hause gebracht.

Fazit des Tages

Niemand hatte vorher überlegt, was in dem Moment getan wird, wenn feststeht, wo der Parteitag stattfindet. Es waren keine Entscheidungsgremien geschaffen worden, die, ähnlich einer Demoleitung, Entscheidungen treffen konnten. Auch bei Spontandemos müssen wir näher beieinander bleiben, damit die Bullen nicht bereits mit dem ersten Einkesselungsversuch die Demo total zersplittern.

Der Zusammenhang Antifa-Westberlin, der sich bis jetzt um die Organisierung solcher Aktionen gekümmert hat, besteht zur Zeit faktisch nicht mehr. An der Organisierung eines neuen Berlinweiten Zusammenhanges wird gearbeitet, um in Zukunft besser organisiert und koordiniert auftreten zu können. Somit konnten dieses Mal auch nicht alle Gruppen, die etwas gegen diesen Parteitag machen wollten, in der Vorbereitung und Durchführung zusammengefaßt werden. ■

Sozialprojekt mit organisierten Faschisten?

Seit dem 1. Januar 1991 gibt es in der Lichtenberger Pfarrstraße ein Haus, das einer näheren Betrachtung bedarf. Dort läuft durch die Initiative von Michael Heinisch ein Sozialprojekt mit Jugendlichen aus dem Stadtteil. Michael Heinisch beschäftigt sich als Sozialdiakon in der Erlöserkirche schon seit Jahren mit einer Gruppe von »rechtsgefährdeten« Jugendlichen, doch jetzt räumt er auch organisierten Faschisten einen Platz im Projekt ein.

Das »Profihaus«, in der diese Arbeit bis jetzt ablief, mußte auf Grund seines Bauzustandes abgerissen werden. Aus der Überlegung heraus, was sie in der Zwischenzeit machen könnten entstand die Idee der Rekonstruktion eines anderen Hauses. Diese Sanierung, die 2 Jahre dauern soll, schafft 20 ABM-Stellen, danach sollen dort diverse Wohnungen und natürlich ein Jugendprojekt für alle Jugendlichen des Stadtteils entstehen.

Die Arbeiter an diesem Projekt sind verschiedene Jugendliche aus Heinischs Gruppe, aber auch mindestens ein Jugendlicher, der sich politisch links einordnet. Dieses Projekt soll eine Möglichkeit schaffen, den in Lichtenberg sehr stark organisierten Faschos nicht allein die politische Beeinflussung der Kids zu überlassen. Daneben stellt es für die Jugendlichen eine Möglichkeit dar, sich etwas Eigenes nach ihren Vorstellungen aufzubauen.

Kopfschmerzen dabei bereitet nur die Tatsache, daß mindestens 3 ehemalige Führungskader der NA dabei sind. **Frank Lutz** (Frühjahr 1990 Vorsitzender der NA), **Ingo Hasselbach-Pfannschmidt** (bis Mitte Dezember Vorsitzender der NA und stellvertretender Vorsitzender der DA), **Heiko Baumert** (Gründungsmitglied der NA), **Andreas Hackmann** (Hacki) – sitzt jetzt im Knast wegen schwer bewaffnetem Raub, sind als Arbeiter aktiv an dem Projekt beteiligt. Das Beispiel Ingo Hasselbach zeigt, daß der Rücktritt von der offiziellen Führungsspitze der NA nur ein taktischer Zug ist. Wenn die Differenzen zwischen ihm und den anderen MitgliederInnen der NA wirklich so groß wären oder er tatsächlich aussteigen wollte , dann wäre er auch aus der NA ausgetreten. Das hat er aber nicht getan , denn er ist nach wie vor ein aktives Mitglied.

Unsere Erklärung dafür, warum sich diese drei so aktiv im Projekt engagieren, ist nicht nur der fehlende Job (und ein richtiger Deutscher legt nunmal Wert auf eine feste Anstellung – völlig unklar für mich; d.A.), sondern vielmehr die Erkenntnis, daß ihr bisheriger Weg an die Jugendlichen heranzukommmen gescheitert ist und deswegen ein neuer Zugang zu ihnen gefunden werden muß. Sie sind auch nicht, wie vielleicht anzunehmen, schon über längere Zeit in Heinischs Gruppe integriert, sondern erst seit November/ Dezember, genau dem Zeitpunkt, als es mit der Pfarrstr. konkret wurde.

Neuer Rekrutierungsversuch der NA ?

Die ehemaligen Häuser in der Weitlingstr. sind allesamt verlassen, nicht etwa weil sie geräumt wurden, sondern sie wurden von den Nazis aufgegeben. Die Jugendlichen hatten einfach keinen Bock mehr auf die absolute Hierachie im Haus, daß Hasselbach sie ständig während seiner Zimmerrundgänge zu Ordnung und Sauberkeit mahnte, daß sie das machen mußten was die Obrigkeit gerne hatte und nicht das, worauf sie Lust hatten. Dieses Disaster hat auch die Führungsspitze erkannt und ist gezwungen, neue Wege auszuprobieren, um an die Jugendlichen heranzukommen. Einer davon ist das Projekt in der Pfarrstr. Sie geben sich als Aussteiger aus der Naziszene, die Anschluß an andere Jugendliche suchen, probieren dabei aber massiv Leute zu beeinflussen und zu sich herüberzuziehen.

Projekt ja - Faschisten Raus!

Deswegen werden wir alle Anstrengungen darauf richten, daß dieses Projekt weiterläuft aber ohne organisierte Faschisten, zu denen wir Hasselbach, Lutz und Baumert nach wie vor zählen. Diese drei haben ihren Weg gewählt und wenn sie aussteigen wollten, würden sie von ihren alten Kameraden schwerste Repressionen zu erwarten haben. Dies wäre dann bekannt geworden und ist bis jetzt nicht der Fall. Deswegen ist alles Aussteigergerede von ihnen bis jetzt nicht ernst zu nehmen, wofür auch die Tatsache ein Beweis sein dürfte, daß Hasselbach und Lutz Mitte Februar ein Besetzer aus der Pfarrstr. mit den Worten »Du linke Sau« stark zusammenprügelten.

Das Projekt als solches sollte aber auf keinen Fall zerstört werden, weil damit die Jugendlichen nur noch mehr dem Einfluß der Faschos ausgesetzt werden würden. Michael Heinisch sollte aber endlich ein konkretes, diskussionsfähiges Konzept vorstellen, denn ein dermaßen heikles Projekt, daß auch noch aus öffentlichen Geldern mitfinanziert wird, darf nicht völlig planlos und in der Verantwortung einzelner Personen ablaufen. Die Konfrontationen, die in der Pfarrstr. täglich ablaufen, müssen möglichst verhindert werden.

Es muß geklärt werden, ob Arbeiter aus dem Projekt an dem Überfall auf das BesetzerInnen-Cafe beteiligt waren, wenn ja, sind sie nicht länger für das Projekt tragbar. Genauso sind aber Aktionen, wie zerstörte Wasserleitungen oder Buttersäure im Haus des Projektes, unüberlegter Schwachsinn und sollten in Zukunft unterbleiben. ■

Hagen

Seit Ende Nov. 90 kommt es in Hagen wieder zu größeren Nazi-Skin Treffen in der Nähe des HBF. Die Nazis treffen sich meist am Wochenende, um dann gemeinsam ins nahe Iserlohn in die Disco »Chamäleon« zu fahren. Von den Nazi-Zusammenrottungen am HBF gingen seitdem zahlreiche Angriffe gegen andere Jugendliche aus.

Velbert

Nazi-Skin-Terror auch in Velbert. Nachdem es im Herbst 90 im Ortsteil Neviges schwere Auseinandersetzungen mit der Nevigeser Jugendszene gegeben hatte (mehrere Schwerverletzte, u.a. ein Punk mit 6 Messerstichen verletzt), mußten sich die Nazis wegen der starken Gegenwehr aus Neviges zurückziehen. Sie verlagerten daraufhin ihre Aktivitäten um ein leerstehendes Haus in Velbert-Mitte. Dort fanden überregionale Treffen mit Nazis aus Duisburg, Essen und Bochum statt. Seit die Stadt Ende November das Haus komplett zumauern ließ, ist es etwas ruhiger geworden. Organisiert wurden die Nazi-Aktivitäten von Gefolgsleuten des Michael Kühnen, die sich neuerdings in der 'Deutschen Alternative' organisiert haben. Der Sitz der DA-Ortsgruppe ist im benachbarten Heiligenhaus.

Wermelskirchen

Wermelskirchen liegt zwischen Remscheid u. Leverkusen. An Wochenenden kommt es häufiger zu größeren Ansammlungen von Nazi-Skins aus der näheren Umgebung. In der Vergangenheit gab es dabei einige Schlägereien mit der sehr zahlreichen Punk- und Heavy-Szene, die sich mittlerweile in der ANTIFA-JUGEND organisiert hat. Ende 90 kam es zu 2 schweren Überfällen der Nazis auf einzelne Jugendliche, die Knochenbrüche und Schnittverletzungen davontrugen. Aus Protest demonstrierten daraufhin am 15.12. um die 200 Leute gegen den Nazi-Terror. Am 18.1. versuchte eine größere Gruppe Nazi-Skins mit Verstärkung aus Leipzig (!) den Jugendtreff »Bahndamm« anzugreifen. Dieser Angriff konnte jedoch abgewehrt werden. Sämtliche beteiligten Faschos wurden verprügelt und z.T. verletzt.

Wuppertal

Am 6.11.90 fand der erste Prozeß gegen die Festgenommen der Blockade gegen den Schönhuber-Auftritt in Wuppertal vom 26.4.90 statt. Angeklagt war der kritische Polizist Dirk G. wegen Nötigung und Beleidigung. Er soll versucht haben den damaligen Aachener Rep-Vorsitzenden Bönnemann unter Beschimpfungen aus seinem Auto zu ziehen, nachdem dieser fast in die Blockade gerast wäre. Dirk G. wurde nach seiner Festnahme zunächst vom Dienst suspendiert, später dann in eine andere Stadt versetzt. Nicht zuletzt wegen der Tatsache, daß der Angeklagte Polizist ist, fand der Prozeß großes Interesse, auch bei der überregionalen Presse. Der vorsitzende Richter Pröbsting nutzte dies zur aufblasenden Selbstdarstellung, was dem Prozeß den Charakter einer Provinzposse verlieh. Dirk G. wurde schließlich zu 300 DM verurteilt, legte aber Berufung ein.

Siegen

In Siegen fand der bisher einzige Prozeß wegen des NS-Völkermords an Sinti und Roma statt. Angeklagt war der 71jährige ehemalige Blockwart von Auschwitz Ernst-August König. Diesem wurden 8 exzessive Mordtaten und 2 Massenvernichtungen von insgesamt 3258 Menschen zur Last gelegt. Nach 44 Monaten Prozeßdauer und 177 Verhandlungstagen wurde am 24.1.91 das Urteil gesprochen. König wurde wegen Mord in 3 Fällen zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Anklage der anderen Morde wurde fallengelassen oder endete mit Freispruch. König blieb jedoch, wie schon während des gesamten Prozesses, auf freiem Fuß, da das Gericht den Haftbefehl bis zur Rechtsgültigkeit des Urteils außer Vollzug setzte.

Stuttgart

»Erstes Resultat eines neugegründeten Antifa-Plenums war die am 2.Februar stattfindende landesweite antifaschistische Demonstration in Stuttgart. Die Demo belief sich auf ca. 1800 TeilnehmerInnen und einem 'Schwarzen Block' mit 600 Leuten. Gleich vor dem Losgehen des Demozuges forderte die Polizei auf die Vermummungen abzulegen. Nach einigem Hin und her konnte die Demo dann losgehen. Als die Bullen versuchten Vermummte rauszuholen, bekamen sie erbitterten Widerstand zu spüren, so daß sie nichts mehr unternahmen um einzelne rauszuholen.

Wir hoffen Alle auf fruchtbare Arbeit des Antifa-Plenums und auf den Abbau von leider auch in der Antifa-Bewegung bestehenden Vorurteilen. Unser Widerstand soll vielfältig sein, wir wollen keine Spaltung der Antifa-Bewegung und ebenfalls nicht unter die Fuchtel einer Partei geraten. Solidarität den AntifaschistInnen! Hafen bleibt!«

Bonn/Rhein-Sieg-Kreis

November '90 bis Januar '91

In **Bonn** und dem RSK beschränken sich neofaschistische Aktivitäten auf militanten Straßenterror von Skinheads aus dem FAP-Umfeld.

In der Kleinstadt **St. Augustin** kommt es seit Anfang des Jahres zu einer Häufung organisierter Überfälle auf AusländerInnen und sog. Linke. Die Neonazis kontrollieren einzelne Straßen und fahren zeitweise PKW-Patroullien. Führer in St. Augustin ist der FAP-Funktionär Stefan Niemann.

In der Kreisstadt **Siegburg** ist die Discothek »Pastiche« seit mehreren Monaten zentraler Anlaufpunkt für die gesamte Faschoszene. Bei einer Demonstration gegen die regelmäßigen Nazitreffen wurde eine Vielzahl von Nazis durch die anwesenden AntifaschistInnen am Betreten des Lokals gehindert. Die zahlreiche Präsenz der Neonazis wurde von den Besitzern mit der Duldung eines »deutschen Abends« in der Disco belohnt. AusländerInnen und Linke müssen an diesen Abenden draußen bleiben.

In **Hachenburg**, einer Kleinstadt im Westerwald, haben mehrere rechte Skinheads einen jungen Kurden in der Nacht auf den 28.12.90 erstochen. Auch im Westerwald häufen sich öffentliches Auftreten und Überfälle der Neonazis. Bedingt durch die schlechte Infrastruktur der ländlichen Gegend gibt es hier nur selten antifaschistische Gegenaktionen.

In **Bonn** traten Neonazis gegen Jahresende vermehrt öffentlich auf, um sich in ausgesuchten Kneipen oder an bestimmten Plätzen zu etablieren, es konnte jedoch durch

antifaschistische Aktionen letztlich verhindert werden. Gleichzeitig stehen mehrere Prozesse gegen bekannte Nazischläger an, die bereits im Vorfeld öffentlich angekündigt wurden. Hierbei werden Bernhard Pallotta, Norbert Weidner und Dirk Wilberts wegen schwerer und schwerster Körperverletzung angeklagt und erstmals in der Tagespresse eindeutig der FAP und WJ Szene zugeordnet.

Aus der LeserInnen-Post

Seid bestens gegrüßt!

Wir sind zwar etwas sauer, machens' aber kurz. Es geht um einen Brief aus Halle, wahrscheinlich ein 'SpaD'-Scherz (Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands Anm.Info). Gut, auch unsere Schuld, wir hätten ja selbst schreiben können. Zur Sache: Ihr hattet im Winterheft 90/91 einen Brief aus Halle zur Antifa-Demo am 2.11.90. Dieser Brief war sachlich und inhaltlich falsch. Zur Demo rief ein Kreis verschiedener Gruppierungen auf. Die obengenannte - zu der der Verfasser offensichtlich gehört - fiel schon in der Vorbereitung dem eigentlichen Ziel in den Rücken. In übelst stalinistischer Art wurden eher die »Massen« verschreckt als mobilisiert.

Die Kundgebung selbst wurde ebenfalls zum Wahlkampf mißbraucht. Die Zahlen zur Demo stimmen überhaupt nicht (Teilnehmer über 1.000; Dez.89 - nicht Frühjahr über 2.000). Über Seitenstraßen führte nur der zweite Teil der Demo.

Die Bullen schützten die Skins nicht, sie wußten ja kaum, daß sich Skins im »Roxy« treffen und schon gar nicht, wie Autonome und Skins zu unterscheiden sind (ist beweisbar). Sie versuchten passiv abzudrängen, nur äußerst vereinzelter Schlagstockeinsatz während der ganzen Aktion. Die Bullen griffen am »Roxy« erst ein, als das »Gröbste« erledigt war. Und dann hätten 20 wohl kaum 150 Autonome aufhalten können.

Auf jeden Fall kann nicht behauptet werden, daß bisher Nazis in Halle von Bullen beschützt wurden. Es gibt sogar positive Gespräche zwischen Bullen und AntiFas.

VertreterInnen der Antifaschistischen Aktion, Vereinigte Linke Halle«

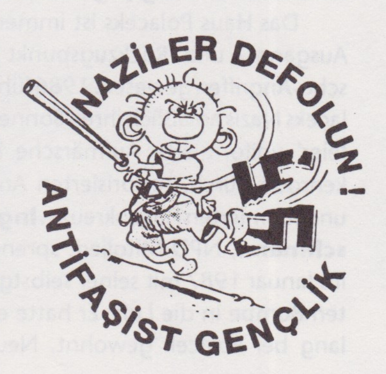
aus einem Redebeitrag einer Antifa-Demo (300 TeilnehmerInnen) vom 27.12 in Basel:

»Am Donnerstag, dem 27.12.90 verübten kurz vor 22 Uhr ca. 20 'junge Leute' einen Anschlag auf das besetzte Haus an der Müllheimerstr. 138/140. Dabei wurden Leuchtraketen und Knallpedarden gegen das Haus abgefeuert. Die Täter entzündeten im Treppenhaus einen mit Benzin gefüllten Plastikbehälter, der in unmittelbarer Nähe eines Hausbewohners explodierte. Dieser fing sofort Feuer, stürzte auf die Straße, wo er glücklicher Weise noch gelöscht werden konnte. Er erlitt Verbrennungen 2. Grades an 40% seines Körpers. Der Schwerverletzte wurde sofort in eine Spezialklinik nach Zürich geflogen, er ist jetzt nicht mehr in Lebensgefahr.

Mit dieser Art des Angriffs mußten die Täter in Kauf nehmen, daß Menschen getötet werden. Die Gewalt gegen Menschen, die nicht gesellschaftskonform und ausgegrenzt werden sollen, hat eine neue Dimension erreicht...Kulturelle Begegnungsorte, wie die 'Kaserne', Treffpunkte von AusländerInnen und Linken, sowie Schwulen und Junkies sind vermehrt Zielscheibe von faschistoiden Anschlägen. In diesem Zusammenhang stehen auch verschiedene Anschläge in der letzten Zeit. Letztes Jahr wurde in der Toilette an der Heuwaage ein Homosexueller Mann angezündet, Mord an Flüchtlingen..., Brand- und Sprengstoffanschläge, sowie gezielte Schüsse auf Flüchtlingsheime. Vor kurzem wurde in Winterthur eine Handgranate auf das Haus eines linken Journalisten geworfen. In Zürich ist gerade jetzt eine neue Serie von Drohbriefen gegen AktivistInnen der linken Szene aufgetaucht.

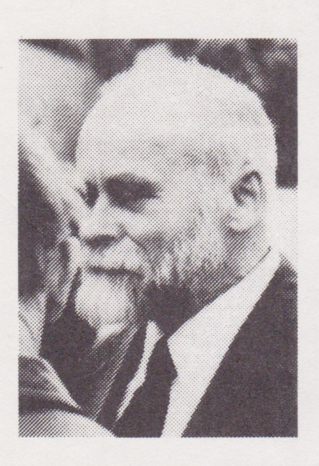
Dies sind nur einige wenige Beispiele von rassistischer und faschistoider Gewalt gegen Menschen, die nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Europa eine steigende Tendenz aufweist. Die geistige Urheberschaft liegt hier in Basel bei denjenigen, die aus Basel eine saubere und moderne Konsum- und Profitstadt machen wollen....

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir werden weiterhin für ein selbstbestimmtes und herrschaftsfreies Leben kämpfen. Keinen Fußbreit den Faschisten!«



Ein Name für faschistische Gewalt: Karl Polacek

Sylvester letzten Jahres brachten zwei Faschisten in Rosdorf bei Göttingen den 21jährigen Bundeswehrsoldaten Alex mit elf Messerstichen um. Im Göttinger Raum haben die Überfälle durch Faschisten in den letzten Jahren in extremer Weise zugenommen und immer wieder fällt ein Name eines FAP-Funktionärs: Karl Polacek.



Polacek amtiert mittlerweile als Landesvorsitzender der **FAP**. Anfang der 80er, bevor er für die FAP aktiv wurde, rührte er die Trommel für die **NPD**. Mehrere Jahre lang war er stellvertretender Kreisleiter der NPD. Sein Haus in Mackenrode bei Göttingen dient als eines der vier Schulungszentren der FAP. Seit Jahren treffen sich dort regelmäßig rechte Skins sowie militante Faschisten aus Organisationen wie **Wiking-Jugend** und FAP.

Das Haus Polaceks ist immer wieder Ausgangs- und Rückzugspunkt bei Fascho-Angriffen gewesen. 1986 führten Polaceks Nazis anläßlich ihrer 'Sonnenwendfeier' uniformierte Aufmärsche in Mackenrode durch, terrorisierten Anwohner und schmierten Hakenkreuze. **Ingo Kretschmann**, NPD-Mitglied, sprengte sich im Januar 1987 mit seiner selbstgebastelten Bombe in die Luft. Er hatte eine Zeit lang bei Polacek gewohnt. Neun Tage darauf machten Nazis einen Brandanschlag auf das Jugendzentrum Lohmühle in Göttingen. Das Zentrum, in dem vor allem türkische Jugendliche verkehren, brannte weitgehend ab. Am selben Tag noch gab es einen Brandanschlag auf das Frauenzentrum.

Kretschmann lief – wie üblich – als »Einzeltäter« und auch sonst konnten die Faschisten mit Rückendeckung durch die Polizei rechnen. Am Vorabend zum Hitler-Geburtstag im April 1987 zog in Northeim eine größere Gruppe von rechten Skins und Faschos, mit Verstärkung aus Berlin, durch die Innenstadt und provozierte Schlägereien mit türkischen und deutschen Jugendlichen. Das zog sich die ganze Nacht hin, die Nazis konnten sich nach Mackenrode zu Polacek zurückziehen. Die Bullen sahen ihren Gegner in den türkischen Jugendlichen und fuhren die »verhafteten« Nazis aus Northeim sogar nach Hause, so daß die sich kurz darauf wieder an den Schlägereien beteiligen konnten.

Im Februar 1988 zündeten Faschos aus Polaceks Umfeld eine Wohnung in einem Fachwerkhaus über einer Diskothek an. In der Disko waren zu der Zeit 150 Personen.

Von Seiten der Polizei hatte Polacek bislang nichts zu befürchten (dafür setzten jedoch AntifaschistInnen im Juni 1987 einen Teil seines Hauses in Brand). Bei den Überfällen der Nazis schützte die Polizei immer wieder die Faschos, wie z.B. bei deren Versuch, das Juzi (Jugendzentrum) in Göttingen zu stürmen. Ein Teil der Nazis wurde damals von der Polizei nach Mackenrode geleitet. Hausdurchsuchungen zogen diese Angriffe nicht nach sich, obwohl sie oftmals offensichtlich von Mackenrode ausgingen. Stattdessen wurden die Wohnungen von Antifas, die sich den Nazis entgegenstellten, durchsucht.

Dabei haben Polacek bzw. die jungen Faschisten, die er als seine »rechten Hände« um sich schart, durchaus einiges zu bieten. **Jörg Latzkowiak** mußte endlich nach etlichen Vorstrafen doch zum Knastaufenthalt antreten. **Thorsten Heise**, der dessen Nachfolge antrat, hatte sich wegen eines gezielten Mordversuchs vor Gericht zu verantworten. Er hatte versucht, mit seinem Auto einen libanesischen Flüchtling umzubringen. Heise setzte sich während des Prozesses in die DDR ab. Polacek trat erst im Juli letzten Jahres selber in Aktion, als er zusammen mit **Oliver Simon** vier AntifaschistInnen angriff und einer Frau mit einer Axt auf den Kopf schlug. Aber auch dies war noch kein Grund für die Justiz, ihn aus den Verkehr zu ziehen. Erst mit dem Mord am Sylvester durch Polaceks Vertrauten Oliver Simon und dessen Kompagnon, die wiederum beide bei Polacek wohnten, wird die faschistische Gewalt verstärkt in der Öffentlichkeit debattiert.

Die bürgerlichen Parteien scheinen den Antifaschismus zu entdecken. Selbst Polizei und Staatsanwaltschaft reden von einem neuerlichen Anwachsen der faschistischen Gewalt. Das ist allerdings auf dem Hintergrund der bereits mehr zehn als Jahre andauernden Kette von faschistischen Überfällen lächerlich. AntifaschistInnen, die etwas dem Straßenterror der Nazis entgegensetzen wollten, sahen sich in Göttingen immer wieder mit der Polizei konfrontiert, die sie in solchen Situationen angriff und verfolgte. Das Antifa-Info berichtete, wie dabei die Göttinger Antifaschistin Conny Wessmann von den Bullen in den Tod getrieben wurde. Und der Vorschlag der Polizei geht auch wieder in die Richtung, die Streifenaktivitäten zu erhöhen. Wie die ablaufen werden, ist abzusehen: Bei dem Mord in Rosdorf war die Polizei im Ort anwesend, nur sind sie nicht eingeschritten, sie hatten es vorgezogen, die Party der AntifaschistInnen zu observieren. Es ist auch gerade eine Folge des Verhalten der Polizei, ihrer Parteinahme für die Faschisten, daß im Göttinger Raum ein so günstiges Klima für faschistische Gewalt entstehen konnte.

Anläßlich des Mordes an Alex demonstrierten am 5. 1. '91 5.000 Menschen gegen den Naziterror. Aufgerufen hatten neben autonomen Antifas u.a. VVN und Grüne. Es bleibt zu hoffen, daß sich auch in Zukunft ein breiteres Spektrum aktiv zur Faschistengewalt in Göttingen verhält. ■

Prozess wegen »Auschwitz-Lüge«



Am 29.11.90 wurde die 2.Instanz des Prozesses gegen den 64jährigen Berufsschullehrer im Ruhestand Ernst-Günter Kögel vor dem Landgericht Wuppertal beendet. Das Urteil: 90 Tagessätze á 140 DM, das macht 12.600 DM. Die Staatsanwaltschaft hatte 8 Monate ohne Bewährung gefordert. Der Remscheider war der Volksverhetzung, der Verleumdung und der Aufstachelung zum Rassenhaß angeklagt gewesen.

Kögel hatte Mitte '89 eine Broschüre herausgegeben, die sich mit der sogenannten. »Auschwitz-Pressekonferenz« vom 23. 6. '89 in London befaßt. Kögel hat nach eigenen Angaben etwa 2.000 Exemplare dieser Broschüre vertrieben.

Die 1.Instanz des Prozesses hatte daraufhin am 1. 3. '90 vor dem Amtsgericht Remscheid stattgefunden. Kögels Verteidigung hatte u.a. den Veranstalter o.g. Pressekonferenz, den britischen Vorzeige-Nazi-Historiker **David Irving**, als Zeugen geladen, welcher auch tatsächlich erschien. Kögel erreichte in dieser Verhandlung einen Freispruch.

Bemerkenswert war das Auftreten der Verteidigung in beiden Prozessen, die sich offenbar Kögels Argumentation von der »Auschwitz-Lüge«, ohne wenn und aber, anschloß. Kögel wurde von dem Remscheider Anwalt **Wolfgang Krempel** und dem Düsseldorfer Anwalt **Herrmann** vertreten. Herrmann ist als hochdekoriertes Mitglied der NS-Luftwaffe und als Verteidiger von anderen Nazis kein Unbekannter.

Kögels Verurteilung bedeutet nun, daß er sowohl mit Kürzung seiner Beamtenrente, als auch mit Schadensersatzklagen von Angehörigen in Auschwitz und Majdanek Ermordeter rechnen muß.

Die Auschwitz-Pressekonferenz

Auf dieser Pressekonferenz hatte der oben erwähnte David Irving die Behauptung aufgestellt, daß weder in Auschwitz/Birkenau, noch in Majdanek Gaskammern existiert hätten. Somit hätte es auch keine Massenvernichtung durch Vergasung gegeben. Beweisen wollte Irving seine Behauptungen mit einem Gutachten des Amerikaners **Fred Leuchter**, daß dieser heimlich in den ehemaligen KZs angefertigt hatte.

Desweiteren behauptete Irving, in britischen Archiven Dokumente gefunden zu haben, die belegen, daß *»die Gaskammern eine geniale Erfindung des britischen Amtes für psychologische Kriegsführung (PWE) gewesen seien«*. Die heute existenten Gaskammern seien nachträglich von den Allierten eingebaut worden.

Der Leuchter-Report

Das sog. Leuchter-Gutachten wurde 1988 erstellt. Die beiden seit Jahren international bekannten Nazis und Geschichtsrevisionisten **Ernst Zündel** aus Toronto/Kanada und Prof.R.Faurisson von der Uni Lyon/Frankreich, beauftragten den »US-Spezialisten« Fred Leuchter ein Gutachten über Gaskammern zu erstellen. Zündel stand gerade in Toronto wegen Verbreitung der Schrift *»Starben wirklich 6 Millionen?«* vor Gericht.

Leuchter fuhr daraufhin mit einem Team (u.a. mit Vertrauten von Zündel) nach Polen und untersuchte die erhaltenen Gaskammern u.a. auf Zyanid-Reste. Leuchter erhielt dafür von Zündel und Faurisson 35.000 US-Dollar.

Was von Leuchters Integrität zu halten ist, zeigt ein Vorfall vom Sommer '90. Leuchter hatte vor einer Exekution die Tauglichkeit eines elektrischen Stuhls im Holman-Gefängnis von Atmore bescheinigt. Als kurz vor der Hinrichtung bekannt wird, daß die Gefängnisverwaltung einen weiteren Auftrag an Leuchter zurückzieht, zieht dieser im Gegenzug sein Gutachten zurück. Er habe *»nur einen Gefallen getan«* und *»den Stuhl nie gesehen«*.

Die Vorstellung des angeblich wissenschaftlichen Leuchter-Gutachtens

wurde in der internationalen Nazi-Szene mit Begeisterung aufgenommen. Zündel wurde übrigens zu 9 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Der Hintergrund

Die o.g. Pressekonferenz markiert eine neue Stufe der Kampagne »Auschwitz-Lüge«, die schon in den 70er Jahren einiges Aufsehen erregte. Es handelt sich bei dieser Kampagne um eines der wichtigsten Projekte der internationalen Nazi-Bewegung. Schon seit Jahrzehnten wird versucht, Historiker und Wissenschaftler mit »Reputation« für die »Auschwitz-Lüge« zu gewinnen.

Die Massenvernichtung des NS-Faschismus durch Gaskammern und andere Tötungsinstrumente wird von den Betreibern dieser Kampagne bestritten. Die Existenz von Konzentrationslagern nicht. Dadurch wollen die »Revisionisten« die Verbrechen des NS-Systems aus der Geschichtsschreibung löschen.

Sie reden dabei von der Herstellung der »geschichtlichen Wahrheit« und der Wiederherstellung der »Ehre des deutschen Volkes«. Der »Schuldkomplex, der durch Auschwitz tief in das Bewußtsein der Deutschen gehämmert wurde« soll gelöscht werden. Damit ist natürlich nichts anderes als die Rehabilitierung des NS-Faschismus gemeint.

Dieses würde die heutige politische Arbeit der Nazis in juristischer, politischer und vor allem moralischer Form ungeheuer begünstigen. Mit der Lüge von der Herstellung der geschichtlichen Wahrheit wollen sie den Ruch des schrecklichsten Verbrechens in der menschlichen Geschichte loswerden. Die Wiederzulassung der NSDAP als legale Partei ist dabei ebenso in den Hinterköpfen, wie die Umschreibung der Geschichte, die in der jetzigen Form als »Sieger-Propaganda« bezeichnet wird.

Personen:

Robert Faurisson:
Vichy, Literaturprofessor an der Uni Lyon, Autor der Schrift: »*Es gab keine Gaskammern*«, dafür in Frankreich verurteilt, Mitauftraggeber des »Leuchter-Reports«, am 16.9.89 in Vichy verprügelt und schwer verletzt.

David Irving:
London, britischer »Historiker«, Autor von über 30 Büchern, enge Kontakte zu Gerhard Freys DVU, trat auf vielen DVU-Versammlungen als Redner auf, seit Mitte 89 Vortragsreisender in Sachen »Auschwitz-Lüge« u.a. in Dresden und am 21.4.90 in München auf Versammlung der Kühnen-Fraktion mit anschließendem versuchten Marsch zur Feldherrnhalle.

Ernst-Günter Kögel:
Remscheid, Vorsitzender der VGP (Vereinigung Gesamtdeutsche Politik), Schriftleiter und Herausgeber der VGP-Schrift: »Deutschland - Schrift für neue Ordnung«, Kontakte u.a. zu den »Unabhängigen Freundeskreisen«, in deren Publikation »Unabhängige Nachrichten« er als Autor auftrat, seine beiden Söhne Hartmut und Freimut sind Funktionäre des BHJ (Bund Heimattreuer Jugend).

Fred Leuchter:
Boston, konstruiert seit 25 Jahren Hinrichtungsanlagen für US-Zuchthäuser, baute u.a. Gaskammer im Zuchthaus Jefferson City/Missouri, von Nazis als »Experte« gefeiert, hat es durch permanente Hinweise auf sein Fachwissen geschafft, daß alle Welt ihn für einen Elektroingenieur hält, was er nicht ist, von Faurisson und Zündel zur Erstellung des Gutachtens über Auschwitz/Birkenau und Majdanek beauftragt und bezahlt.

Ernst Zündel:
Toronto, Auslandsdeutscher, Hoher Rang in internationaler NS-Bewegung, Herausgeber des Rundbriefes »Germania«, Hrsg. der Schrift: »Starben wirklich 6 Millionen?«, deswegen im Frühjahr 88 in Toronto angeklagt, ließ »Leuchter-Report« als »Sachverständigen-Gutachten« für diesen Prozeß anfertigen. (zu diesem Thema siehe auch Info 12) ■



Asyl in NRW

Im September schien das Bleiberecht für zumindest 1000 Roma und Sinti, die den restriktiven Ansprüchen der NRW-Landesregierung genügten, gesichert zu sein. Doch die Situation änderte sich im letzten Quartal 1990.

NRW-Innenminister Schnoor hatte Bleiberecht für alle Roma, die länger als 5 Jahre außerhalb ihres Herkunftslandes und mindesten 3 Jahre vorwiegend in NRW leben, versprochen. In der anschließenden Landtagsdebatte drohte die CDU ein Volksbegehren an. Helmut Linssen (CDU-Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag) bezeichnete Roma und Sinti als »Schwindler« und »Legenden-Nomaden« (weswegen er von der Roma und Cinti Union wegen Volksverhetzung verklagt wurde). Schnoor, der anfangs großspurig seinen Rücktritt angekündigt hatte, falls er den Roma gegenüber wortbrüchig werden müßte, konnte sich nicht durchsetzen.

Die Düsseldorfer Regierung plant nun ein sog. »Rückkehrprogramm« für 1.400 Roma nach Skopje im jugoslawischen Mazedonien. 8.000 DM sollen pro Person an die Jugoslawische Regierung gezahlt werden. Das Geld soll für Unterhaltszahlungen und für den Aufbau von Infrastruktur verwendet werden, allerdings soll kein Roma über den Einsatz des Geldes mitbestimmen können.

In Skopje leben bereits 40.000 Roma in Elendsquartieren ohne ausreichende Versorgung mit Wasser und Strom. Die sanitären Verhältnisse sind katastrophal. Sollten die Roma nicht »freiwillig« auf den Regierungsdeal eingehen, bleibt laut Innenministerium nur noch die zwangsweise Abschiebung. Das Bleiberecht wird jetzt für alle Roma ausgeschlossen.

Am 9.November blockierten Roma und Sinti aus der BRD und den Niederlanden einen Autobahngrenzübergang von der BRD in die Schweiz. Ihr eigentliches Ziel war das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge in Genf. Die Schweizer verweigerten ihnen allerdings die Einreise. Die Forderungen der Roma und Sinti waren Bleiberecht in der BRD und Anerkennung als Flüchtlinge laut Genfer Konvention. Parallel fanden Aktionen in Recklinghausen, Duisburg, Hagen und Köln statt. Die Genfer Flüchtlingsbehörde empfing schließlich eine Delegation von 7 Roma und Sinti; das Gespräch endete ohne konkrete Zusagen.

Behördliche Abschreckung

Schon länger taten städtische Behörden in NRW was sie konnten um Asylbewerber(innen) abzuschrecken. Einige Städte in NRW weigerten sich, Asylanträge zu bearbeiten, weil sie sich überlastet fühlen. Rechtswidrig versuchten Behörden in Bochum, AsylbewerberInnen an andere Städte zu verweisen. In vielen NRW-Städten ist bereits die »bargeldlose Sozialhilfe« für Flüchtlinge eingeführt worden. Das bedeutet Sammelverpflegung oder Essensmarken sowie 70 DM »Taschengeld« monatlich.

Vorzeitig inkraftgetreten ist der Asylartikel aus dem zum 1.1.91 gültig werdenden Ausländerrecht. Die Fristen für Abschiebungen sollen verkürzt werden, später vorgebrachte Asylanträge sollen ausgeschlossen werden können.

Rassistische Bürgerinitiativen

Auch außerhalb von Ämtern und Parlamenten zeigen sich Folgen der Diskussion. In vielen Städten haben sich Bürgerinitiativen gegen AsylbewerberInnen gegründet (u.a. Essen, Wuppertal, Bonn). Sie vertreten zum Teil nicht offen faschistische Positionen, bieten aber ein gutes Anknüpfungsfeld für Neonazis. Bei einer Versammlung in der Essener St. Clemens Kirche wurden »Ausländer raus«- und »Juden raus«-Rufe laut. Aktionen gegen Asylbewerber(innen) reichen von Flugblattverteilen und Demonstrationen (2000 Leute in Essen) bis hin zu gewalttätigen Angriffen. Auf die Stadtverwaltungen wird massiver Druck ausgeübt (Wuppertal, Essen), in Bottrop gab es eine Sitzblockade gegen die Errichtung einer Zeltstadt, in Essen wurde eine Turnhalle besetzt, die für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen war. In Hagen wurden von vorbeifahrenden Autos Steine auf eine Zeltstadt geworfen; »Bürgerwehren« wurden in Hagen gegründet und in Herford angekündigt. Vorläufiger Höhepunkt war das Anheuern von Skinheads für einen Überfall auf ein Flüchtlingsheim in Essen. In Sprockhövel wurde ein Wohnwagen von Flüchtlingen angesteckt, in dem 3 kleine Kinder schliefen (der Brand wurde glücklicherweise rechtzeitig bemerkt). In Wuppertal warfen 3 Maskierte eine Rauchbombe in ein Flüchtlingsheim und schmierten Hakenkreuze auf die gegenüberliegende Wand (das Flüchtlingsheim wurde übrigens wenige Wochen später auf Anordnung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf geräumt).

Antirassistischer Widerstand

Verwaltung und Polizei reagieren auf ihre Weise. In Bonn werden »vorsorglich« Fingerabdrücke von Roma genommen. Die menschenverachtende Politik der staatlichen Behörden bleibt jedoch nicht ohne Widerspruch. In mehreren NRW-Städten gründeten sich Initiativen wie »Pro Roma«, die die Flüchtlinge praktisch und politisch unterstützen. AsylbewerberInnen reagierten selber z.T. mit Hungerstreiks auf Maßnahmen wie »Gemeinschaftsverpflegung«. In Wuppertal konnte durch eine solche Essensverweigerung immerhin durchgesetzt werden, daß wenigstens ein Drittel der Sozialhilfe in Bar und der Rest in Gutscheinen ausgezahlt wurde, anstatt 70 DM »Taschengeld« und Gemeinschaftsverpflegung.

Die Asylpolitik der NRW-Landesregierung war auch der Grund für einen versuchten Bombenanschlag der Revolutionären Zellen auf die Staatskanzlei in Düsseldorf, dem Sitz von Ministerpräsident Rau Anfang Januar. Die Bombe zündete jedoch nicht, vermutlich wegen eines defekten Zünders. ■

»Unser Ziel ist das Verschwinden aller rassistischen und faschistischen Strömungen...«

interview mit AntifaschistInnen aus Frankreich

Frankreich ist das europäische Land, in dem der Organisierungsprozeß der Faschisten, mit der 'Front National' als stärkster Kraft, am weitesten vorangeschritten ist. Für die deutsche Rechte ist die Entwicklung in dem Nachbarland in vielen Beziehungen zum Vorbild geworden. Aktuell können wir das verfolgen an der gleichen Position der Faschisten zum Golf Krieg, die spektakulär durch Le Pens Reise nach Bagdad bekanntgeworden ist. Das folgende Interview über die Situation in Frankreich ist uns von Antifas von SCALP zugeschickt worden. Sie arbeiten seit 1987 mit ca. 20 unabhängigen Antifa-Gruppen in einer landesweiten Organisation zusammen. Durch die Tatsache, daß auch in Frankreich die offizielle Politik den Aufstieg faschistischer Kräfte fördert, hat sich eine autonome Antifa entwickelt. Sie ist nicht an Wahlzwänge gebunden , wie beispielsweise die hier bekanntere Organisation SOS-Racisme, die als Wahlhelferin der »Sozialisten« Mitterands auftritt.





Was könnt ihr über die faschistischen Kräfte in Frankreich sagen?

Die stärkste Kraft der Faschisten ist die 'Front National'. Sie ist 1972 gegründet worden und hat besonders nach 1983 (Wahlen in der Stadt Dreux) erheblich an Einfluß gewonnen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1988 erhielt Le Pen 15% der abgegebenen Stimmen und bei sämtlichen lokalen Wahlen erhält die 'FN' regelmäßig über 10%.

Die 'FN' entwickelt sich zur drittstärksten und in einigen Regionen sogar zur zweitstärksten politischen Kraft in Frankreich. Sie betreibt in letzter Zeit den organisatorischen Ausbau als faschistische Massenpartei.

Was erklärt den Aufschwung der 'FN'?

1981 kam die sogenannte Linke (»Sozialistische Partei« und »Kommunistische Partei«) an die Regierung. Sie entäuschte viele ArbeiterInnen, durch die Verwaltung der wirtschaftlichen Krise, welche auf ihrem Rücken ausgetragen wurde. Diese Enttäuschung und Desillusionierung über das parlamentarische System drückte sich unter anderem in einer vermehrten Stimmenthaltung bei den Wahlen aus. Für viele ArbeiterInnen und Arbeitslose gibt es keine politische Perspektive mehr wie sich ihre Situation verändern könnte, obwohl nach wie vor wichtige soziale Kämpfe geführt werden.

Viele Kampagnen gegen die ImmigrantInnen, gegen das Asylrecht der drei großen Parteien und der Regierung Frankreichs, schüren den AusländerInnenhaß und das Mißtrauen in der Bevölkerung.

Die »Sozialistische Partei«, die seit 1981 an der Regierung ist, benutzt außerdem die 'Front National', um die anderen bürgerlichen Parteien zu spalten und zu schwächen.

Auch in Frankreich hat sich die ganze Gesellschaft nach rechts entwickelt: Das Thema »Innere Sicherheit« gewinnt zunehmend an Bedeutung, der sogenannten »Unsicherheit in den Städten« soll mit verstärkter Polizeipräsenz begegnet werden. Eine starke Propaganda gegen die Rechte der Frauen, besonders gegen das Recht auf Abtreibung, wurde forciert und auch eine Politik gegen die Interessen der Jugendlichen greift mehr um sich (Stichworte Drogen und Perspektivlosigkeit).

Dazu kommt die Perspektivlosigkeit der französischen Bourgeosie: Welchen Platz nimmt Frankreich in der Weltpolitik ein und welche Politik gegenüber den USA ist die Richtige? Welchen Platz nimmt Frankreich in Europa ein und wie soll die Politik gegenüber Deutschland aussehen? In dieser Auseinandersetzung, mit dem Hintergrund der relativen wirtschaftlichen Schwäche Frankreichs im Vergleich mit den anderen Großmächten, versucht die 'Front National' sich zu etablieren.

Die »Golfkrise« macht dieses deutlich und ist symptomatisch für diese Debatte: Es gibt einen Konsens der drei großen bürgerlichen Parteien für Mitterand und seiner Pro-NATO-Politik und Unterstützung der USA. Demgegenüber unterstützt Le Pen Saddam Hussein als arabischen Nationalisten, Frankreich soll gegenüber den USA eine unabhängige Politik verfolgen und seine guten und privilegierten Kontakte zu den arabischen Ländern nicht gefährden. Le Pen versucht sich als Pazifist darzustellen, so ist auf großen 'FN'-Plakaten zu lesen: »Le Pen - Frieden, Mitterand - Krieg«. In dieser Hinsicht erscheint die 'FN' als einzige politische Alternative gegen die »Sozialistische Partei«, indem sie und die extreme Rechte die Krise der traditionellen bürgerlichen Rechten und den Niedergang der »Kommunistischen Partei« ausnutzt.

Le Pen steigert seine verbalen Provokationen, je mehr Einfluß er gewinnt. In seinen Reden und auf Veranstaltungen spricht er von der »Judeninternationale«,

erwähnt, daß die »Gaskammern nur eine Kleinigkeit« im zweiten Weltkrieg gewesen seien. Dies erlaubt ihm einerseits, faschistische Ideen offensiv zu entwickeln und zu verbreiten und andererseits erscheint er so als einzige Opposition gegen die »Vierer Bande« (die vier großen bürgerlichen Parteien). Trotz dieser offen faschistischen und antisemitischen Propaganda verliert er keine Stimmen bei den Wahlen, das bedeutet, daß die Leute nunmehr ohne Scham und öffentlich Le Pen wählen. Der Stimmenanteil der Faschisten hat sich jetzt stabilisiert und das ist bei allen lokalen und nationalen Wahlen deutlich zu erkennen.

Auf welches Ziel steuert Le Pen zu?

Die 'FN' will Regierungspartei werden. Dafür will er seine programmatische Basis weiterentwickeln. So hat er eine aktive Auswahl-, Schulungs- und Bildungspolitik für seine Kader eingeführt. Der neue 'FN'-Kader ist ein Yuppie, Mitte Dreißig, dynamisch und »good working«. Die 'Front National' hat einen wissenschaftlichen Rat gebildet, in dem sich Professoren und »Intellektuelle« der 'Neuen Rechten' versammeln.

Die 'FN' entwickelt sich wie schon gesagt zu einer Massenpartei, die alle Schichten der Bevölkerung erfasst: die Bauern, die in Konflikt mit der EG-Politik stehen, die Jugend, indem die 'FN' Studentenorganisationen gebildet hat, die Arbeitslosen, durch eine 'FN'-Hilfsorganisation.

Als nächstes Etappenziel will die 'Front National' in der Region Provence - Cote d' Azur die Verwaltung übernehmen und eine 'FN'-Musterverwaltung etablieren. Sie rechnen sich dort die größten Chancen aus, da diese Gegend eine Hochburg von ihnen ist und schon jetzt viele Faschisten in den Stadträten vieler Gemeinden sitzen.

Welche faschistischen Kräfte sind außerhalb der 'Front National' aktiv?

Parallel zu dem Aufstieg der 'FN' entwickeln sich rechtsextremistische Organisationen, faschistische Sekten und »katholische Integristen«. Zu den Aktivsten von ihnen gehört die 'PNFE' (Nationalistische Partei Frankreichs und Europas). Sie ist eine Abspaltung der 'FN' und hat viele Mitglieder in der französischen Polizei. Diese Gruppierung ist verantwortlich für viele Attentate und Bombenangriffe gegen Wohnheime von ImmigrantInnen in Südfrankreich. Viele ihrer Anführer sitzen gegenwärtig im Gefängnis.

Weiterhin gibt es die 'M.N.R.' (Bewegung der Nationalrevolutionäre) oder 'Troisieme Voie' (Dritter Weg), die sich als antikapitalistisch und antikommunistisch bezeichnen. Diese Ideologie ist sehr gefährlich, sie beziehen sich auf Mussolini, Che Guevara und die Intifada! Sie haben einen großen Einfluß unter Jugendlichen und in der Nazi-Skin-Szene.

Die »katholischen Integristen« haben großen Zulauf bekommen. Sie sind eine Massenbewegung, die alle Schichten der Bevölkerung umfasst. Sie machen viele Aktionen gegen die Abtreibung, große Diskriminierungskampagnen gegen AIDS, speziell gegen Homosexuelle und versuchen eine Zensur gegen Filme und Fernsehsendungen, mit den Themen Sexualität, Homosexualität durchzusetzen.

Wie sieht Eure Antifaschistische Arbeit aus? Was für Aktionen macht Ihr?

Seit 1983 gab es viele Proteste gegen Le Pen, viele gewalttätige Demonstrationen und Aktionen gegen die 'FN'. Zu dieser Zeit wurden viele radikale Antifa-Gruppen gegründet. 1987 haben wir eine landesweite Koordination der Antifa-Gruppen, die CNAF (Coordination National Anti Fascisté) gegründet. Zur Zeit arbeiten dort 20 Gruppen mit, Gruppen der SCALP (Section Carrement Anti Le Pen) und andere. Die SCALP-Gruppen entwickeln eine Form des Widerstandes gegen den Faschismus, in dem viele Jugendliche (Gymnasiasten, ArbeiterInnen, Arbeitslose, Punks, Hardcore-Fans...) zusammenkommen. SCALP-Aktionen sind immer bunt, dynamisch, humorvoll, mit Indianertänzen und Indianeremblemen. Wir wollen zeigen, daß Le Pen nicht zu verharmlosen ist und »daß er kein Politiker wie alle anderen ist«. Wir arbeiten auch oft mit alternativen Rockgruppen zusammen, auf deren Konzerten Jugendliche sich kennenlernen und zusammenkommen können.

Für die CNAF und die SCALPs ist der Widerstand gegen Faschismus eine spezifische, selbstständige und dauerhafte Arbeit. Das ist notwendig, da die 'FN' kein Strohfeuer ist, wie es die Medien seit 1983 beschreiben. Also müssen wir eine antifaschistische Massenarbeit machen: In den Stadtteilen, wo die Leute Probleme haben, auf den Märkten, auf der Strasse, direkt dort, wo die Nazis aktiv sind. Das unterscheidet uns z.B. von der Organisation SOS Racisme, die sich auf medienwirksame Auftritte und kommerzielle Konzerte beschränkt und außerdem sehr eng mit der »Sozialistischen Partei« verbunden ist. Wir bleiben gegenüber den »Sozialisten« selbstständig, weil diese Partei eine nazistische Politik fördert, die Krise verwaltet und die extreme Rechte für eigene Vorteile ausnutzt.

Schülerprotest in Frankreich



Weil es viele Jugendliche in den SCALP-Gruppen gibt, arbeiten wir auch in anderen Bereichen: gegen Gewalt und Schikanen der Bullen, Diskriminierungen durch Rassismus, den Ausschluß der Jugendlichen durch die Gesellschaft (Arbeitslosigkeit z.B.) und auch bei den Bewegungen der Jugendlichen, die für ihre Interessen aktiv werden, wie zuletzt beim großen SchülerInnenstreik.



Aus dem Aufruf der CNAF

Die 'Front National', die am 5.Oktober 1972 aus der 'Neuen Ordnung' (Ordre Nouveau) hervorgegangen ist, steht heute für mehrere zehntausend AnhängerInnen, mehr als 4 Millionen WählerInnen, 10 Europaabgeordnete, 135 Regionalräte, einen Abgeordneten in der Nationalversammlung (durch Änderung des Wahlgesetzes, nachdem es 1986 35 waren), 804 kommunale MandatsträgerInnen, darunter einen Bürgermeister.

Die Existenz der 'FN' wirft ein Licht auf das politische Klima des Landes....

Mit der 'FN' kehrt ein bestimmtes Frankreich wieder, das Frankreich von Vichy (Kollaboration mit der NS-Besetzung) und der OAS. Darin wird der christliche Westen ebenso verehrt wie Männlichkeit, eine bestimmte Vorstellung von der Armee, der Ordnung, lateinischen Messen, dem alten und neuen Kolonialismus, einem »genetisch reinen und unverseuchten Volk«.

Es ist das gleiche Frankreich, das die Gewerkschaften verabscheut, jeglichen sozialen Fortschritt, die Pille, die Abtreibung, die Homosexualität, die Juden, die Araber.....

Die Linke (»Sozialisten« und »Kommunisten«) tritt nur gegen Le Pen auf, wenn sie darauf hoffen kann, daraus Nutzen bei den Wahlen zu ziehen. Die Rechtmäßigkeit des Bestehens rechtsextremer Organisationen wird nie in Frage gestellt....

Wir können uns deren Herangehensweise weder im Inhalt noch in der Form anschließen. Zu oft tolerieren sie Polizei und Justiz, schließen die Augen und Aktendeckel, wenn es um Ausschreitungen von Skins, rassistische Angriffe oder Polizei-Übergriffe geht. Gleichzeitig bekämpft und kriminalisiert der Staat die antifaschistische Bewegung, weil ihre Kämpfe die Grundlagen der Gesellschaft, die sich auf Unterdrückung, Ausbeutung und autoritäre Staatlichkeit gründen, erschüttern.

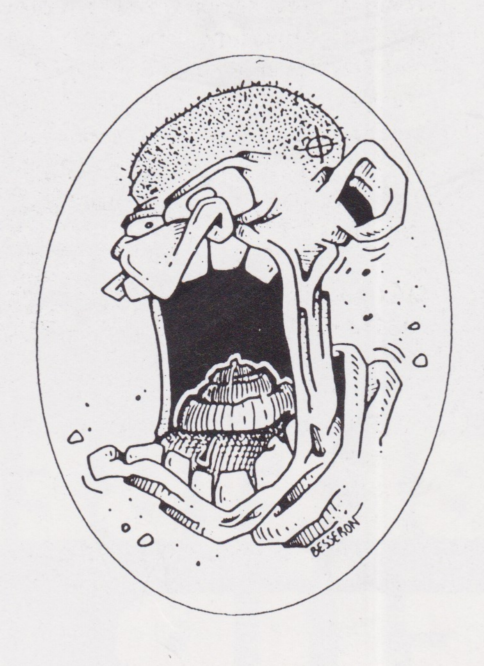
Das Europa von 1992 naht mit der Vereinigung der Polizeibehörden, dem Ausschluß aller Formen politischen Asyls (Basken, Iren..) und der Angleichung der Antiterrorgesetze, die die Grenzen für EinwanderInnen noch dichter schließen (Angleichung der Anti-ImmigrantInnen Gesetze auf niedrigstem Niveau). Das Europaparlament verhilft den faschistischen Gruppen ('FN', 'MSI', 'Republikaner') zur Anerkennung, stärkt die Präsenz und fördert die Verharmlosung ihrer Vorstellungen. In dieser Logik entsteht das Europa von 1992. Angesichts dessen müssen wir Kontakte mit antifaschistischen Gruppen entwickeln, mit der Perspektive einer Vernetzung....

Unser Ziel ist das Verschwinden aller rassistischen und faschistischen Strömungen, verkörpert u.a. von der 'FN'. Auf keinen Fall darf es einen öffentlichen Meinungsstreit mit diesen Leuten geben - so würde nur deren Existenz akzeptiert. Schmeißen wir Le Pen und seine Pläne zurück auf den Müllhaufen der Geschichte.

Als Antwort auf die Strategie der `FN' und der extremen Rechten, die Straßen und die Medien zu erobern (legalisierte Demos, politische Diskussionen, Demonstrationen der Stärke...) ist es notwendig, in jeder Stadt radikale und spektakuläre Gegenschläge zu organisieren.

Kontakt: SCALP, 23 Rue Gosselet, 5900 Lille, France

In Frankreich hatten die Journalisten Le Pen prophezeit, daß seine Pro Irak Position sich schädlich auf die Wahlerfolge auswirken würden. Doch die Ergebnisse einiger lokaler Wahlen beweisen das Gegenteil: Am 23.9.'90 erhielt der faschistische Kandidat in der Nähe von Avignon 13,17% der Stimmen (vorher 8,9%). In der Stadt des Premierministers Rocard bekam die F.N. 18,24%, nach 13% im März '85. In Forbach (Mosel) waren es im Oktober 16,42% ('85 14,56%). Bei allen Wahlen war die Stimmenthaltung sehr hoch.





1938:
nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung
1965:
BRD-Ausländergesetz
1990:
Verschärfung des Ausländergesetzes

Gesetzlich verordneter Rassismus in ungebrochener deutscher Tradition.

Weg mit den Sondergesetzen gegen AusländerInnen

Ausländerin zu sein bedeutet doppelte Diskriminierung:

Als "Nichtdeutsche":
täglicher Rassismus, Beschimpfungen, Bedrohungen, körperliche Angriffe, Sondergesetze. Zum Beispiel keine freie Wahl des Wohnsitzes, teilweise Arbeitsverbot, teilweise Androhung der Ausweisung bei Arbeitsplatzverlust. Durch solche Sondergesetze sollen alle AusländerInnen für das Kapital frei verfügbar gemacht werden: Sind sie verwertbar, können sie bleiben, sonst "weg damit".

Als Frau:
täglicher Gewalt gegen Frauen, Anmache, Sexismus, und gesetzlich noch schlechter gestellt: ausländische Frauen sind in der niedrigsten Lohngruppe, für Ehefrauen gibt es kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Durch solche Regelungen sollen Frauen in Abhängigkeit vom Mann gehalten werden, für ihn verfügbar und verwertbar.

Wer Rassismus bekämpfen will, darf vor Sexismus nicht halt machen!
Wer von Kapitalismus redet, darf von Männerherrschaft nicht schweigen!

BLEIBERECHT FÜR ALLE

Antifa-Westberlin

